

Hinterland

30/2015 4,50 euro

was geht

BELLEVUE

DI MONACO

HELFEN SIE MIT

Werden Sie Mitglied
Spenden Sie
Werden Sie selbst aktiv



BELLEVUE DI MONACO
bellevuedimonaco.de
facebook.com/BellevuediMonaco
info@bellevuedimonaco.de

Hinterland



Das Magazin
für kein ruhiges.

Hinterland #30
Dezember, Januar, Februar
2015/2016

IMPRESSUM

Titel: Charlotte Huber, 2015

Herausgeber:
Bayerischer Flüchtlingsrat
Augsburgerstraße 13
80337 München

in Kooperation mit:
Hessischer Flüchtlingsrat
Leipziger Str. 17
60487 Frankfurt

Verantwortlich: Matthias Weinzierl

Redaktion: Agnes Andrae, Andrea Böttcher,
Christian Andrae, Christine Wolfrum, Damian
Groten, Doro Chlumsky, Friedrich C. Burschel,
Florian Feichtmeier, Jessica Schallack, Marianne
Walther, Nikolai Schreiter, Stephan Dünnwald,
Tom Reiss (*Namentlich gekennzeichnete Beiträge
müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion
wiedergeben.*)

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de

Gestaltung: Matthias Weinzierl

Druck: Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG
Birkenstraße 3, 82346 Andechs

Auflage: 2.000 Stück

Website: Anton Kaun

Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de

Jahresabo: 21,00 Euro

Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

gefördert von der UNO-Flüchtlingshilfe

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung in Form eines rechtsmittelfähigen Bescheides zurückzusenden.

Zitiert & kommentiert

Von Hubert Heinhold

w a s g e h t

Dublins Tod*Der Balkan zwischen staatlicher Kontrolle und Autonomie der Migration*

Von Kaveh Rostamkhani (Fotos) und Marc Speer (Text)

Der kurze Sommer der Bewegungsfreiheit*Ein Blick auf eine Phase willkommener Instabilität*

Von Christian Jakob

Österreich schiebt weiter*Bei den Willkommensweltmeisterschaften 2015 hofft Österreich auf eine gute Platzierung*

Von Nikolai Schreiter

„Kein Geschäft, sondern eine Aufgabe“*Nicht lumpen lässt sich der Homberger Bürgermeister Béla Dören...*

Ein Interview von Jessica Schallock

Passau Under Pressure*Eine Stadt zwischen Ankommen & Wegwollen*

Von Felix Balandat

„Wir“, das sind auch die Neuankömmlinge*Elke Naters weiß, was Geflüchtete im Berliner Sharehaus erwartet*

Ein Interview von Sil Egger

Derweil im Bundestag*Wie die Bundesregierung Ladenhüter der Abschottungspolitik neu auflegt*

Von Ulla Jelpke

w a s g e h t g a r n i c h t

Zehn Gramm Scheiße täglich*Völkischer Mob und Kapitalismus gehen zusammen*

Von Friedrich C. Burschel

Zigeunerlager*Sprache kann Menschen zu Nutzlosen entworten*

Von Josef Bierbichler

Pegida kaputt denken!*Warum diese Bewegung kein Aufstand der Randständigen ist*

Von Human

w a s g e h t k o n k r e t

„Die Geschichtsbücher werden uns freisprechen“*Fluchthilfe ist machbar. Max Thalbach über die Kampagne fluchthelfer.in*

Ein Interview von Agnes Andrae

Hotel Very Welcome*Alternative Wohnprojekte in Augsburg, München, Frankfurt, Berlin und Wien*

Von Jessica Schallock

Unter anderen Umständen*Wie sich eine Hebammenpraxis für schwangere Geflüchtete einsetzt*

Von Cordula Flegel

„(...)“*Ein exklusives Interview mit dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann*

Von Christian Andrae

m a r o k k o

Zwischen Legalisierung und Abschiebe-Razzia*Eine tödliche Außengrenze der EU verläuft durch den nordafrikanischen Staat*

Von Bern(h)ard Schmid

w a s g i n g

Geliebtes Feindbild*Warum die 2. Internationale Schlepper- und Schleusertagung medial rein knallte*

Von Matthias Weinzierl

n a c h g e h a k t

Zschäpes offenes Haar*Der Wahnsinn im NSU-Prozess geht weiter*

Von Friedrich C. Burschel

Liebe Leute,

es hängt ganz davon ab, wen man fragt: zu viele Flüchtlinge - noch lange nicht genug Flüchtlinge, die Grenzen sind zu offen - die Grenzen sind nicht offen genug, schuld ist der Krieg, die Wirtschaft, die Politik, die Religion, die Schleuserbanden, schuld ist Griechenland, die Türkei, Ungarn, Österreich. Deutschland ist auch schuld, aber mal die Zivilgesellschaft, Wutbürger, Gutbürgerinnen, Packbürger, die Bürokratie, Merkel, Seehofer, Herrmann, Petry, Gabriel.

Es war tatsächlich ein heißer Herbst. Umso leichter, den Überblick zu verlieren. In Zeiten, in denen mit Thomas de Maizière ein waschechter, buchstäblicher Verunsicherungsminister für ordentliche Verwirrung von oben herab sorgt, halbt aus den Untiefen der Hinterland-Redaktion die Frage: „Was geht?!“ Was passiert zurzeit jenseits reißerischer Schlagzeilen, ideologischer Grabenkämpfe und ministeriell verordneter Unsicherheit? Was tut sich auf den Fluchtrouten, in den Herkunftsländern, im Bundestag, in der Fluchthilfe? Was – bei aller Liebe für hitzige Debatten – geht gar nicht?

„Was geht?!“, haben wir uns also gefragt und hier sind die Antworten. Was in Österreich in Hinsicht auf Flucht und Fluchthilfe geht, verrät uns Niko Schreiter. Ulla Jelpke gibt uns einen Lagebericht aus dem Bundestag und einen Blick in die Details aktueller Asylgesetzgebung. Überall versuchen Menschen, sich Schlaues einfallen zu lassen, um zu helfen – wir haben mit einigen gesprochen. Was schon ging, ist die 2. Internationale Schlepper- und Schleusertagung in München – wie's gelaufen ist, erfahrt ihr hier. Und um den Wald vor lauter Bäumen nicht zu vergessen, halten wir das Ohr auch dicht an die Ereignisse im NSU-Prozess. Fritz Burschel versorgt uns mit dem Neuesten.

Damit solltet Ihr vorerst mit Lektüre für den Wintereinbruch versorgt sein – und vielleicht mit ein bisschen Information und Inspiration. Dass a bisserl was immer geht, wünscht euch zuversichtlich

Die Hinterland-Redaktion

„Die Flüchtlingskrise ist ein deutsches Problem.“

(Victor Orbán, Süddeutsche Zeitung, 04.09.15)

„Was Europa macht, ist mir egal. Europa ist gescheitert.“

(Marine le Pen, Süddeutsche Zeitung, 07.09.15)



Hubert Heinhold
ist Rechtsanwalt
und im Vorstand
des Fördervereins
Bayerischer
Flüchtlingsrat e.V.
und bei Pro Asyl.

Es sind nicht nur rechtsradikale Nationalistinnen und Nationalisten, die Europas Flüchtlingspolitik als gescheitert ansehen. Auch Polen, Tschechien, Slowakei und die drei baltischen Staaten weigern sich, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Großbritannien hat die Flüchtlingsabwehr schon seit langem zur Staatsraison gemacht und Dänemark kappt zu diesem Zweck die Straßen- und Bahnverbindungen und verweist auf die Nachbarn, die allein zurechtkommen sollen. Hilflös versucht die Europäische Union mit der Idee eines Quotensystem eine gerechte Verteilung herbeizureden. Dass dies keine Lösung darstellt, steht schon jetzt fest. Nicht nur der Egoismus der Staaten wird ein effektives Quotensystem verhindern, sondern auch die Flüchtlinge durch ihre Abstimmung mit den Füßen. Warum sollen sie in einem Land bleiben, in welches sie die Quote zugewiesen hat, wenn die Zuweisung aufgrund des Dublin-Systems abgelehnt wurde? Sie werden auch dann Ungarn, Polen und die Länder, in denen sie nicht willkommen sind, und die ihnen keine Chance auf Integration und ein menschenwürdiges Leben bieten, verlassen und sich nach Deutschland, Schweden und Österreich und in andere wohlhabende Länder aufmachen, in denen ihre Verwandten und Freundinnen und Freunde bereits untergekommen sind.

Ein Scheitern des bisherigen europäischen Flüchtlingsystems bedeutet jedoch nicht, wie von manchen erhofft, das Scheitern Europas. Europa muss sich nur auf seine Grundwerte besinnen, darauf, dass es ein Raum der Freiheit und der Grundrechte sein will, was auch die Verfassung jedes einzelnen Mitgliedstaates verspricht. Die EU-Grundrechte-Charta bietet den Rahmen. Sie garantiert nicht nur den Flüchtlingen Schutz, sondern jeder und jedem Einzelnen das Recht auf Freiheit und Sicherheit (Art. 6), auf Achtung des

Privat- und Familienlebens (Art. 7) und Unantastbarkeit der Menschenwürde (Art. 1). Dies verlangt, die Flüchtlinge als Menschen freien Willens anzunehmen. Sie können nicht „verteilt“ werden, nicht nach der Fluchtroute und nicht nach einer Quote. Vielmehr müssen sie selbst entscheiden dürfen, wie und wo sie ihr Leben gestalten.

Jetzt ist der historische Moment gegeben, das Prinzip „free choice“ in Europa einzuführen. Das erscheint angesichts der Stimmung in vielen Mitgliedstaaten paradox zu sein – doch nur auf den ersten Blick. Denn die nicht-aufnahmebereiten Länder werden durch einen solchen Grundsatz zum Großteil entlastet und deshalb kaum widersprechen. Für Deutschland, Schweden, Österreich und Frankreich wäre das nicht der Fall, sie würden aber auch nicht übermäßig mehr belastet – die Flüchtlinge werden sich verteilen, wenn sie nicht an der Weiterreise in das gewünschte Land gehindert werden. Ein großzügiger finanzieller Ausgleich müsste die aufnahmebereiten Länder stärken. Sie brauchen Geld – viel mehr als bisher –, um die aufgenommenen Flüchtlinge zu integrieren, Sprachkurse anzubieten, Wohnungen zu bauen und sie in Lohn und Arbeit zu bringen. Das wird nicht einfach werden, ist aber eine lohnende Investition. Die Aufnahmeländer werden – gelingt die Integration – durch den Zuzug vieler junger, wagemutiger und leistungsbereiter Menschen aufblühen. Ihre in Teilen andere Kultur wird unsere bereichern und noch offener machen. Die nächste Generation wird eine reiche Ernte für diesen Weitblick einfahren. Die nationalistischen Eigenbrötler-Staaten werden dann mit Neid auf die Staaten blicken, die nicht nur ihre Herzen, sondern ihr Land den Flüchtlingen und den Innovationen, die sie mit sich führen, geöffnet haben. Nutzen wir also die Chance: Für eine freie Wahl des Zufluchtsortes!<



Dublins Tod

Der „lange Sommer der Migration“ auf dem Balkan ist zugleich Resultat und treibende Kraft hinter etlichen Brüchen. Was passiert, wenn staatliche Kontrollbestrebungen und migrantische Mobilitätsstrategien zusammentreffen und etwas Neues entstehen lassen.

Ein Foto-Essay von Kaveh Rostamkhani mit einem Beitrag von Marc Speer





Schlaflos in....
*Eine Frau und ihre Kinder versuchen etwas
Schlaf zu finden*



Kurze Spülung

Jeylan hilft Sharifa ihre Haare zu waschen. Beide Kurdinnen aus Syrien sind mit ihrer Familie in Horgos gestrandet nachdem Ungarn den Grenzübergang geschlossen hat.

„Der Plan der Regierung, in einer Art offen ausgetragener Feldschlacht die Kontrolle über die Grenze zurückzugewinnen, scheiterte kläglich.“

Bruch 1

Am 20. August rief die mazedonische Regierung den Notstand aus. Sie versuchte damit den zuvor über Monate meist tolerierten Grenzübertritt der über Griechenland kommenden Flüchtlinge abrupt zu stoppen. Mit Stacheldraht, Knüppeln und Tränengas. Aber schon drei Tage später ließen Polizei und Militär die Flüchtlinge wieder passieren. Der Plan der Regierung, in einer Art offen ausgetragener Feldschlacht die Kontrolle über die Grenze zurückzugewinnen, scheiterte kläglich. Dies lag zum einen an der Entschlossenheit der Flüchtlinge, zum anderen an der Unmöglichkeit, unter den Augen der Weltpresse über Tage hinweg auf Familien einzuprügeln. Auch Griechenland trug seinen Teil bei, indem tagtäglich neue Flüchtlinge direkt an die Grenze des

ungeliebten Nachbarn transportiert wurden. Die mazedonische Regierung hatte fortan die Wahl: Dem Beispiel Ungarns zu folgen und einen massiven Zaun zu errichten, oder aber den Transit durch das eigene Territorium einfach zu tolerieren beziehungsweise sogar noch reibungsloser zu gestalten. Man entschied sich für Letzteres und wurde damit gewissermaßen zum Trendsetter für eine Reihe weiterer Staaten auf der Balkanroute.

Bruch 2

Am anderen Ende der Balkanroute, in Budapest, kümmerten sich schon seit Monaten etliche Fahrer um die schnelle, lautlose Reise nach Österreich, Deutschland oder auch weiter. Aufgrund der grassierenden Armut, insbesondere in ungarischen





und rumänischen Dörfern, war es für die Organisatoren des irregulären Transits nicht sonderlich schwierig, immer neue Fahrer anzuwerben - trotz des erheblichen Risikos: Allein in Bayern sind gegenwärtig 600 von ihnen inhaftiert. Als dann jedoch die österreichische Polizei am 27. August in einem aus Ungarn kommenden Kühlwagen für Hähnchenfleisch 71 Leichen entdeckte, war es damit umgehend vorbei. Durch intensive Polizeikontrollen hatten es die Schlepperinnen und Schlepper deutlich schwerer. In Verbindung mit rigorosen Kontrollen in den abfahrenden Zügen Richtung Westen führte dies dazu, dass sich mehr und mehr Flüchtlinge am Budapester Bahnhof Keleti sammelten. Endstation. Die Situation spitzte sich auch deswegen immer weiter zu, weil aufgrund der einige Tage andauernden Schließung der griechisch-mazedonischen Grenze

nun auf einen Schlag mehr Menschen ankamen, als dies in den Tagen zuvor der Fall war.

Bruch 3

Fast eine Woche lang campierten Tausende Menschen am Bahnhof. Manche hatten nicht mal eine Decke. Ehrenamtliche leisteten unermüdliche Hilfe, viele Menschen brachten private Spenden. Nicht-Regierungs-Organisationen und zwischenstaatliche Akteure wie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen waren nicht zu sehen. Ebenso wenig wie der ungarische Staat, der hier einzig und allein in Form einer Polizeikette vor dem Eingang zum Bahnhofsgelände präsent war. Nicht einmal ein Krankenzug stand vorsorglich bereit. Aber das offensichtliche Elend war von Beginn an nur die eine

Vor die Tür...
*Ein von Ungarn im
 Schnellverfahren
 abgewiesener Asyl-
 suchender wird aus
 der sogenannten
 Transitzone nach
 Serbien zurück
 geschickt.*





Angespannt...

*Ein Mann ruft nach seinen Mitreisenden während er mit
einem Kind den Zug in Tovarnik besteigen muss.*



Nichts wie weg...
um nicht noch einen
Tag unter prekärsten
Bedingungen am
Bahnhof in Tovar-
nik warten zu
müssen, quetschen
sich Geflüchtete in
den Zug.

**„Gefüllt ist der Schrank allerdings schon
mit den notwendigen Accessoires zur
Rückeroberung staatlicher
Territorialkontrolle“**

Seite. Denn der Misere zum Trotz gab es unter den Flüchtlingen eine große Entschlossenheit, sich nicht mit ihrem Schicksal abzufinden. Und dies mit Erfolg. Am Ende einer ganzen Reihe von Protesten stand der Marsch von Budapest nach Wien. Auf der Autobahn. Die Bilder davon gingen um die Welt. Es war der Moment, in dem Angela Merkel in Absprache mit Österreich dazu gezwungen war, wie zuvor bereits Mazedonien, die Grenzen zu öffnen. Spätestens an diesem Punkt brach das europäische Grenzregime wie ein Kartenhaus in sich zusammen.

Bis zum heutigen Tage versuchen die EU-Staaten unter Einbeziehung der Nachbarstaaten, die Kontrolle über die migrantische Mobilität zurückzugewinnen. Die luftige Sommermode weitestgehend offener Grenzen soll nun wieder gegen die geschlossene Wintermode eingetauscht werden. Noch befinden wir uns allerdings im Herbst, wo je nach Bedarf beides getragen wird. Gefüllt ist der Schrank allerdings schon mit den notwendigen Accessoires zur Rückeroberung staatlicher Territorialkontrolle. Auch die Geschichte des Herbstes ist eine Geschichte der Brüche.



Bruch 4

Mitte September schaffte es die ungarische Regierung, das letzte Loch in der Grenze zu Serbien – eine Eisenbahnstrecke – zu stopfen. Sie bestückte die Waggons mit Nato-Stacheldraht. Das führte zu Auseinandersetzungen am Zaun. Ungarische Einsatzhundertschaften gingen mit Wasserwerfern und Tränengas gegen alle vor, die dem Zaun zu nahe

kamen. Teils vermummte Flüchtlinge versuchten wiederum, den Zaun gewaltsam niederzureißen. Es spielten sich Szenen ab, die an die Gipfelproteste des letzten Jahrzehnts erinnerten. Ebenso wie bei diesen, „gewann“ die Polizei allerdings auch hier schlussendlich. Dies lag sicherlich auch an den drakonischen Strafen, die für das unbefugte Überwinden des Zauns verhängt werden können.

Endlich Essen... Menschen, die nach stundenlangem Anstehen in Tovarnik wegen Überfüllung doch nicht den einzigen Zug des Tages besteigen konnten, holen sich Verpflegung beim Roten Kreuz.





Torschlusspanik...
*banges Hoffen auf
 einem Platz im Zug
 am Bahnsteig von
 Tovarnik...*

Bruch 5

Anstatt sich zum Komplizen der ungarischen Sicherheitskräfte zu machen, entschied sich die serbische Regierung lieber dafür, die Flüchtlinge nicht mehr über Ungarn, sondern über Kroatien in die EU einreisen zu lassen. Kroatien wiederum brachte die Flüchtlinge mit fast hundert Sonderzügen und etlichen Bussen einfach an der bezäunten serbisch-ungarischen Grenze vorbei zur kroatisch-ungarischen Grenze. Nach nur wenigen Tagen war die ungarische Orbán-Regierung erneut in die Defensive geraten und ihr blieb nichts anderes übrig, als sich ebenfalls der von Kroatien vorgemachten Bauernschläue zu

bedienen und die Flüchtlinge mit drei bis vier Sonderzügen täglich und ohne irgendeine Registrierung an die österreichische Grenze zu fahren. Dies hielt bis zu dem Zeitpunkt an, an dem ein weiterer Zaun an den heiklen Abschnitten der kroatisch-ungarischen Grenze fertiggestellt war.

Bruch 6

Nun wurde Slowenien zum neuen Transitland. Überraschen konnte dies eigentlich niemanden. Ein Blick auf die Karte hätte für eine derartige Prognose genügt. Dennoch schien die slowenische – ebenso wie zuvor die kroatische – Regierung anfänglich



*Etwas Wärme...
eine Gruppe afgha-
nischer Flüchtlinge
wärmt sich am
Feuer in einem ver-
wahrlosten Gebäude
am Bahnhof von
Tovarnik.*

***„So wurde vor kurzem erstmalig von mehreren
Staaten versucht, die Weiterreise von Flüchtlingen,
die nicht aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan
kommen, zu unterbinden.“***

völlig überfordert mit der neuen Situation zu sein. Eine der wenigen Kontinuitäten im „Herbst der Mobilität“: Verlagerte sich die Balkanroute in einen neuen Staat, so reagierten die dortigen Behörden zunächst panisch. Und sie benötigten einige Tage, um zu realisieren, dass die Lösung des „Problems“ nicht in der starken Hand des Staates, sondern in der effizienten Organisation der Weiterreise liegt. In dieser Übergangsphase kam es in Kroatien etwa dazu, dass Flüchtlinge gezwungen waren, auf einem Friedhof zu übernachten oder über Tage hinweg unter schrecklichen Bedingungen in einem Lager ausharren zu müssen. Nahezu identisch wiederholte sich dies in Slowenien. Alena Jabarine, eine arabisch-

sprechende Journalistin des NDR war Ende Oktober vor Ort und beschrieb es mit diesen eindrücklichen Worten: „In diesem Moment bleibt die Zeit stehen. Es ist eine Kapitulation. Eine Offenbarung. Das ist das, was den Menschen hier geboten wird. Ein Außengehege in bitterer Kälte. Sie [die Polizei] hatten mich benutzen wollen, um die Menschen in diese Hölle zu locken“. Wenig später wurde das improvisierte Lager in Brežice geschlossen. Voraus ging dem ein Aufstand, bei dem mehrere Zelte in Flammen aufgingen und der von slowenischen Spezialeinheiten nur mühsam unter Kontrolle gebracht werden konnte.

Kaveh

Rostamkhani

ist unabhängiger

Fotojournalist.

Neben Aufträgen

arbeitet er an

persönlichen

Dokumentar-

Projekten mit sozio-

politischem

Schwerpunkt.

Marc Speer

beobachtet für den

Verein bordermoni-

toring.eu e.V. die

Entwicklungen auf

dem Balkan.

Bruch 7

Zwischenzeitlich wurden die Gehege auf freiem Feld nicht nur in Slowenien, sondern auch in anderen Ländern durch professionellere Camps ersetzt. Bisher dienen sie vor allem der Organisation der zügigen, aber geordneten Weiterreise. So auch in Kroatien, wo Anfang November ein neues Camp eröffnet wurde. Nahezu alles in diesem Camp ist auf Effizienz ausgelegt. Es verfügt sogar über einen eigenen Gleisanschluss. Die aus Serbien kommenden Züge können direkt auf das Gelände fahren, die Passagiere verlassen sie linker Hand und werden dann zunächst durch eine von fünf Registrierungsstraßen geschleust. Danach werden die Passagiere in Gruppen von rund 50 Personen in eines von sechs separaten Modulen gebracht. Jeweils ein kompletter Zug in eines der Module. Aus Sicht der Behörden hat das wohl den Vorteil, dass immer ein ganzes Modul in einen abreisenden Zug gebracht werden kann, also alle die zeitgleich ankommen, auch zeitgleich wieder abreisen. Nicht-Regierungs-Organisationen und sonstige zwischenstaatliche Akteure können sich auf dem Gelände frei bewegen, allerdings werden die Namen der „Besucher“ am Eingang kontrolliert und es muss eine Sicherheitsschleuse wie am Flughafen passiert werden. Für nichtstaatliche beziehungsweise zwischenstaatliche Organisationen gibt es auf dem Gelände sogar einen abgetrennten Bereich, auf dem zehn Container stehen, die als Büros und Pausenräume genutzt werden.

Was bringt der Winter der Kontrolle?

Zweifelsohne ist eine derartige, groß angelegte Infrastruktur, die sich mittlerweile nicht nur in Kroatien findet, auch notwendige Bedingung für umfassende Kontrolle, Registrierung und Entschleunigung. Darauf haben sich die Staatshäupter der Westbalkanstaaten unter dem Druck der Europäischen Union auf einem eigens ausgerichteten Treffen am 25. Oktober verständigt. Es lassen sich auch bereits erste Ansätze einer Umsetzung ausmachen: So wurde vor kurzem erstmalig von mehreren Staaten versucht, die Weiterreise von Flüchtlingen, die nicht aus Syrien, dem Irak oder Afghanistan kommen, zu unterbinden. Andererseits ist wohl allen Beteiligten auch klar, dass es kaum möglich sein wird, Tausende Menschen gegen ihren Willen dauerhaft auf dem Balkan festzusetzen. Das belegen die beschriebenen Brüche eindrucksvoll. Ob es tatsächlich gelingt, dass aus Sicht der Staaten einzig erfolgversprechende Mittel, das in der Begrenzung des Zugangs zur Balkanroute zu sehen ist, auch umzusetzen, bleibt offen. Denn dies hängt vor allem davon ab, welchen Preis die Türkei hierfür fordern und die EU bereit zu zahlen sein wird.<

Der kurze Sommer der Bewegungsfreiheit

Die unerwarteten Ereignisse ab September diesen Jahres haben so einige Veränderungen mit sich gebracht: Das Dublin-System wurde aufgebrochen, Deutschland gilt plötzlich als Weltmeister der Herzen, was die Flüchtlingsaufnahme betrifft und eine Vielzahl an Helferinnen und Helfern heißen Flüchtlinge willkommen. Was aber steckt hinter der plötzlichen Aufnahmebereitschaft und was wird uns nach diesem Sommer der Bewegungsfreiheit erwarten? Eine kommentierte Zusammenfassung der letzten Monate.

Von Christian Jakob mit Bildern von Simon Andrae

Die größte Lüge dieser außergewöhnlichen Zeit war, dass die Grenze Ungarns in Richtung Österreich und Deutschland geöffnet wurde. Das Gegenteil war der Fall: Die, die die Grenzen für Flüchtlinge innerhalb Europas errichtet haben, versuchten mit aller Macht, sie geschlossen zu halten. Die dramatischen Szenen Anfang September am Budapester Bahnhof Keleti, der zum Symbol für die eskalierte Flüchtlingskrise wurde, mündeten nicht in eine Amnestie der Migrationskontrolle. Die Dublin-Grenze wurde aufgebrochen, nichts anderes. Es war die Stunde der Zurückweisung, der Demontage und Delegitimierung des europäischen Asylsystems. Als Merkel entschied, die Flüchtlinge aus Keleti nach Deutschland zu lassen, hat sie nur die Konsequenz aus einem politischen Notstand gezogen, den die Absurdität, die Ungerechtigkeit und die Menschenfeindlichkeit des Grenzregimes erst herbeigeführt haben.

Die Verneigung vor der Größe, die den Ereignissen von Keleti bei aller Verzweiflung innewohnt, gebührt denen, die es nicht akzeptiert haben, dass die Mächtigen in Kandahar und Asmara, in Damaskus, Rakka und Istanbul, in Berlin, Brüssel und London ihnen nichts weiter zugestehen mochten, als Unterwerfung, Elend, Vergessenwerden oder Tod. Ihr Lebensmut und ihre Kraft haben die Diktatoren, Dschihadisten und Warlords ebenso herausgefordert wie die Migrationsabwehr Europas. Keleti wurde zu einem Ort der Insubordination, des Ungehorsams und der Selbstbehauptung, der stärker war, als die Herrscher der mächtigen Staaten.

Jahrelange Untätigkeit der Bundesregierung

Dass Merkel ihre „humanitäre Verantwortung“ erkannt hat, wie ihr viele mit großer Begeisterung attestiert haben – und wie sie selbst nahegelegt hat – ist möglich. Für die historischen Ereignisse von Keleti aber ist es unerheblich. In den Jahren zuvor hatte die Bundesregierung mehr als genug Gelegenheit, humanitäre Verantwortung für die Opfer von Krieg und Vertreibung zu zeigen. Doch sie tat nichts, als ab 2012 die Situation in den Lagern rund um Syrien immer dramatischer wurde. Sie blieb untätig, als ab Oktober 2013 die Zahl der Ertrunkenen im Mittelmeer immer noch weiter anstieg. Sie ließ die kurdischen Menschen beim Kampf gegen die Dschihadistinnen und Dschihadisten des IS weitgehend im Stich, ebenso wie sie es bei der demokratischen Opposition in Syrien getan hatte, als diese noch halbwegs handlungsfähig war. Sie tat nichts, als in Griechenland und Italien die Lage für die ankommenden Flüchtlinge durch das Dublin-System immer unzumutbarer wurde – was, anders als in früheren Jahren irgendwann nicht mehr zu einem großen Teil den dortigen Regierungen anzulasten war.

Niemand, der bei Trost ist, kann annehmen, dass plötzliche Menschenfreundlichkeit der Lage in Keleti die entscheidende Wendung gegeben hat. Es ist der Bundesregierung schlichtweg zu gefährlich geworden, den politischen Notstand weiter zu ignorieren.

Aufnahme statt weiterer Eskalation

Das Dublin-System funktionierte bis Herbst 2014 in einer Weise, in der Deutschland davon profitierte. Ab dann aber vermochten einige Länder an den Außengrenzen es kaum noch durchzusetzen. Die Migrantinnen und Migranten selbst hatten es ohnehin unterlaufen, wo immer sie konnten. Langsam begann deshalb auch Berlin, eine Quotenregelung zu favorisieren. Ungarns brutaler Kurs wurde akzeptiert, denn er bot die Aussicht, auf EU-Ebene neue Regularien durchzusetzen, die die zunehmend unkontrollierte Migration nach Deutschland begrenzen könnten. Niemand kam deshalb auf die Idee, Orbán mit Sanktionen zu drohen, weil er der Meinung ist, Menschen- und EU-Recht habe für Migrantinnen und Migranten keine Gültigkeit. Die Konsequenzen dieser Politik aber liefen im Spätsommer 2015 aus dem Ruder.

Merkel und der österreichische Bundeskanzler Faymann hätten anders gekonnt. Sie trafen eine – die richtige – Entscheidung, aber es war keine Zwangsläufigkeit. Sie hätten auch zusehen können, wie Orbán die Flüchtlinge Richtung Balkan zurückschiebt oder auf sie schießen lässt. Wohl niemand vermag zu sagen, was genau dann geschehen wäre. Die wahrscheinlichste Folge wäre eine Destabilisierung von Ungarn bis zur Ägäis, womöglich irreparable Schäden für die EU und selbst deren partiellen Zerfall haben nicht wenige für möglich gehalten.

Die Aufnahme der Flüchtlinge aus dem Transit der Balkanroute, in einer Dimension wie Deutschland sie während der Jugoslawien-Kriege in den Neunziger Jahren bereits handeln gelernt hatte, schien da günstiger. Diese Eskalation wurde von den Flüchtlingen erzwungen und sie haben sich dabei in Lebensgefahr gebracht. Das Drama in Ungarn wurde zur Zäsur für die Migrations- und Menschenrechtspolitik insgesamt. Nach Keleti ist alles anders. Doch, und das ist die traurige Wahrheit über diese Zeit, ob es besser sein wird, ist fraglich.

Weltmeister der Herzen

Dieser kurze Sommer der Bewegungsfreiheit brachte einige Hunderttausend Menschen nach Deutschland. Ihre Zahl ist nur ein kleiner Bruchteil der Flüchtlinge, die in anderen Teilen der Welt, in halb oder ganz geschlossenen Lagern, in informellen Siedlungen, auf der Straße, im Transit, im Gefängnis sitzen.

Deutschland hat, global betrachtet, in dieser Zeit nicht mal seine lang angehäuften Schuld in Sachen Flüchtlingsaufnahme ausgeglichen. Dafür lässt es sich nun feiern als der Weltmeister der Herzen, der es immer sein will: Von der US-Regierung bis zu Passantinnen und Passanten im fernen Südamerika, die ihnen unbekannte Deutsche zur Menschlichkeit ihres Landes beglückwünschen. Dass dieses Land eine treibende Kraft bei der Abschottung Europas ist – egal. Das Spardiktat gegenüber Griechenland – vergessen. Die tatsächliche Aufopferung von Ländern wie Libanon – wen interessiert's?

Doch es ist nicht alles politisches Kalkül, Staatsmarketing und diplomatische Abwägung. Diese Zeit ist auch die eines kulturellen, eines substantiellen gesellschaftlichen Wandels. Die Zivilgesellschaft ist den Flüchtlingen mehr als je zuvor beigestanden. Flüchtlingssolidarität hat allen anderen sozialen Bewegungen den Rang abgelassen. Ihre Stärke hat nicht nachgelassen, sie kannte – bislang – keine Obergrenze, eher im Gegenteil. Fast scheint die Formel zu gelten: Je mehr Flüchtlinge, desto mehr Unterstützung.

Viele haben die *Bild* für ihre „Wir helfen“-Kampagne angegriffen. Die Frage aber, ob die Zeitung, die so oft Xenophobie befeuert hat, nun diskursmoralisch berechtigt ist, auch Flüchtlinge zu unterstützen, verschenkt den Blick auf das Großartige: Die *Bild* hilft Flüchtlingen aus dem gleichen Grund, aus dem sie alles tut, was sie tut: Weil sie glaubt, damit bei der Mehrheit der Gesellschaft gut anzukommen. Das ist das Wesen von Boulevardzeitungen. Meist hat die *Bild* mit dieser Annahme Recht. Das macht ihren Erfolg aus. Und es offenbart das absolut Außergewöhnliche dieser Zeit.

Refugees Welcome

Um seine Anti-Roma-Gesetze zu bekommen hat Ex-Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) sich immer nach Kräften bemüht, bei der Veröffentlichung der Asylstatistiken Alarmstimmung zu verbreiten. Es waren Jahre, in denen 70.000, 90.000, 100.000 Asylanträge gestellt wurden. Nun sind es fast zehn Mal so viele und die Bahn lässt für die Flüchtlinge Sonderzüge fahren, der Finanzminister stellt Milliarden in den Staatshaushalt ein, Zeitungen drucken Sondernummern, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften, Banken, PR-Agenturen und Künstlerinnen, Wissenschaftler und Hausfrauen – alle helfen plötzlich Asylsuchenden.



Der kurzer Sommer der Bewegungsfreiheit
Impressionen am Budapester Hauptbahnhof vom August 2015

GOOD LUCK AND
WELCOME TO EUROPE!
FROM THE UK
X

PLEASE



Das kommt nicht von ungefähr. Die Bereitschaft vieler, auch aus zutiefst bürgerlichen Milieus, sich in München, Frankfurt, Fulda, Saalfeld oder Berlin mit Essen, Wasser und Kleidung an die Gleise zu stellen, an denen die „Trains of Hope“ einrollen, ist auch die Folge zwei Jahrzehnte währender Flüchtlingskämpfe. Die Flüchtlinge sind dazu aus der Isolation der Lager herausgetreten. Sie haben langsam, über viele Jahre hinweg, genau die Kontakte geknüpft, die der Staat erklärtermaßen verhindern wollte. Damit haben sie in der Gesellschaft Fuß gefasst. Die letzten Monate sind ihr Sieg: Ein Sieg gegen die Unmenschlichkeit und Isolation des Grenzregimes, erstritten und erkämpft von denen, die ihm unterworfen waren.

Der darauf zurückgehende und heute mancherorts fast Pop gewordene „Refugees Welcome“-Hype ist eine schillernde, ambivalente Gemengelage. In ihr vereinen sich großartige Mitmenschlichkeit und ein gewachsenes Bewusstsein für globale Ungerechtigkeiten mit Paternalismus, Affirmation und Eigennutz. Und gleichzeitig liegt unter allem ein Konsens weiter Teile der Bevölkerung: Migration als solche ist akzeptiert. Das Dogma, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, ist nicht mehr mehrheitsfähig. Und dies dürfte für's Erste nicht revidierbar sein.


Der lange Winter des Grenzregimes

Diese Modernisierung der Gesellschaft aber war fällig. Was daraus aber auf politischer Ebene folgt, ist offen. Sicher ist: Die gesellschaftlichen Spannungen werden deshalb zunehmen. Es ist keine rechte Propaganda, sondern Fakt: Die Flüchtlinge spalten das Land. Das spricht nicht dagegen, dass sie hier sind. Man wird sich aber überlegen müssen, wie man mit ihren Gegnerinnen und Gegnern umgehen will. Es gibt nicht nur die, die an den Erstaufnahmestellen Jacken verteilen, auch wenn deren Zahl gerade unfassbar groß ist. Es gibt auch die „besorgten Bürger“ und ihre neuen Nazibekanntschaften; ein fremdenfeindliches Kontinuum zwischen Pegida und Parteienverdruss, Neuer Rechter und entfremdeter CDU-Klientel, AfD, NPD und Autonomen Kameradschaften. Die Distanz zwischen denen, die in Heidenau, Freital oder Tröglitz auf die Straße gehen und den Institutionen und Medien ist heute größer als damals, genau wie die Gewaltbereitschaft. Das Milieu ist marginalisierter als die schweigende Mehrheit der Neunziger, die die Täterinnen und Täter von Lichtenhagen und Hoyerswerda ermutigt hat. Aber es ist aktiver und vermutlich gefährlicher. Nie zuvor gab es im Nachkriegsdeutschland vergleichbare fremdenfeindliche Mobilisierungen. Bis Mitte November gab es in diesem Jahr

über 500 Angriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte. Die Antwort darauf kann nicht darin bestehen, den „Nein zum Heim“-Rassistinnen und -Rassisten nachzugeben, ihnen die Anwesenheit von Flüchtlingen zu ersparen und so national befreite Zonen von oben zu schaffen. Die Antwort wird eine langwierige, ressourcenintensive politische Auseinandersetzung durch Staat und Zivilgesellschaft gleichermaßen sein müssen.

Sie fällt zusammen mit einer Zeit, in der nach dem Sommer der Bewegungsfreiheit der Winter des Grenzregimes anbricht. Der Grundfehler der alten Asylpolitik war die Anti-Integration der Flüchtlinge mit den Mitteln des Asylrechts. Weil man davon ausging, die meisten ohnehin irgendwann wieder abzuschieben, tat der Staat alles, damit die Flüchtlinge gar nicht erst Fuß fassten. Viele aber blieben – und sie blieben deshalb isoliert, entrechtet, marginalisiert. Die Absurdität dieser Praxis ist in den letzten Jahren auch in vielen Institutionen erkannt worden. Es gab und gibt Bewegungen, die in eine andere Richtung weisen: Eine Reihe der Schikanen des Asylkompromisses von 1993 sind zuletzt zurückgenommen oder aufgeweicht worden – auch dies ist vor allem Folge der Flüchtlingskämpfe. Doch diese Tendenz kehrt sich nun offenbar wieder um. Fast alles, was in den letzten Jahren nur als Potentialität einer düsteren Zukunft in vielen Migrationsdebatten aufschien, kommt nun in einem Tempo auf die realpolitische Agenda, die kaum jemand für möglich gehalten hätte: Mehr sichere Herkunftsländer, Asyl-Obergrenzen, totale Leistungsbegrenzung, Internierung im Transit, Internierung an den Grenzen, ein Mehrklassen-Asylsystem, kein Familiennachzug. Im asylpolitischen Rollback – der sich schon vor Keleti angekündigt hatte – scheint jetzt fast alles möglich. Die CSU bejubelt, das „schärfste Asylrecht aller Zeiten“ und ist dabei mit ihren so genannten Reformvorschlägen noch längst nicht am Ende. SPD und Grüne sind voll dabei. Und es ist nicht gesagt, ob die wirklich großen Flüchtlingsankünfte nicht erst noch kommen.<

Christian Jakob
ist Journalist und
schreibt seit vielen
Jahren über
Migration. Er lebt in
Berlin.

A black and white photograph of Johanna Mikl-Leitner, the Austrian Minister of the Interior. She is wearing glasses and a dark jacket, looking directly at the camera. She is holding a large white sign in front of her. The background shows a room with a window and some furniture.

*Die österreichische Innenministerin
Johanna Mikl-Leitner präsentiert die Essenz
ihrer Asylpolitik:*

SCHLEICHTS
EICH!

Österreich schiebt weiter

Seit die Zahl der Flüchtlinge nach Europa steigt, hat sich auch in Österreich einiges geändert: Das Bundesheer fährt flüchtende Menschen gratis zur deutschen Grenze und Freiwillige helfen bei der Notversorgung. Im Asylwesen aber hat es keine Besserungen gegeben und das, was als Versuch verkauft wird, politisch mit der Situation umzugehen, bringt höchstens nichts - am allerwenigsten für die Menschen auf der Flucht. Ein Bericht über die komplexe Situation in Österreich. Von Nikolai Schreiter

Viele der Menschen, die über Ungarn nach Österreich kamen und jetzt über Slowenien kommen, wollen hier nicht bleiben. Die meisten wollen weiter, viele nach Deutschland, einige auch in andere Länder. Wie viele wirklich österreichischen Boden betreten, ist ungesichert. Wie *FM4.orf.at* schreibt, werden nach Auskunft des Innenministeriums Refugees, die in Österreich keinen Asylantrag stellen, „abhängig von den behördlichen Kapazitäten und nach Maßgabe der Verhältnisse“ registriert. Von den 276.428 Menschen, die zwischen 5. September und 14. Oktober in Österreich erfasst wurden, haben nur 10.553 einen Asylantrag gestellt. Knappe vier Prozent.

Die Menschen, die einen Asylantrag stellen, haben Anspruch auf Grundversorgung durch den Staat: In Quartieren mit Vollverpflegung bekommt der Quartiersgeber pauschal 19 Euro pro Tag. Bei Selbstverpflegung bekommen die Asylbewerber und Asylbewerberinnen 150 Euro pro Monat, Krankenversicherung und dazu jeweils 40 Euro monatlich Taschengeld. Normalerweise wird, wer in Österreich einen Asylantrag stellt, in einer der beiden Erstaufnahmestellen untergebracht: EAST Ost in Traiskirchen in der Nähe von Wien, oder EAST West in Thaham in der Nähe des Attasees. Normalerweise, denn insbesondere Traiskirchen ist seit Monaten in den Negativschlagzeilen. Seit Anfang August wurde dort immer wieder ein Aufnahmestopp verhängt. In der Einrichtung, die für etwa 1800 Personen ausgelegt ist, waren über den Sommer zeitweise über 4000 Asylwerber und Asylwerberinnen untergebracht.

Obdachlos statt grundversorgt

Die Zustände in Traiskirchen sind schon unter Normalbedingungen menschenfeindlich: Es herrschen rigide Lagerregeln, es fehlt an Betreuung und man hört immer wieder Berichte über rassistisches Verhalten von Bediensteten. Das sind, neben den Sachbearbeitern und Sachbearbeiterinnen des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl (BFA), vor allem Wachleute und einige wenige Beschäftigte der Rechts- und Sozialberatungen der Diakonie. Außerdem arbeitet dort der Verein Menschenrechte Österreich (VMÖ), eine vom Innenministerium finanzierte NGO, die für einen großen Teil der Asylsuchenden die ihnen zustehende Rechtsberatung und -vertretung durchführt. Häufig aber macht der VMÖ in erster Linie „Rückkehrberatung“ und lässt vielfach Rechtsmittel ungenutzt.

Im Sommer spitzte sich die Lage zu: Viele der in Traiskirchen Untergebrachten mussten tage- und wochenlang im Freien nächtigen. Essen und Hygieneartikel wurden knapp. Anfangs wurden nicht einmal Zelte aufgebaut und es gab nur gemeinsame Duschen für Männer und Frauen, die keine Vorhänge hatten. Amnesty International hat die Einrichtung Anfang August besucht und berichtete von „unzureichender medizinischer und sozialer Versorgung, grober, auch bei größter Ressourcenknappheit vermeidbarer Ignoranz und Gedankenlosigkeit im Umgang mit den Flüchtlingen, untragbarer Massenobdachlosigkeit von 1.500 Menschen“ und einer besonders prekären Situation für allein geflüchtete Kinder und Jugendliche. Den Ärzten ohne Grenzen wurde zunächst, wie auch der Presse, der Zutritt verweigert. Journalisten

und Journalistinnen dürfen bis heute nur in Begleitung des Sicherheitsdienstes ins Lager. Als Geflüchtete Handyphotos an die Presse gaben, war der Aufschrei groß: Solche Zustände seien Österreichs unwürdig.

Die EAST in Traiskirchen ist mittlerweile aufgrund der Aufnahmestopps wieder normal belegt. Normalerweise werden die Leute, nachdem sie einige Zeit in einer der beiden Erstaufnahmestellen untergebracht waren, in Unterkünfte der Bundesländer verteilt. Die meisten Länder aber haben schon lange zu wenige Plätze zur Verfügung gestellt und mit der gestiegenen Anzahl von Menschen, die einen Anspruch auf Unterbringung haben – jenen vier Prozent – hat sich das Problem verschärft. Der österreichische Nationalrat hat Anfang Oktober ein sogenanntes Durchgriffsrecht beschlossen, das dem Bund erlaubt, auch gegen den Willen der Länder und Gemeinden Unterkünfte für Asylwerber und Asylwerberinnen zu eröffnen. Trotzdem wird seit Wochen wiederholt nach der Asylantragsstellung ein Zettel ausgehändigt, auf dem steht, dass der Antrag bearbeitet werde, die Asylsuchenden aber keine Unterkunft bekommen könnten. Sie werden also de facto in die Obdachlosigkeit entlassen, müssen sich dann aber möglichst schnell mit einer Adresse beim BFA melden. Zeitweise wurde auch berichtet, dass die Polizei in Wien sich geweigert habe, überhaupt Asylanträge entgegen zu nehmen.

Wir für Flüchtlinge, wir für Österreich

Viele der obdachlosen Flüchtlinge, die ein Recht darauf haben, vom Staat untergebracht zu werden, schlafen jetzt in den Notquartieren, die Wohlfahrtsverbände, Freiwillige und das Bundesheer für die Durchreisenden – also die 96 Prozent, die keinen Asylantrag stellen – aufgebaut haben und unterhalten. Das Engagement der Freiwilligen hat am Wiener Westbahnhof angefangen. Schnell engagierten sich dann auch in Nickelsdorf an der Grenze zu Ungarn und später an anderen Orten und vielen Bahnhöfen Freiwillige. Überall dort haben, zweifelsohne in guter Absicht, Privatleute die notwendigsten Dinge gekauft und verteilt. Mittlerweile ist das Bundesheer im Einsatz, die großen Wohlfahrtsverbände und das Rote Kreuz organisieren tatsächlich nach Kräften, doch langsam beginnt die Spenden- und Hilfsbereitschaft zu sinken. Die Beschwerden werden lauter. Nicht nur darüber, dass der Staat sich an den Kosten wenig beteiligt, sondern auch darüber, dass es jetzt langsam mal reicht mit den Geflüchteten. Caritas, Diakonie, Arbeitersamariterbund und andere stellen neues

Personal ein und gehen dafür in Vorleistung, ohne zu wissen, ob der Staat ihnen etwas zurückzahlt. Im Endeffekt verrichtet die Arbeit nach wie vor die berühmte Zivilgesellschaft, weil der Staat sich weitgehend raushält. Vizekanzler Reinhold Mitterlehner, dessen Österreichische Volkspartei (ÖVP) gerade auf dem absteigenden Ast ist, hat kürzlich stolz verkündet, es sei „uns geglückt, die Hilfsbereitschaft der Zivilgesellschaft anzuregen und die zu mobilisieren“.

Wie die Lage aussähe, wenn sich die Zivilgesellschaft nicht hätte mobilisieren lassen, möchte man sich lieber nicht vorstellen. Vielleicht hätte es Tote gegeben. Viele der Menschen tragen dazu bei, das zu verhindern. Sie stehen täglich an der Essensausgabe und organisieren ganze Camps, wie die Gruppe *#trainofhope* am Wiener Hauptbahnhof. Es werden auch Solidaritätsaktionen und Spendenkonvois in die ungarischen, kroatischen und slowenischen Orte, wo tausende Menschen unversorgt sind, auf die Beine gestellt – lauter Dinge, die dringend gebraucht werden. Viele sehen aber ob der Euphorie, bei etwas Großem dabei zu sein, nicht, was da passiert und was sie – notwendigerweise – durch ihr Engagement abfangen: Staatsversagen. Die Unterstützung der Geflüchteten durch Freiwillige ist die Privatisierung hoheitlicher Aufgaben in Reinform. Dass man sich, „sein Wien“ oder „sein Österreich“ dafür feiert, und nicht dem Staat auf die Füße steigt, gefällt den eigenen Job zu machen, dass man nicht zumindest den Rücktritt der Innenministerin herbeiführt oder fordert, dass dies nicht einmal die Opposition tut, ist die Affirmation dieser Privatisierung und der österreichischen Gemeinschaft der Anpackenden.

Flüchtlinge gucken und sich selbst zujubeln

Als das Anpacken losging, sah das am Wiener Westbahnhof so aus: Ein Zug mit Geflüchteten kommt an, die Helfer und Helferinnen, zahlenmäßig den Flüchtlingen überlegen, halten ihnen ihre Smartphone-Kameras ins Gesicht. Flüchtlinge gucken und den Moment festhalten, in dem jemand in Not die Wasserflasche in die Hand nimmt, die ich, die *wir*, in unserer Güte gekauft haben. Gut gemacht, ja, wirklich. Eine staatliche Aufgabe übernommen und sich dafür gefeiert. „Das soll uns einmal wer nachmachen! ÖBB, Polizei, Österreicher zeigen Herz“ schrieb dazu die Boulevardzeitung *heute*, und die Spendenplattform des ORF heißt „Helfen wie wir“. Vor allem anfangs half man gern, denn die Ausländer und Ausländerinnen bleiben ja auch nicht hier. Sie fahren, zu 96 Prozent, weiter nach Deutschland.

Und weil ohne Massenveranstaltungen kein ordentliches Wirgefühel entstehen will, demonstrierten im August 20.000 für „Mensch sein in Österreich“ und Anfang Oktober 60.000 „Für eine menschliche Asylpolitik“ – Demos, für die es gute Gründe gab und gibt. Die zweite Demo mündete in einem „Voices for Refugees“-Konzert am Wiener Heldenplatz, bei dem 150.000 Menschen Zucchero, Soap and Skin, den Toten Hosen und sich selbst zugejubelt haben. Refugees kamen nicht zu Wort, dafür gab es ein Smartphone-Lichtermeer und Liveübertragung im Privatfernsehen. Tatsächlich war die Veranstaltung eindrucksvoll. Der Heldenplatz voller Menschenmassen, das gibt's nicht so oft.

Generalverdacht der Schlepperei

Österreich ist das Land, in dem die FPÖ in Umfragen bei über 30 Prozent, die beiden anderen bisher großen Parteien ÖVP und SPÖ bei guten 20 Prozent liegen. Österreich ist auch das Land, wo Rechtsstaat momentan heißt, mit Anzeigen wegen Schlepperei um sich zu werfen – auf Grundlage eines Paragrafen, dessen ideologischem Gehalt und Unsinnigkeit *Hinterland* eine ganze Ausgabe und die Münchener Kammerspiele mit dem Bayerischen Flüchtlingsrat kürzlich eine Konferenz gewidmet haben. In Traiskirchen wird bei jedem Asylantrag eine Anzeige wegen Schlepperei gegen unbekannt gestellt. Anfang September war das Gefängnis in Eisenstadt, der Hauptstadt des Burgenlandes, überfüllt wegen Menschen, die dort wegen des Vorwurfs der Schlepperei in Untersuchungshaft saßen. Eine Aktivistin, die der Innenministerin Johanna Mikl-Leitner bei einem Besuch an der Grenze in Nickelsdorf mitteilte, was sie von ihrer Anwesenheit hält, wurde von einem der Mitarbeiter Mikl-Leitners geschubst und wegen Schlepperei angezeigt. Mit einiger Wahrscheinlichkeit wird es in naher Zukunft noch mehr Anzeigen wegen Schlepperei geben. Es ist davon auszugehen, dass es auch die Personen treffen wird, die in mehreren großen und kleinen Konvois Menschen aus Ungarn nach Österreich geholt haben und damit jene Menschen, ohne deren Engagement es wahrscheinlich in den letzten Monaten noch mehr Tote gegeben hätte.

Wir müssen an einer Festung bauen

Außenpolitisch will der österreichische Jungaußenminister Sebastian Kurz unisono mit Merkel Assad in den Kampf gegen den IS einbinden. Damit ignoriert er die Tatsache, dass der Terror, den das Assad-Regime gegen die Zivilbevölkerung ausübt, für viel mehr Menschen aus Syrien der primäre Fluchtgrund ist als der Islamische Staat. Eine Umfrage der NGO *Adopt a Revolution* unter 900 syrischen Flüchtlingen hat das kürzlich bestätigt. Die gesamte österreichische Regierung, bis hinauf zum Bundespräsidenten Heinz Fischer, hofiert außerdem das Iranische Regime – nicht nur einer der ersten Feinde Israels, sondern auch einer der wichtigsten Unterstützer des Assad-Regimes und anderer Terrorgruppen in der Region. Durch das Atomabkommen mit dem Iran wird dieses Regime viel mehr Geld haben, um seine regionale Vormachtstellung auszubauen, die Region zu destabilisieren, Assad zu stützen und so unter anderem noch viel mehr Menschen in die Flucht zwingen. Bundespräsident Fischer war inklusive einer hochrangigen Delegation von Wirtschaftsvertretern, dem Außenminister und dem Vizekanzler im September im Iran – als erstes europäisches Staatsoberhaupt seit 2004.

Nikolai Schreiter
ist in Wien
fassungslos.

Auch in Sachen Asyl schaut sich Österreich vieles von Deutschland ab. Der Plan der „Asyl-Hot-Spots“ an den europäischen Außengrenzen kann, ganz abgesehen von den Konsequenzen für hunderttausende Menschen und das Recht auf Asyl, gar nicht funktionieren. Er findet aber auch in der Alpenrepublik Anklang. Gleiches gilt für „Pufferzonen“ in den Krisengebieten. Dass die Pläne für „Asyl auf Zeit“ als große Lösung präsentiert werden, zeigt vor dem Hintergrund, dass es die Möglichkeit zu Asyl auf Zeit schon gibt, wie planlos die Regierung ist. Das Gesetz, das im Dezember rückwirkend für 15. November beschlossen werden soll, soll regeln, dass nach spätestens drei Jahren jedes Asylverfahren neu aufgerollt werden muss. Was das für die ohnehin schon überlastete Bürokratie, die Verfahrensdauer und für die Flüchtlinge bedeutet, kann man sich ungefähr vorstellen. Dagegen erscheint der allgegenwärtige Plan, den Kampf gegen Schlepperbanden zu verschärfen, fast sinnvoll. Um den politischen Wahnsinn auf die Spitze zu treiben, nahm Innenministerin Johanna Mikl-Leitner an der Grenze zu Slowenien in der Ortschaft Spielfeld kürzlich Anleihen bei der flüchtlingsolidarischen Bewegung: „Wir müssen an einer Festung Europa bauen.“<

„Kein Geschäft, sondern eine Aufgabe“

Béla Dören vermietet seine Wohnung in einer hessischen Kleinstadt im Vogelsbergkreis an Flüchtlinge. Nach einer vorläufigen Prüfung und Anerkennung ist dort eine Privatunterkunft möglich. Interview von Jessica Schallock.



Béla Dören ist seit 2010 Bürgermeister von Homberg, einer malerischen Ortschaft in Hessen mit 7500 Einwohnern.

Als Bürgermeister von Homberg sind Sie sicher laufend mit dem Flüchtlingsthema beschäftigt.

Ich komme gerade aus einer Sitzung, in der wir über die Unterbringung der Flüchtlinge im Kreis Vogelsberg gesprochen haben. Zur Erstregistrierung haben wir in Vogelsberg 1000 Leute zugewiesen bekommen, bei einer Einwohnerzahl von 115.000. Wir haben jetzt 250 Leute in der Sporthalle untergebracht. Das muss man sich so vorstellen: Da steht eine Liege, daneben eine Bank, eine Liege, eine Bank, der

ganze Raum voll. Wir machen aber mehr, als nur eine Notunterkunft bereitzustellen. Da fragen dann manche, wer das finanziert. Meine Antwort darauf – das sollte im Moment nicht das Wichtigste sein. Ab morgen können wir Räume für Mutter-Kind-Gruppen anbieten und wir aktivieren gerade weitere Plätze für Sprachunterricht. Meine Frau ist pensionierte Deutschlehrerin und wird unterrichten. Das machen auch viele, die noch im Dienst sind.

Wie ist die Stimmung im Kreis Vogelsberg angesichts der ankommenden Flüchtlinge und der Berichterstattung?

Es gibt mehr positive als negative Stimmen. Aber die Bevölkerung ist nicht ohne Ängste. Da geht es erst mal darum, dass es fremde Menschen sind. Und dass diejenigen, die selbst wenig haben, sich sorgen, wie es mit ihnen weitergeht. Es gibt viele Ehrenamtliche, die helfen. Aber ich muss sagen, dass ich der Einzige bin, der sich auf die Ausschreibung gemeldet hat, in der Wohnungen zur Vermietung an Flüchtlinge gesucht wurden. Es sind ja 700 Personen hier, bei denen angefangen wurde, sie als Familien dezentral unterzubringen. Erfasste Asylbewerber, die auf Bearbeitung ihres Antrags warten, können in einzelnen Wohnungen untergebracht werden. Als landesweite Veröffentlichung wurde es über das Landesamt ausgeschrieben. Zunächst nahm man an, dass es großes Interesse geben würde und es viele Menschen interessant finden könnten, ihre Wohnungen so zu vermieten. Das war jedoch nicht der Fall. Und hier auf dem Land haben wir eine dünne Personal-

decke. Das heißt, für die Betreuung gibt es sieben Angestellte des Vogelsbergkreises, konkret eine Person auf 100 Flüchtlinge. Aus diesem Grund gab es auch Versuche, Flüchtlinge in Gruppen von 20 Personen dezentral unterzubringen. Das aber fördert keine Integration. Das kann ja keiner wollen.

Sie vermieten selbst an Flüchtlinge. Wie kam es dazu?

Nachdem ich die Ausschreibung gelesen hatte, war ich gleich dafür, unsere Wohnung anzubieten, da gab es keinen Zweifel. Wir haben unser ganzes Leben schon Leute aufgenommen. In Herford, wo wir früher lebten, waren es Russen. Ich bin ja selbst Flüchtling aus Ungarn und die Eltern meiner Frau waren aus Ostpreußen geflohen. Als wir in den 80ern in Aachen lebten, hatten wir eher ausländische Studenten aufgenommen. Das war immer schön, die brachten einem die Welt nach Hause.

Wie hat Ihre Frau reagiert? Oder war es eine gemeinsame Idee?

Sie war sofort mit dabei. Sie hat sich sogar gleich zur Flüchtlingshelferin ausbilden lassen. Das war eine viermonatige Schulung mit Zertifizierung, die gemeinsam von der Diakonie, der evangelischen und katholischen Dekanate, dem Hessencampus Vogelsberg, der Volkshochschule und Pro Asyl hier in Hessen angeboten wurde. Es ging um Asyl- und Sozialrecht, praktische Informationen, über die unterschiedlichen Anträge und Besonderheiten von Flüchtlingshilfe hier im ländlichen Raum. Und ganz allgemein um die Fluchterfahrung und wie Ehrenamtliche damit umgehen können, wo aber auch ihre Grenzen liegen.

Mit wem haben Sie den Mietvertrag abgeschlossen?

Ich habe ein normales Mietverhältnis mit dem Vogelsbergkreis. Der Landkreis mietet generell an und weist Asylbewerbern, die ein Recht auf Unterbringung haben, diese Wohnungen zu. Für alle Fragen ist der Landkreis mein Ansprechpartner.

Was ist bisher passiert? Gab es auch Schwierigkeiten?

Eine fünfköpfige Familie aus dem Kosovo ist eingezogen und ich muss sagen, dass wir viel Arbeit mit ihnen haben. Das läuft nicht ohne Schwierigkeiten ab. Als Vermieter muss ich mich einfach mehr kümmern. Da gibt es auch kulturelle Unterschiede in der Wahrnehmung. Vieles muss ich erst kommunizieren. Das können die Leute gar nicht wissen. Es kommt bei manchen vor, dass sie die Toilette für Abfall verwenden. Oder man muss ihnen zeigen, wie man Glühbirnen auswechselt oder wie das mit Stromkabeln funktioniert. Im Grunde braucht in den ersten Monaten jede Familie eine Person, die sich um sie kümmert. Dazu gehört auch, einen Weg zu finden, wie sie zu ihrem Geld kommen und einkaufen gehen können. Wie bei einem Sozialhilfeempfänger ohne eigenes Einkommen ist es nicht so einfach, ein Konto zu eröffnen. Dann muss beispielsweise die Zuwendung bar im Amt abgeholt werden. Von hier ist die Ausgabestelle 44 Kilometer entfernt. Wir versuchen jetzt, ein Konto einzurichten. Die Leute brauchen einfach mehr Hilfe als andere.

Was würden Sie anderen Vermietern raten, wenn sie an Flüchtlinge vermieten wollen?

Erstens sollte man sich vergegenwärtigen, dass es keine leichte Vermietung sein wird, man wird Arbeit damit haben. Zweitens sollte man sich die Leute anschauen, die da untergebracht werden sollen. Das geht ja oft nicht als Vermieter. Das geht mehr in die Richtung der zuweisenden Leute, dass die sich gut überlegen, ob Vermieter und Unterzubringende zusammenpassen oder ob man da schon ahnt, dass es nicht gut gehen wird. Drittens muss man sich selbst prüfen, ob man bereit dazu ist. Wenn man das alles mit Ja beantwortet hat, spricht nichts mehr dagegen, es zu tun. Man hat ja auch was davon. Es macht Freude, ein gutes Gefühl! Ich würde interessierten Vermietern jedoch raten, die Aufgabe nicht zu leicht zu nehmen. Denn wenn man es gut macht, ist es kein Geschäft, sondern eine Aufgabe.

Würden Sie es wieder machen?

Ja, auf jeden Fall. Dass wir jetzt hier in Deutschland merken, was im Rest der Welt los ist, das ist ja nicht der Untergang, im Gegenteil! Es tut uns doch gut, wenn unsere moralischen und ethischen Werte auf die Probe gestellt werden. Und man sich fragen muss, ob man nicht hätte mehr tun können in den letzten Jahren. Wenn das die Veränderung ist, wäre das ja nicht das Schlechteste.<

Jessica Schallock
ist Kultur- und
Kommunikationswissenschaftlerin und
arbeitet als
Kommunikatorin in
München.

Passau Under Pressure

Tausende Menschen kommen jeden Tag über Passau nach Deutschland. Die niederbayerische Stadt an der Grenze zu Österreich kämpft nach der Wiedereinführung der Grenzkontrollen damit, die wachsende Zahl an Asylsuchenden zu versorgen. Einige Geflüchtete haben sich mittlerweile politisch organisiert.

Von Felix Balandat



Manche Textstellen lassen sich noch entziffern: „Sie haben kein Anrecht auf...“ oder „Generelle Informationen zur Bestimmung des Flüchtlingsstatus in Ungarn“ steht auf den vom Regen durchweichten Papierfetzen, die verstreut in dem lichten Waldstück liegen. Im Unterholz verteilen sich Rucksäcke, eine Unterhose, Konserven, Zahnpastatuben. Ein matschiger Trampelpfad führt in die Stadt. Im Hintergrund rauscht die wenige Meter entfernte Autobahn.

Ausgesetzt an Orten wie diesem Parkplatz kurz vor der Abfahrt Passau-Mitte laufen Geflüchtete zu Fuß in die Stadt. In der Hoffnung eine Abschiebung zu erschweren, zerreißen einige ihre Unterlagen, die auf einen Aufenthalt in anderen EU-Ländern hinweisen. Mit der Wiedereinführung der Grenzkontrollen in Süddeutschland diesen September ist diese Route für viele mittlerweile versperrt. Hubschrauber der Bundespolizei und Polizeikontrollen auf Verbindungsstraßen in Grenznähe vermitteln das Bild einer Stadt im Ausnahmezustand. Ziel der Maßnahmen sei es laut Innenminister Thomas de Maizière „den derzeitigen Zustrom nach Deutschland zu begrenzen und wieder zu einem geordneten Verfahren bei der Einreise zu kommen“.

Vom Hauptbahnhof in die LKW-Garage

Abdulrahman Idris ist ein gefragter Mann. Viele der über 1000 Geflüchteten, die es allein am 20. September nach Passau geschafft haben, wollen von ihm wissen, wie es jetzt weitergeht. Idris arbeitet ehrenamtlich als Übersetzer für Kurdisch und Arabisch in dem Team aus Helferinnen und Helfern, das am Passauer Hauptbahnhof die Erstversorgung der Geflüchteten übernommen hat. Die Bundespolizei nimmt die Migrantinnen und Migranten in den aus Österreich kommenden Zügen in Gewahrsam und bringt sie vor das Bahnhofsgebäude. Dort warten sie auf Bierbänken unter Pavillons darauf, dass die Polizei sie in Bussen abtransportiert. In dieser Zeit teilen Freiwillige Obst und Getränke aus, Abdulrahman Idris läuft die Metallgitter ab und versucht die zahlreichen Fragen zu beantworten. Ein Polizeibeamter am Ende der Gitter spricht gebrochen Arabisch und weist die Wartenden zu einem Bus. Dieser bringt sie zu Hallen einer ehemaligen LKW-Garage, die als sogenannte „Clearingstelle“ genutzt werden.

Etwa 300 Menschen halten sich im Moment in dieser ungeheizten Industrieanlage auf. Zutritt ist nur nach vorheriger Anmeldung möglich. Vier WC-Container

stehen zur Verfügung, es riecht nach Urin. Als ein Notarztwagen vorfährt, fragt ein Polizist, wer den Wagen denn gerufen habe. Es herrscht Verwirrung, man weiß von nichts. Polizistinnen und Polizisten zählen die Neuankömmlinge, stellen ihre Nationalität fest, verteilen Bändchen, prüfen ob unbegleitete Minderjährige darunter sind. Die Geflüchteten sollen eigentlich nur wenige Stunden hier verbringen, um dann in reguläre Erstaufnahme-Einrichtungen gebracht zu werden, erklärt Bundespolizeisprecher Heinrich Onstein. „Die Versorgung ist sichergestellt. Es gab bei dieser Massenmigration, die wir einige Tage lang hatten, auch leichte logistische Probleme. Die Abläufe mussten sich erstmal neu einspielen, Witterungsbedingungen spielten sicherlich eine Rolle. Es läuft jetzt alles sehr koordiniert ab“, sagt Onstein.

Freiwillige Helferinnen und Helfer haben auf Facebook über katastrophale Zustände in der Unterkunft berichtet: „Die Lage ist wirklich unbeschreiblich. 1100 Flüchtlinge in jeder Halle. Circa 18 Polizisten in jeder Halle. Dort sind die Polizisten für alles zuständig: vom Essen verteilen bis Ordnung rein bringen. Es sind sehr viele Kinder und Babys dabei, teilweise krank. Kein warmes Wasser um Babymilch vorzubereiten, nicht genug Milch. Keine angemessene medizinische Versorgung, überfüllte Dixi-Klos. Ohne Helfer müssen die Leute lange ohne Essen bleiben“. Die Helferinitiative *Passau verbindet* teilt diese Einschätzung und hat Freiwillige zur Unterstützung der Bundespolizei angeboten. Auch die Stadt Passau bot den Beamtinnen und Beamten ihre Hilfe an.

Die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge steigt

Die ehemalige LKW-Industrieanlage ist nicht der einzige Brennpunkt. Vor dem Theater der Stadt Passau kontrolliert die Polizei seit Tagen verdächtige Fahrzeuge. Die angrenzende Marienbrücke ist neben der Autobahn die einzige PKW-Verbindung von Österreich nach Passau. Seit eineinhalb Stunden harren etwa 50 Menschen auf einem Kinderspielplatz in der Innenstadt aus. Sie warten auf einen Bus, der sie in die Clearingstelle bringen soll. Freiwillige haben einen W-Lan-Hotspot eingerichtet, der Generator der Polizei wurde angezapft, um Handys aufladen zu können. Viele Geflüchtete rufen Familienmitglieder an und geben ihren aktuellen Standort durch. Familien mit Säuglingen sitzen auf dem nackten Boden, einige haben sich bereits zum Schlafen hingelegt. Es herrscht Chaos, erst nach zwei Stunden kommt man auf die Idee, die Mütter mit Kindern in ein BRK-Fahrzeug zu bringen, das beheizt werden

kann. Wohl in weiser Voraussicht, dass demnächst kein Bus kommen wird, hilft die Bundespolizei dabei, ein Campingzelt aufzustellen. In direkter Nachbarschaft das Passauer Stadtheater und ein Uni-Hörsaal mit Platz für hunderte Menschen.

„Ich komme aus Bagdad und bin geflohen, um mein Leben nach Europa zu retten. Ich bin sehr glücklich hier zu sein. Ich denke ich werde hier studieren und ein sicheres Leben führen können“, erklärt der 16jährige Arif, der ohne Familie nach Deutschland gekommen ist. Er wartet mit dutzenden anderen Menschen am Bahnhof darauf, zur Clearingstelle gebracht zu werden. Gemäß dem deutschen Asylverfahren nimmt das örtliche Jugendamt Minderjährige wie Arif in Obhut, das Gericht bestellt einen Vormund. Im „Clearingverfahren“ bespricht dieser mit den beteiligten Behörden das weitere Vorgehen, was mehrere Wochen dauern kann. 2014 wurden etwa 300 unbegleitete minderjährige Geflüchtete in Passau aufgegriffen, fast dreißigmal mehr als noch zwei Jahre zuvor. Dieses Jahr rechnet die Stadt mit einer vielfach höheren Zahl. Eine Belastung für die städtische Jugendarbeit, die den Oberbürgermeister Jürgen Dupper (SPD) zu einem Brandbrief an die bayerische Integrationsministerin Emilia Müller (CSU) veranlasst hat. „Der ungebremst wachsende Zustrom von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen stellt die Stadt Passau vor Probleme, die sie ohne nachhaltige Unterstützung durch den Freistaat Bayern nicht mehr bewältigen kann“, zitiert die *Passauer Neue Presse* den Oberbürgermeister. Eine angemessene Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen und die Versorgung tausender Migranten, die jeden Tag mit dem Zug oder zu Fuß ankommen, sind jedoch nicht die einzigen Probleme Passaus in der „Asylfrage“.

Warten im Passauer Niemandsland

Eba (Name auf Wunsch geändert), ein kleiner, rundlicher Mann mit einem verschmitztem Lächeln im Gesicht, steht im Türrahmen seines Schlafzimmers. Vier Personen nächtigen in dem dunklen Raum, der mit Betten und Spinden vollgestellt ist. Ein Fenster, keine Heizung, die Wände sind verschimmelt. „Es ist eine Gefahr für deine Gesundheit“, sagt Ben, der an einem kleinen Tisch sitzt, konzentriert eine Zigarette dreht und kurz zu seinem Mitbewohner Eba aufschaut. Im Badezimmer sieht es ähnlich aus, nur das Wohnzimmer mit integrierter Küche, schmutziger Couch und alter Ölheizung scheint noch einigermaßen bewohnbar zu sein. Das sei jedoch allemal besser als seine letzte Behausung, meint Eba.



Zählen, markieren, sortieren
Die ankommenden Flüchtlinge werden gezählt, ihre Nationalität festgestellt und mit Nummern und weißen Bändchen registriert



Seit mehr als zweieinhalb Jahren lebt der Äthiopier im Passauer Umland. Nachdem er seinen Asylantrag gestellt hatte, musste er ein ganzes Jahr bis zu seiner Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge warten. Seit über einem Jahr steht nun die Entscheidung über seinen Antrag aus. Zurzeit wohnt der 32jährige mit zwei Nigerianern und einem Kosovaren in einer Unterbringung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Fürstenzell, einer zwölf Kilometer von Passau entfernten Marktgemeinde. Davor war Eba in einer alten Pension in der an Passau angrenzenden Gemeinde Salzweg untergebracht. „Es war schrecklich dort“, sagt er. Nachts ist der Strom abgestellt worden, zeitweise hat man sich zu zweit ein Bett teilen müssen.

Auf dem gepflegten Rasen zwischen den beiden alten Arbeiterhäusern in Fürstenzell sitzen mehrere Männer bei Bier an einem Plastiktisch. Der Grill raucht, ein kleines Mädchen rennt über die Wiese. Die Bewohnerinnen und Bewohner der Unterkunft feiern den Geburtstag eines Freundes, aus dem Gebäude schallt Popmusik. Die Zimmergenossen Ben und Eba stehen auf dem Gehweg vor dem heruntergekomme-

nen Haus, das sie bewohnen. „Die Menschen hier aus dem Ort helfen mir bei Problemen, fragen, ob ich genügend Kleidung oder so habe. Aber bei vielen Sachen wissen sie auch nicht, was man machen kann. Wenn es um Bürokratie geht, meine ich“, sagt Ben, der aus Nigeria stammt. „No Border Passau, das ist die Gruppe bei der ich schon lange aktiv bin. Die helfen dir bei solchen Problemen“, merkt Eba an.

Als er noch in der alten Pension in Salzweg wohnte, hat Eba mit der Gruppe *No Border* einen Text über die Zustände in der Einrichtung geschrieben und veröffentlicht. Kurz darauf wurde er nach Fürstenzell verlegt. *No Border* ist ein „politischer Zusammenschluss von Geflüchteten/Non-Citizens und Nicht-Geflüchteten/Citizens“, wie es in der Selbstdarstellung der Organisation heißt. „Die zahlreichen Diskriminierungen gegenüber Geflüchteten, ob durch Gesetze, Behörden oder Alltagsrassismus möchten wir sichtbar machen und so eine Gesellschaft mitgestalten, in der solche Ausgrenzungsmechanismen Vergangenheit geworden sind“, so das Selbstverständnis. „Wir haben es geschafft, dass die Essenspakete abgeschafft wurden“, erklärt Eba stolz. Anfang 2010 kam es in

Menschenschleuse
*Auf dem Firmena-
real stehen drei
große ehemalige
LKW-Hallen in
denen insgesamt bis
zu 1000 Geflüchtete
täglich regelrecht
durchgeschleust
werden.*

General information note on th

You have submitted an asylum applica
Immigration and Nationality (OIN). The
decision on it based on Act LXXX of 2
(XI.09.).

This general information note contains in
procedure, as well as on your rights and obliga
note, and bear in mind that your cooperation i
efficient. In the framework of this, you are oblig
nationality, as well as to disclose the reasons for
refugee status determination procedure is a guar
obligations, will ensure protection for all individ
those who are not entitled to such ack

e Hungaria

tion to th
ne authorit
2007 on A

formatio
tions
s als
ged to
or, an
grante
uals
nowle

No turning back
Aus Angst wieder
nach Ungarn
abgeschoben zu
werden, vernichten
die Geflüchteten
Hinweise auf ihren
Reiseweg

Unterkünften im Passauer Land zu Hungerstreiks, die auf die dortigen Bedingungen aufmerksam machen sollten. Der Protest weitete sich zu einem bayernweiten Boykott der Essenspakete aus. Bayern war eines der letzten Bundesländer, welches wider aller ökonomischer Rationalität zweimal die Woche Essenspakete statt Bargeld oder Gutscheine an Geflüchtete ausgab. Im Zuge dieser Aktionen bildete sich *No Border Passau*, früher als Bündnis für die Rechte der Flüchtlinge bekannt.

„8000 Euro habe ich für die Flucht nach Deutschland bezahlt. Meine Frau und meine zwei Kinder sind noch in Äthiopien. Ich möchte, dass sie nachkommen“, sagt Eba. Es ist schwierig für ihn, das hierfür nötige Geld zu verdienen. „Die Arbeitserlaubnis für Geflüchtete ist ein Schwindel“, meint er. Wenn Eba eine Stelle annehmen möchte, muss er erst eine Arbeitserlaubnis beantragen. Die Bundesagentur für Arbeit prüft die Arbeitsbedingungen, erst dann kann Eba den Vertrag unterschreiben. „Kein Arbeitgeber

Die Lage spitzt sich zu

Während Eba seit langer Zeit in Deutschland in Ungewissheit lebt, hat sich im Oktober in Passau die Situation für neu ankommende Geflüchtete noch weiter verschärft. An nur einem Tag brachten die österreichischen Behörden mit Bussen 5000 Geflüchtete an die Grenze. Stundenlang mussten sie bei zwei Grad Kälte bis in die Nacht auf ihren Weitertransport nach Deutschland warten. Weiter südöstlich haben zwei Menschen beim Grenzübergang Braunau/Simbach versucht, den Inn zu durchschwimmen. Während sich die Lage in der Grenzregion zuspitzte, hatten die Helfer am Münchner Hauptbahnhof, die im Sommer das Bild der „Willkommenskultur“ geprägt haben, wenig zu tun. Stimmen wurden laut, die bayerische Staatsregierung forcieren dramatische Bilder in der Region Passau, um ein Gefühl der Überforderung zu erzeugen. Nun rühmt sich die CSU damit, das schärfste Asylrecht aller Zeiten in Deutschland durchgesetzt zu haben. Syrische Geflüchtete sollen laut de Maizières Plänen keine Familienangehörige nachholen dürfen. Auch über Grenzzäune wird nachgedacht.<

Felix Balandat
*ist Journalist, er lebt
und arbeitet derzeit
in Nürnberg.*

n refugee status determina

e Refugee Authority of
y will examine your appli
Asylum and on Governme

n on the Hungarian refu
during the procedure. Plea
o needed in order for the
o sincerely share the data r
d circumstances of, flecin
e that Hungary, in compl
who are entitled to it, and
edgement.

wartet zwei Wochen auf eine Antwort aus München“, sagt er.

Eba ist auf den Staat angewiesen. Weniger als 350 Euro stehen ihm im Monat zur Verfügung. „In Äthiopien habe ich Arme unterstützt, die das Schulgeld ihrer Kinder nicht zahlen konnten. Ich möchte hier nicht rumsitzen müssen. Ich will ein Bürger sein. Alles was ich will, sind meine Rechte als Mensch“, sagt er.



Bis der Boden wackelt...
...erster syrischer Tanzabend im Sharehaus-Refugio

„Wir“, das sind auch die Neuankömmlinge

Im Berliner Stadtteil Neukölln hat Sven Lager mit seiner Frau Elke Naters ein Sharehaus eröffnet. Es soll eine Plattform sein für gemeinschaftliches Wohnen, Leben und Arbeiten. Was geht bei den Initiatoren? Ein Interview von Sil Egger.

Ihr habt das Sharehaus initiiert, Wohn- und Arbeitsraum, der gemeinsam genutzt wird - und in dem Flüchtlinge unterkommen und mitwirken können. Wie kam es dazu?

Elke und ich hatten jahrelang diesen Traum. Wir wollten immer Künstlersalons haben. Mit Freunden zusammensitzen, zu essen, zu sprechen, war uns immer wichtig. Uns haben immer Leute interessiert, die von tiefgreifenden Lebensfragen bewegt werden. So stellen wir uns das Leben eigentlich vor, dass man sich über Austausch gegenseitig bereichert. Vor zehn Jahren zogen wir nach Südafrika und sind dort zum ersten Mal in Kirchen gegangen. Wir merkten, dass dort die Apartheid überwunden wird, weil da eine neue Ebene der Gemeinschaft hergestellt wird, im Glauben. Dass es eine Anerkennung gibt, die es gesellschaftlich nicht gibt. Dann dachten wir, das kann man doch aus dem Kirchenkontext nehmen und in einem Haus machen, das die Türen

auch so aufmacht. Das entwickelte sich zum Sharehaus. Wir haben ein kleines Haus gemietet in Hermanos, einer Kleinstadt bei Kapstadt, ganz günstig, ein bisschen runtergekommen. Wir haben es renoviert und sofort entstanden tolle Gruppen, aus allen Kulturen und Altersstufen. Der Garten wurde hergerichtet, Jugendliche haben Musik gemacht.

Und wie kamen die Leute zu euch?

Bevor wir Gruppen einladen konnten, waren sofort die Interessenten da, die erste Band wurde gegründet, der erste Obdachlose zog ein, obwohl wir nie Leute dort wohnen haben wollten. Es war interessant, was dort passierte, fast wie von allein. Der Schlüssel war immer die Anerkennung und Wertschätzung des anderen. Und jemandem nicht sagen zu müssen, was zu tun ist. Das ist bis heute der Schlüssel in der ganzen Flüchtlingsgeschichte. Wenn wir mal begreifen, dass jeder Mensch etwas Tolles beizutragen hat in der Gesellschaft, das nicht bewertet

werden muss, sondern dass alles gleich viel wert ist. Wenn man das mal durchzieht, blühen die Leute auf. Dann gibt's natürlich 1000 andere Probleme, wie man es macht, strukturiert und wie es weiter geht. (lacht)

Das Vokabular um die Termini „Flüchtling“, „Geflüchteter“, „Refugee“ ist ja ziemlich beschränkt. Habt ihr einen guten Begriff für die Menschen in eurer Wohnform gefunden?

Wir scherzen immer und sagen, die Neuankömmlinge. Das haben die Bewohner im Haus auch gerne, „the Newcomers“. Sprache ist sehr interessant. Auf einer Webseite oder wenn man Leuten erklärt, was wir machen, muss man sagen, wir leben und arbeiten mit Geflüchteten. Weil mit dem Satz alle verstehen, was wir machen. Aber sprachlich ist es eigentlich nicht richtig, denn das „wir“ ist ja einschließlich der Geflüchteten. Also nicht wir und die Geflüchteten. Und die Geflüchteten möchten nicht so

LaGeSo
ist das Landesamt
für Gesundheit und
Soziales in Berlin

heißen. Also müssten wir eigentlich sagen: Gemeinschaftshaus der Neuankömmlinge, das versteht dann aber wieder keiner. Das kann man nur jemandem sagen, der schon weiß, was es bedeutet.

Und wie kam nun eure Gemeinschaft in Berlin zustande?

Wir hatten erst viel mehr Leute aus der Sharing-Community bei uns, also Menschen, die Sachen verleihen. Damit fing etwas Interessantes an: Wie gehen wir gesellschaftlich mit der Krise um? Es kamen immer mehr Initiativen zu uns. Im Haus wohnten schon zwei Menschen, die geflohen waren, das war ganz natürlich. Die Künstler eines Projekts der Kunstakademie Weissensee haben Leute zum Sharehaus-Projekt mitgebracht. Dazu kamen andere aus der Flüchtlingshilfe. *Über den Tellerrand kochen* (siehe *Hinterland* Nr. 29) haben unsere Räume als Plattform genutzt, weil sie meinten, das würde gut zusammenpassen. Mittlerweile sind wir auch durch die Medien bekannt. Wer einziehen möchte, bewirbt sich bei Elke und mir, zukünftig soll das über ein Hauskomitee laufen.

Wie bindet Ihr die Leute im Sharehaus ein?

Die erste Frage an alle, die reinkommen, lautet: Was machst du eigentlich gerne? Und nicht, wir bieten Folgendes an. Das hat viele schockiert, dass sie gefragt werden, was sie wirklich gerne machen. Die kriegten ja überall etwa im Jobcenter, von Eltern und Freunden gesagt, was sie tun sollen. Und dadurch entstanden die Ideen, mit Leuten, die wussten, was sie wollen. Die mit Geflüchteten arbeiten wollen. Das Tolle ist, dass hier in dem Haus etwas entsteht. Mein Traum wären

50 Sharehäuser und Sharehauspartner. Wir können ganz schnell Wohnraum schaffen, Gemeinschaften bilden mit einem Basispaket, durch das die Leute verstehen, worum es geht, nämlich, dass Menschen, die geflohen sind, unterkommen. Das würde ganz schnell funktionieren.

Wie finanziert sich das Sharehaus?

Als Projekt der Stadtmission sind wir für drei Jahre finanziert, danach sollen wir als soziales Unternehmen Plus machen. Alle, die hier wohnen, zahlen Miete. Und arbeiten ehrenamtlich mit. Manche Aufgaben sind aber auch bezahlt. Die Zukunft für die bei uns wohnenden Flüchtlinge sehe ich darin, dass die Menschen privat integriert werden. Sie leben in normalen Wohnungen und schicken dort ihre Kinder zur Schule. Das ist das Ziel. Im Sharehaus werden gerade Botschafter ausgebildet. Idealerweise werden alle, die im Haus leben, in einem Jahr ausziehen und in ein neues Sharehaus einziehen, als Botschafter der Idee und um den Leuten zu helfen. Das wäre die nachhaltigste Idee.

Welche Sprachen werden bei euch gesprochen?

Arabisch, Somalisch, Dari, Farsi, Kroatisch, Bosnisch, Englisch. Und Deutsch ist natürlich ganz wichtig, das klingt spießig, alle müssen Deutsch lernen. Aber das größte Hindernis für die Menschen ist, nicht Deutsch zu lernen. Dann kommen sie nicht weiter. Wir versuchen sehr stark, dass alle im Haus deutsch lernen.

Wie ist das Zusammenleben organisiert und mit welchen Erwartungen?

Das Wohnen ist begrenzt auf 12 - 18 Monate. Und es kommt immer alles in einen Topf. Es muss ganzheitlich sein, ein Ort, an dem wir gerne arbeiten, wo wir auch Geld verdienen, und andere, die dabei sind. Eine gute Lebensgrundlage haben. Es soll keine Selbstausbeutung geben. Aber wir erwarten ehrenamtliches Engagement im Haus. Und wir erwarten auch, dass alle, die hier einziehen, als Team das Haus mit aufbauen und Gastgeber sind. Das klappt mal mehr, mal weniger. Wir versuchen, ein System zu finden, wie man sich auch untereinander hilft. Beispielsweise helfen die Menschen, die geflohen sind und hier wohnen, anderen, die gerade angekommen sind, beim LaGeSo weiterzukommen. Die Krise ist ja, dass vor dem LaGeSo bis zu 1000 Menschen warten und teils dort auch schlafen, weil sie nicht unterkommen. Und da gehen Leute von uns aus hin, bringen Essen mit, übersetzen und fragen, was los ist.

Gibt es Widerstände von Seiten der Behörden?

Es gibt eine ganz banale Drangsalierung. Leute melden sich etwa um in unser Haus einzuziehen, sie können hier ein Zimmer mieten. Sie kommen ja zuerst vom LaGeSo, dem Sozialamt, und wenn sie eine Anerkennung haben oder im Prozess soweit sind, werden sie ans Jobcenter übergeben. Und diese amtlichen Wege sind sehr seltsam, anstatt dass einfach die Akte übergeben wird. Da zieht einer beispielsweise vom Wedding nach Neukölln um, also auch von einem Jobcenter zum anderen, wo sie die Daten rüber klicken könnten und die Überweisungen

würden weiterlaufen. Fakt ist jedoch, dass es einen völligen Ausfall gibt: keine Zahlungen. Anträge müssen neu gestellt werden, Dokumente neu nachgeliefert. Ein wahnsinniger Behördenaufwand! Die Flüchtlinge werden gezwungen, den Kram komplett noch einmal zu machen. Und das Irrste ist, es wird ihnen gesagt, es dauert. Wir haben im Moment drei Leute im Haus, die kein Geld bekommen, obwohl es ihnen zusteht, aber durch behördliche Schikane kriegen sie kein Geld und wenn sie nicht bei uns im Haus wohnen würden, säßen sie auf der Straße und würden hungern.

Und auch mit den Hotelgutscheinen ist es nicht sicher, dass man unterkommt in Berlin?

Ein Beispiel: Eine Frau kommt aus Somalia, die Schlepper setzen sie hier in Berlin ab. Sie steht am LaGeSo vier Tage an, von acht Uhr morgens bis fünf Uhr nachmittags kommt nicht dran. Irgendwann endlich: Herzlich Willkommen in Deutschland. Ihre Daten werden aufgenommen, dann bekommt sie einen Hotelgutschein. In Berlin kennt sie sich nicht aus, spricht kein Deutsch, kein Englisch, wird raus in die wilde Welt geschickt, ein Hotel zu suchen. Keine Liste, gar nichts. Sie fängt irgendwo an und jedes Hotel sagt, sorry, wir haben kein Zimmer frei. Und natürlich denkt sie, schade, alles belegt. Die Wahrheit ist aber, dass diese Hotelgutscheine spät oder gar nicht bezahlt werden, weil die Behörden nicht nachkommen. Deshalb weigern sich die Hotels, die Gutscheine einzulösen, selbst wenn sie ein Zimmer hätten. Den Leuten wird nicht nur Obdach verweigert, sondern es wird ihnen auch die Illusion gegeben, sie hätten ein Obdach. Das ist brutal für jemanden, der gerade über den

gesamten Balkan aus Syrien geflohen ist, oder aus Afrika und dann in Berlin rumtingeln muss und überall abgelehnt wird und zuletzt auf der Straße schlafen muss. Das ist hart. Man kann ja gleich sagen, dass dieser Hotelgutschein wertlos ist. Dann müssten sie sich wenigstens nicht auf die Suche begeben. *(Das Telefon klingelt:)* „Hello, how are you? Did you go to the hospital? When are you coming? Very good.“

Was würdet ihr anderen raten, die ein ähnliches Haus aufbauen wollten?

Wir sind gerade dabei, eine Art Handbuch zu erstellen. Gerne würden wir Menschen helfen, so etwas aufzubauen. Das kann man in allen Variationen machen. Das Zusammenleben ist immer das Gleiche, man muss es wagen. Und es gibt ein paar technische Sachen, die erforderlich sind. Ich finde es extrem wichtig, dass die Leute miteinander wohnen, dass man keine Heime macht, sondern Gemeinschaft entstehen lässt. Man muss aber verstehen, wie man so ein Haus mischt. Ich finde 50/50 wäre super. Man darf kein Helfersyndrom haben, man darf aber auch nicht apathisch sein. Den Menschen muss man immer „auf Augenhöhe“ begegnen, auch wenn das ein abgenutzter Begriff ist. Die sind so normal wie du und ich, und sie werden auch mal laut sein und normale Probleme haben. Wir lernen voneinander. Wenn die Haltung stimmt, kann man sofort ein Sharehaus aufmachen. Man könnte sofort in einem Mietshaus sagen, zwei einheimische Familien ziehen ein und zwei geflüchtete Familien. Das würde klappen.<

Sil Egger
ist Künstlerin,
Fotografin und
Filmemacherin. Sie
lebt und arbeitet in
Berlin.

Ladenhüter M: „Darf es ein bisschen mehr sein?
Dieses Packerl ist ein ganz ein scharfes...“



Derweil im Bundestag

Die Bundesregierung wühlt in der Mottenkiste der Asylgesetzgebung. Von Ulla Jelpke

Worum geht's?

Das Thema Flüchtlinge ist im Jahr 2015 so präsent wie kaum ein anderes. In den Medien, in der Politik und auch im gesellschaftlichen Diskurs geht es um Fluchtrouten, Schleuserkriminalität und die Aufnahme und Versorgung Asylsuchender. An der Frage des Umgangs mit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ scheiden sich die Geister. Neben den voraussehbaren Spannungen zwischen den Koalitionsparteien brodelte es mittlerweile auch heftig innerhalb der Union.

Nach der Bleiberechtsnovelle im Juli 2015, welche die uferlose Ausdehnung der Abschiebehaft mit sich brachte, stand im Oktober 2015 bereits die nächste Asylrechtsverschärfung auf dem parlamentarischen Programm. Diese treibt die diskriminierende, pauschale Kategorisierung von Schutzsuchenden in vermeintlich „gute“ und „schlechte“ Flüchtlinge weiter voran. Neben verfassungswidrigen Leistungskürzungen und unangekündigten Abschiebungen ist nun auch die monatelange Kasernierung von Asylsuchenden in Erstaufnahmelagern inklusive Residenzpflicht und Arbeitsverbot vorgesehen. Und es wird nicht die letzte Verschärfung im Bereich des Asylrechts gewesen sein. Auch die längst überfällige Umsetzung der EU-Asylverfahrensrichtlinie und der EU-Aufnahme-richtlinie soll für weitere harte Einschnitte – Stichwort Transitzonen – genutzt werden.

Was ging?

Dass in diesem Jahr erheblich mehr Schutzsuchende nach Europa und Deutschland kommen würden, war bereits seit längerem abzusehen. Und dennoch reagierten die politisch Verantwortlichen zunächst verhalten, um nicht zu sagen: gar nicht. „Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“ – das war die

Devise. Wie schon im Oktober 2013, als vor Lampedusa knapp 400 Flüchtlinge ums Leben kamen, fielen auch nach dem tragischen Schiffsunglück im April 2015, mit über 700 Toten, wieder betroffene Worte. Jedoch folgten ihnen keine Taten, wie zum Beispiel der Aufbau einer effektiven EU-Seenotrettung in ziviler Hand. Statt Flüchtlinge zu schützen und ihre menschenwürdige Aufnahme und Versorgung zu ermöglichen, setzte man sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene weiterhin stur auf Abschottung und Abwehr. Flüchtlingshilfe erfolgte nur als Flickschusterei und Beiwerk zu Grenzsicherungsmaßnahmen und Militäraktionen gegen Schleuser.

Das im Juli verabschiedete Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung brachte zwar Verbesserungen für bestimmte Personengruppen mit sich. Dazu gehört die Einführung einer dauerhaften Bleiberechtsregelung, die gesetzliche Verankerung der Resettlement-Aufnahme, zaghafte Verbesserungen beim Aufenthaltsrecht für Opfer des Menschenhandels und verbesserte Regelungen zum Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte. Geprägt blieb das Maßnahmenpaket jedoch von massiven Verschärfungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts. Insbesondere Flüchtlinge aus den Westbalkanländern werden auf Grundlage dieses Gesetzes als Flüchtlinge zweiter Klasse stigmatisiert. Zudem wurden die Inhaftierungs- und Abschiebemöglichkeiten erweitert und flüchtlingstypisches Verhalten kriminalisiert. So soll die Bezahlung von Schleuserinnen und Schleusern oder das (jedenfalls bewusste) Verschleiern der Identität nun mit schweren Sanktionen – wie mehrjährigen Einreise- und Aufenthaltsverboten – belegt werden können.

Den ganzen Sommer über jagte ein Flüchtlingsgipfel den anderen – ohne dass daraus konkrete, weiterführende Lösungsvorschläge folgten. Die Länder und

***Zeitweise drängte
sich die Frage auf:
War die Bundesregierung
wirklich so blind?***

Kommunen blieben lange Zeit alleine mit der Aufgabe, immer mehr Flüchtlinge unterzubringen und zu versorgen. Bereits im September 2014 lag die Zahl der im „EASY“-System vorab registrierten Asylsuchenden mit 27.790

deutlich über der Zahl der tatsächlich gestellten 16.214 Asylanträge. Die Differenz wuchs bis Sommer 2015 auf knapp 50.000 – diese Menschen tauchten in of-

fiziellen Statistiken und Prognosen noch gar nicht als Asylsuchende auf, mussten aber gleichwohl von Ländern und Kommunen untergebracht und versorgt werden. Erst Mitte August 2015 wurden die Prognosen auf Grundlage der viel aussagekräftigeren Registrierungszahlen getroffen.

Zeitweise drängte sich die Frage auf: War die Bundesregierung wirklich so blind? Oder waren die Bilder von überfüllten Unterkünften und überforderten Flüchtlingshelfern gewollt oder zumindest in Kauf genommen worden? Wurden die Prognosen der Flüchtlingszahlen in den Verhandlungen über die Finanzierungshilfen des Bundes bei der Flüchtlingsaufnahme bewusst klein gehalten, um die finanzielle Beteiligung des Bundes zu „drücken“? Wird die sogenannte „Flüchtlingskrise“ als Mittel zum Zweck genommen, um einen noch härteren Kurs in der Asylpolitik rechtfertigen zu können?

Was geht?

Dieser harte Kurs findet sich jedenfalls in dem im Oktober verabschiedeten Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz wieder. Seinem Namen wird es nicht gerecht. Statt Vorgänge und Verfahren zu vereinfachen, sieht es eher eine weitergehende Bürokratisierung vor. Die im Rahmen der Bleiberechtsnovelle erkämpften spärlichen Verbesserungen, zu denen auch die Abkehr von der Residenzpflicht und vom Sachleistungsprinzip gehörte, werden nun wieder einkassiert.

Das neue Asylrecht soll die Situation der Aufnahme, Versorgung und Integration für Flüchtlinge mit sogenannter Bleibeperspektive verbessern. Inwieweit das tatsächlich der Fall sein wird, bleibt dahingestellt. Gleichzeitig soll es Flüchtlinge ohne solche Bleibeperspektive abschrecken und die Abschiebung abgelehnter Asylsuchender beschleunigen und

erleichtern. Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive – also vor allem Schutzsuchende aus den vorgeblich „sicheren Herkunftsstaaten“, zu denen jetzt auch der Kosovo, Albanien und Montenegro zählen. Damit sie erst gar nicht nach Deutschland kommen, gilt es nach Ansicht der Bundesregierung, „Fehlansätze“ zu vermeiden. Als solche gelten Leistungen und Rechte, die jeder vernünftige Mensch unter einer menschenwürdigen Versorgung und Teilhabe verbuchen würde, sowie das sogenannte „Taschengeld“, der Zugang zum Arbeitsmarkt oder eine über das Minimum hinausgehende Gesundheitsversorgung.

Bevorzugtes Mittel der Wahl, um Flüchtlinge abzuschrecken und loszuwerden, sind Leistungskürzungen. Dabei ist aufgrund der undurchsichtigen Formulierung der entsprechenden Regelung im Asylbewerberleistungsgesetz selbst Expertinnen und Experten unklar, in welchem Maß welche Flüchtlingsgruppen letztlich von den jeweiligen Kürzungen betroffen sein werden. Fest steht jedoch, dass die Leistungskürzungen zum Teil offen verfassungswidrig sind und selbst vor dem sich aus der Menschenwürde ergebenden Existenzminimum keinen Halt machen. Dieses umfasst auch das Recht auf soziokulturelle Teilhabe – hierfür steht das viel diskutierte „Taschengeld“ – und darf nicht aufgrund migrationspolitischer Erwägungen relativiert werden. So hat es jedenfalls das Bundesverfassungsgericht 2012 formuliert. Wo nicht weiter gekürzt werden kann, sollen nach Möglichkeit Sach- statt Geldleistungen ausgegeben werden. Dass dies sowohl eine verfassungsrechtlich bedenkliche Entmündigung der Flüchtlinge als auch eine erhebliche bürokratische Belastung der Kommunen bedeutet, darüber verliert die Bundesregierung kein Wort.

Ein weiterer Schwerpunkt der Asylpolitik der Bundesregierung liegt auf der frühzeitigen und effektiven Ausmusterung und Ausgrenzung unliebsamer Flüchtlinge. Die Einstufung des gesamten Westbalkans als sichere Herkunftsregion hat fatale Folgen für die dort weiterhin diskriminierten und verfolgten Bevölkerungsgruppen, wie etwa Roma oder Homosexuelle. Ihnen wird das Recht auf eine unvoreingenommene Prüfung ihrer Fluchtgründe faktisch verweigert. Dabei lag der Anteil der Flüchtlinge aus den Westbalkanstaaten im September 2015 gerade einmal bei sieben Prozent. Bei den Abschottungsmaßnahmen gegen Westbalkanflüchtlinge handelt es sich also vorrangig um eine Symbolpolitik, die Handlungsfähigkeit suggerieren soll.

Alternativen zu dieser pauschalen Ausgrenzung werden nicht in Betracht gezogen, obwohl damit wirkungsvoll Bürokratie abgebaut und das Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entlastet werden könnte. Im Fall syrischer Flüchtlinge mit einer Anerkennungsquote von nahezu 100 Prozent wäre etwa eine pauschale Anerkennung ohne weiteres möglich, das würde nichts an der Zahl aufzunehmender Flüchtlinge ändern.

Das Gesetzespaket bedeutet massive Schikanen für Flüchtlinge. Unter Auflage von Arbeitsverbot und Residenzpflicht müssen alle Flüchtlinge zukünftig bis zu sechs Monate – Schutzsuchende aus „sicheren Herkunftsstaaten“ sogar unbefristet bis zu ihrer Abschiebung – zentral in Massenlagern ausharren. Dabei ist klar, dass es zu Konflikten kommt, wenn viele Menschen auf engstem Raum über längere Zeit eingesperrt werden. Das könnte man vermeiden, wenn man Flüchtlingen erlauben würde, bei Verwandten oder Bekannten unterzukommen – was ihnen aber weiterhin verboten wird.

Doch die Rechte und Bedürfnisse der Flüchtlinge stehen ohnehin nicht im Vordergrund der Asylgesetzgebung. Ebenso wenig deren Integration oder Teilhabe am Gesundheitssystem, am Arbeitsmarkt und an Bildungsmaßnahmen. Ob Sprachkurse oder Arbeitsmarktzugang – gefördert werden nur diejenigen Flüchtlinge, die nach Auffassung der zuständigen Behörden eine dauerhafte Bleibeperspektive haben. Durch die Maschen fällt dabei neben den Flüchtlingen aus „sicheren Herkunftsstaaten“ und den sogenannten Dublin-Flüchtlingen auch ein Großteil der Geduldeten. Abschreckung und Selektion nehmen wieder einmal ganz klar Vorrang über Aufnahme und Integration.

Auch unter formalen Aspekten erscheint das Gesetzesvorhaben fragwürdig. Es wurde Ende September vorgestellt und bereits Mitte Oktober beschlossen. Etliche wichtige Punkte des komplexen Gesetzespakets, wie etwa Änderungen des Baurechts, Fragen der Gesundheitsversorgung und viele asyl- und aufenthaltsrechtliche Aspekte konnten in der Kürze der Zeit nicht angemessen beraten werden. Auch in der dreistündigen Sachverständigenanhörung des Innenausschusses wurden sie nicht oder nur am Rande erwähnt. Die Bitte anderer Ausschüsse (wie

beispielsweise des Gesundheitsausschusses) sich mit eigenen Sachverständigen an der Anhörung beteiligen zu dürfen, wurde ignoriert. Zur Einstufung des Kosovo, Albaniens und Montenegros als sogenannte „sichere Herkunftsländer“ wurde lediglich eine halbe

Stunde gesprochen – und nur auf das vehemente Drängen der LINKEN wenigstens ein eigener Sachverständiger gehört. Die von den Sachverständigen geäußerten erheblichen Bedenken fanden keine weitere

Berücksichtigung. Ein Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen erreichte die Abgeordneten am Vorabend der abschließenden Beratung im Innenausschuss. Für eine sorgfältige Prüfung der Änderungen, unter anderem eine Verschärfung der verfassungswidrigen Leistungskürzungen, blieb so keine Zeit.

Für das Parlament und insbesondere die Oppositionsparteien war eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem und Einflussnahme auf den Gesetzentwurf so gut wie unmöglich. Materialien und Quellen zur Einstufung der „sicheren Herkunftsstaaten“ wurden den Abgeordneten erst auf mehrfache Nachfrage als nichtöffentliche Verschlussache oder aber gar nicht übersandt. So nahm die Gesetzesbegründung Bezug auf die „Berichterstattung des Auswärtigen Amtes“ zu der Sicherheitslage in Albanien, Montenegro und im Kosovo. Auch seien „Erkenntnisse lokaler Menschenrechtsgruppen und vor Ort Vertreter Nichtregierungsorganisationen sowie internationaler Organisationen“ in die Erwägungen mit eingeflossen. Nachdem die Berichte des Auswärtigen Amtes erst nach mehrfacher Aufforderung zur Verfügung gestellt wurden, blieben die angeblich mitberücksichtigten Berichte der unabhängigen Organisationen dem Bundestag bis zum Schluss vorenthalten.

Laut Bundesverfassungsgericht obliegt dem Gesetzgeber bei der Einstufung eines Staates als sicheres Herkunftsland an sich die Pflicht zur besonders sorgfältigen Prüfung, da ihm damit ein Teil des Verfahrens zur Gewährleistung des Asylgrundrechts übertragen wurde. Dieser Pflicht konnte hier jedoch mangels Transparenz und Zeit nicht nachgekommen werden – der Bundestag als Gesetzgeber hat auf Druck der Regierungsparteien seine eigenen Pflichten verletzt.

Dennoch wurde das neue Asylrecht aus nicht nachvollziehbaren Gründen von den Grünen als Oppositionspartei mit durchgewunken, obwohl sowohl ihre parlamentarischen Initiativen als auch der überwiegende Teil ihrer politischen Basis eine ganz andere Sprache sprechen als der Entwurf der Bundesregierung. Sowohl Partei- als auch Fraktionsführung sprachen sich nach dem Bund-Ländergipfel im September für das Gesetzespaket als „tragfähige Grundlage“ aus und gaben somit grünes Licht für das weitere Verfahren, auch im Bundesrat.

Was kommt?

Eine weitere Beschneidung des Asylrechts wurde in Form der sogenannten Transitzone an den EU-Binnengrenzen bereits angekündigt. Dort sollen – nach Aussage von CSU-Innenpolitiker Stephan Mayer – Flüchtlinge in verkürzten Asylverfahren noch „stärker selektiert“ werden. Hunderttausende Flüchtlinge müssten dann dort unter Haftbedingungen auf die Prüfung ihres Asylverfahrens warten. Wie bei solchen Massen- bzw. Schnellverfahren die Rechte der Flüchtlinge, etwa auf ordentliche Anhörung und effektiven Rechtsschutz, gewahrt werden sollen – auch dazu verliert die Bundesregierung kein Wort.

Die LINKE hat bereits Anfang des Jahres in einem umfassenden Antrag (BT-Drs. 18/3839) formuliert und in einem aktuellen 10-Punktepapier von September noch einmal präzisiert, worauf es bei einer zukunftsgerichteten, menschenwürdigen Flüchtlingspolitik ankommen müsste. Grundvoraussetzung ist die strukturelle Übernahme der Kosten für die Aufnahme und -versorgung von Asylsuchenden durch den Bund, zur Entlastung der Kommunen. Im Fokus muss weiter die frühzeitige und für alle Flüchtlinge geltende Integration und Teilhabe stehen. Dazu gehört die Abschaffung diskriminierender Sondergesetze für bestimmte Flüchtlingsgruppen genauso wie der gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt und zum Gesundheits- und Bildungssystem.

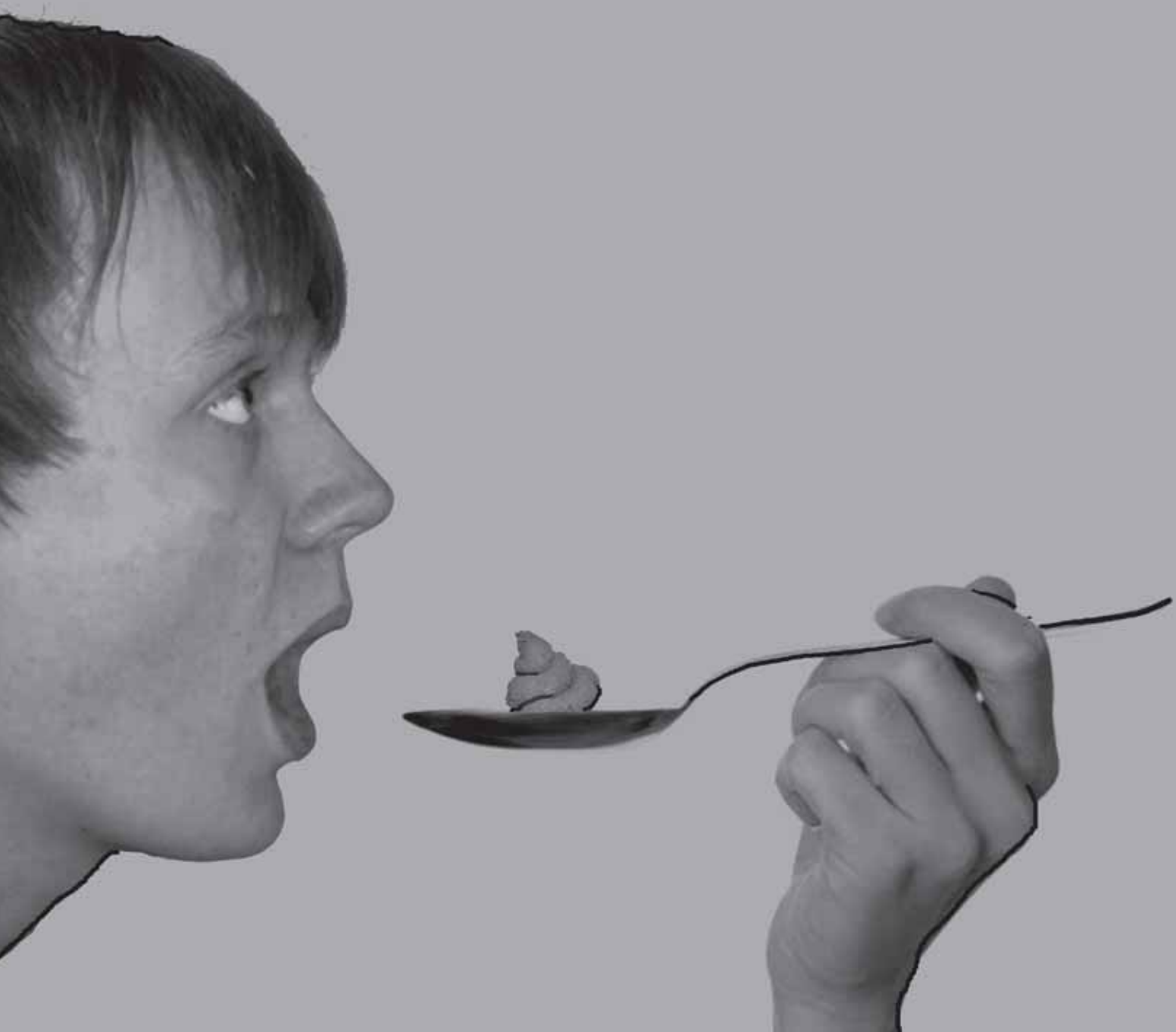
Eine möglichst dezentrale Unterbringung von Anfang an vermeidet sowohl zwischenmenschliche Konflikte als auch eine Überlastung der Erstaufnahmeeinrichtungen. Schließlich müssen Wege gefunden werden, die Asylverfahren zu beschleunigen und bürokratisch zu entschlacken, ohne dabei Schutzsuchende aus bestimmten Herkunftsländern unter den Pauschalverdacht des Asylmissbrauchs zu stellen. Ein erster Schritt in diese Richtung wäre eine „Altfallregelung“ für die bereits mehr als ein Jahr andauernden Verfahren beim BAMF und beschleunigte Anerkennungsverfahren ohne aufwändige Anhörung für Flüchtlinge aus Ländern mit hohen Anerkennungschancen.

Der Kurs der in den 90er Jahren eingeleiteten Asylrechtsverschärfungen hat in diesem Jahr neue Fahrt aufgenommen. Er führt von einer humanitären Flüchtlingspolitik immer weiter weg zu der Abschtung und Ausgrenzung von Schutzsuchenden. Wir dürfen nicht zulassen, dass die „Flüchtlingskrise“ als Rechtfertigungsgrund für weitere Verschärfungen im Asylrecht genommen wird und rechte Bewegungen in Deutschland neuen Aufwind bekommen. Flüchtlinge sind schutzbedürftige Individuen und sollten als solche wahrgenommen werden – nicht als „Flut“, nicht als „Krise“ und nicht als „Problem“, sondern als Menschen, die unsere Unterstützung brauchen.<

Ulla Jelpke
*ist Mitglied des
Bundestags und
innenpolitische
Sprecherin der
Fraktion DIE LINKE.*



TODAY: NO NAZIS



Zehn Gramm Scheiße täglich

Was ein völkischer Mob und Rassismus in der augenblicklichen „Flüchtlingskrise“ mit Kapitalismus und Chancen auf Veränderung zu tun haben. Ein politisches Feuilleton von Friedrich Burschel

In dem ziemlich guten Spielfilm *Die Fälscher* (2007) spielt der deutsche TV-Allrounder Martin Brambach einen sadistischen KZ-Wärter. In einer Szene betritt er ein Klo, in dem ein Häftling gerade den Boden scheuern muss. „Weitermachen!“, brüllt der SS-Mann und beginnt neben dem Gefangenen in die Kloschüssel zu pinkeln. Dabei stößt er Drohungen gegen den Häftling aus. Um diese Drohungen zu untermauern, wendet sich der Pinkelnde dem am Boden kauern den Häftling zu und urinert auf ihn. Eine empörende, schreckliche Stelle in dem an solchen Szenen wahrhaftig nicht armen Film, der am 29. August 2015 auf 3sat wieder mal gezeigt wurde. Aber diesmal traf mich die Szene wie ein Blitz: Mir schoss eine Zeitungsmeldung durch den Kopf, in der es um eine „Szene“ in der Berliner Ringbahn ging. Ein 32-jähriger notorischer Nazi taumelte mit einem 37-jährigen Kumpel, beide besoffen, unter wüsten rassistischen Beschimpfungen auf eine als nicht-deutsch eingeschätzte Mutter mit zwei etwa 5- und 15-jährigen Kindern zu. Die beiden Männer sollen gerufen haben: „Heil Hitler, ihr Juden“, „Scheiß-Asylantenpack“ und „Wir sind die Herrenrasse und ihr keine Arier“. Dann holte Christoph S. seinen Penis hervor und urinerte auf die beiden Kinder. Das geschah am 22. August 2015. Mitten in einem öffentlichen Verkehrsmittel. Mitten in Berlin. Es gehört zu dieser Geschichte zwingend der Umstand dazu, dass zwar die Täter festgenommen (und umgehend auch wieder auf freien Fuß gesetzt) wurden, dass aber die betroffene Mutter mit ihren Kindern nicht ausfindig gemacht werden konnte. Es werden Menschen gewesen sein, die schon ihre Erfahrungen gemacht haben mit dem Teil deutscher „Willkommenskultur“, der nicht so gern im Fernsehen gezeigt wird. Vielleicht waren es die jetzt schon von jedem Idioten identifizierten „Wirtschaftsflüchtlinge“, womöglich aus der geschmähten geographischen

Ecke, die aktuell „Westbalkan“ genannt wird, „schlimmstenfalls“ könnten es gar Roma gewesen sein. Jedenfalls haben sie, trotz der anzunehmenden schweren Traumatisierung der Kinder, darauf verzichtet, sich bei der Polizei zu melden, von der sie vermutlich nichts erhofften.

Während sich das, was allenthalben die „Flüchtlingskrise“ genannt wird, zu einem veritablen Krieg gegen die Flüchtlinge (und diejenigen, die ihnen helfen wollen) auswächst und neue Eskalationsstufen erklimmt, muss man innehalten und sich die Entwicklungen der vergangenen Monate vergegenwärtigen, um sich auszumalen, wohin diese Deutschlandtour oder Europareise gehen könnte.

Nazis mischen mit

Schon im vergangenen Jahr hatte die Ankunft von Geflüchteten zu massiven Protesten geführt, eigentlich überall, wo die Menschen aus den zahlreichen Krisengebieten einquartiert werden sollten. Meist blieb es bei rassistischen Ressentiments, ebensolchen Kundgebungen und turbulenten Versammlungen der Anwohnenden, oft griffen „besorgte Bürger“ jedoch zu „Selbstjustiz“, attackierten Asylsuchende oder zündeten deren Unterkünfte an. Begleitet wurde diese (gemessen an der Anzahl und Frequenz der Vorkommnisse) noch überschaubare Lage ab Frühjahr 2014 von den rasanten Wahlerfolgen der rechts-nationalistischen Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), von rechten, verschwörungswangeren Querfront-Protesten gegen alles und alle und ab Oktober 2014 vom anschwellenden Bockgesang der Pegida-Bewegung, der „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“. Im Frühjahr waren es schon 25.000 Menschen allein in Dresden, die die reaktionären, rassistischen und

nationalistischen Parolen auf die Straßen der sächsischen Hauptstadt trugen. In dutzenden weiteren Städten in Deutschland waren ähnliche, aber wesentlich kleinere und meist eindeutig von organisierten Nazis getragene Versammlungen zu beobachten. Meist, und anders als bei den rassistischen Ausschreitungen gegen unerwünschte Ankommende in ganz Deutschland Anfang der 1990er Jahre – das darf man als Lichtblick nicht unerwähnt lassen – waren diese Massenaufmärsche von großen, bunten Gegendemonstrationen begleitet, die die Züge der Rassisten und Rassistinnen numerisch meist deutlich in den Schatten stellten. So verhält es sich auch mit der Hilfsbereitschaft und ehrenamtlichem Engagement vieler zehntausend „normaler“ Leute bei der Ankunft von zehntausenden Geflüchteten vor allem aus dem syrischen Bürgerkrieg seit dem Frühjahr 2015. Und dabei geht es mir gar nicht so sehr um applaudierende und Wasser reichende Gruppen an den Bahnhöfen – auch das eine schöne Geste –, sondern noch mehr um die ohne großes Tamtam entstehenden Betreuungsstrukturen (Sprachkurse, Unterbringung außerhalb von Sammelunterkünften, Begleitung bei Behördengängen, Kinderbetreuung, medizinische Versorgung, Fluchthilfedienstleistungen, Kontaktaufnahmen auf kultureller Ebene) in den allermeisten Kommunen, in denen Geflüchtete ankommen. Häufig organisieren sich die ehrenamtlich Helfenden schneller und effektiver als schwerfällige und nicht selten widerwillige Verwaltungen und Behörden. Auch Initiativen von Geflüchteten sorgen seit einiger Zeit mit Aktionen und Protesten für Aufmerksamkeit und öffentlichen Druck.

Rassistische Übergriffe sind keine Ausnahme mehr

Zur gleichen Zeit setzte dann auch die allfällige Verwertungsdebatte wieder ein, welche hoch qualifizierte und willige Neuankömmlinge willkommen hieß. Unter utilitaristischen Gesichtspunkten kommen Leute mit Hochschulabschluss und Berufsausbildung auf die *fast lane*, solche ohne Aussicht auf Aufenthalt und Bleibe, Kranke, Bockige und Traumatisierte dürfen sich in Endlosschlangen wochenlang unter anderem vor dem Berliner LaGeSo (Landesamt für Gesundheit und Soziales) einreihen.

Seit Juli ist die Euphorie verflogen. Beklemmende Beiträge zum Beispiel des TV-Magazins *Panorama* und weniger verdienstvolle Reportagen haben uns wieder auf den Teppich geholt: Fast Nacht für Nacht brennt eine Geflüchteten-Unterkunft in Deutschland, häufig bereits bewohnte Gebäude. Ende Oktober waren es, so meldet es die *taz* am 30.10.2015, fast 80

Brandanschläge, die Hälfte davon auf bewohnte Unterkünfte. Bei bewohnten Gebäuden handelt es sich dabei um versuchten Mord. 500 tätliche Angriffe auf Geflüchtete und Solidarische mit Böllern, Steinen und Flaschen wurden laut *taz* gezählt. Wie durch ein Wunder sind bei diesen rassistischen Anschlägen im ganzen Land bisher keine Menschen ums Leben gekommen. Und man kann so weit gehen, bei diesen Anschlägen von Straflosigkeit zu sprechen: In den wenigsten Fällen wurden die Angreifenden ermittelt und wenn, hatten sie bisher wenig Unannehmlichkeiten. Ein 25-jähriger Feuerwehrmann aus Altena etwa, der Anfang Oktober in der westfälischen Kleinstadt das Dachgeschoss eines Hauses in Brand gesteckt hatte, das von sieben Syrerinnen und Syrern bewohnt war, ist von der Staatsanwaltschaft auf freien Fuß gesetzt worden. Schließlich, so ließ der Staatsanwalt verlauten, habe es keine Haftgründe gegeben, denn der Täter und sein Komplize hätten nur „Angst vor Flüchtlingen in ihrer Nachbarschaft gehabt“. Sie seien auch nicht rechtsradikal, „eine rechtsradikale Einstellung besteht aus mehr als Fremdenhass“ (wörtliche Zitate nach *SZ* vom 12.10.2015). Für die sich radikalisierenden „besorgten Bürger“ muss diese Situation wie eine Einladung wirken, mit dem Brandschatzen fortzufahren.

Man stelle sich nur mal vor, Linke würden in einer großangelegten Kampagne im ganzen Land leer stehende Häuser besetzen und sich aneignen: Der Staat würde mit aller Härte und gnadenloser Repression gegen diese gefährlichen Leute vorgehen und sie auf unbestimmte Zeit ins Gefängnis werfen. Zu spüren bekam das zum Beispiel der junge Paul aus München, der sich an einem Protest gegen den bayerischen Pegida-Ableger Bagida am 20. Juli 2015 beteiligte, wegen des Mitführens einer kurzstieligen Fahne festgenommen wurde und dann für über acht Wochen in U-Haft verschwand. Er habe die Fahne als Knüppel einsetzen wollen, wurde ihm vorgeworfen. Hat er aber nicht. Am 15. September wurde der 24-jährige zu einer 9-monatigen Haftstrafe auf drei Jahre Bewährung verurteilt. Zwei Wochen nach dem drakonischen Urteil gegen den jungen Antifaschisten in München griffen im oberbayerischen Ebersberg acht Personen einen Döner-Imbiss mit einem Baseballschläger, zwei Hämmern und einem Messer an, zertrümmerten Eingangstür und Mobiliar und verletzten die afghanischen Betreiber schwer. Die Polizei traf, während des Angriffs von den Betroffenen alarmiert, erst 20 Minuten später ein, obwohl die Ebersberger Polizeiinspektion fußläufig wenige hundert Meter vom Tatort entfernt liegt. Vier der polizeibekannten Nazi-Schlägerinnen und -schläger

wurden festgenommen, aber nach ihrer Ausnüchterung wieder auf freien Fuß gesetzt.

Die Spitzenpolitik gießt Öl ins Feuer

Die Verhältnismäßigkeiten spielen entlang ideologischer Linien verrückt, während der Rassismus eskaliert und man bisher vergeblich auf einen beherzten Zugriff der Verfolgungsbehörden auf mordbereite Normalos wartet, die ihre „Ängste und Sorgen“ mit Brandanschlägen, rassistischen Angriffen und pogromartigen Ausschreitungen kanalisieren. Dass dahinter – was das Organisatorische angeht – häufig knallharte Nazis stehen, muss nicht dazugesagt werden: Versuchten sie im Frühjahr noch auf Pegida-Proteste aufzusatteln, strömen ihnen heute bei von ihnen angemeldeten Anti-Flüchtlingsprotesten die „Besorgten“ und „Asylkritiker“ zu Tausenden zu. Im sächsischen Heidenau eskalierte Ende August nächtelange Randalen von Nazis und applaudierendem Bürgermob zu offenen Straßenschlachten: Der sächsische Staat lässt den Mob landesweit gewähren, Polizei kommt nicht oder nur in unzureichender Zahl, bleibt oft passiv oder geht gegen mit Flüchtlingen solidarische Gegendemonstrierende vor. In einer Maischberger-Talkshow (19.8.2015) waren erschreckende Aufnahmen eines entfesselten Mobs zu sehen, die darin gipfelten, dass eine „harmlose“ Frau, gefragt, wie sie es denn finde, wenn hier Steine und Böller auf die Flüchtlinge geworfen würden, antwortet: „Die schmeißen ja nicht auf Deutsche“. Wie recht die Gegendemonstrierenden und alle haben, die dem Willkommensgedöns vor allem namhaften politischen Personals misstrauen und misstrauen, zeigen die jüngsten Entwicklungen in Sachen „Flüchtlingskrise“: Im Schnellverfahren haben Bundestag und Bundesrat Mitte Oktober das Asylrecht dramatisch und in verfassungswidriger Weise verschärft, lange und mühsam erkämpfte Standards mit einem Federstrich und einem Lächeln kassiert.

Dem gingen wochenlange üble Kampagnen aus den Reihen der bundesdeutschen Spitzenpolitik voraus, die die ohnehin angespannte Stimmung zum Notstand eskalierten. Vor allem der bayerische Ministerpräsident Seehofer, sein unsägliches CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer, der von „zügellosem Zuzug“ sprach, und Bundesinnenminister Thomas de Maizière sorgten für eine Stimmung, die als Aufforderung zum Pogrom verstanden werden konnte und von Pegida, Nazis, AfD und anderen Deutschnationalen begierig aufgegriffen und zu pathologischen Angstszenerien hochgespielt wurde. Im Kern rassistische Aussagen und das unverantwortliche Jonglieren

mit in der Regel kaum nachweisbaren „Zugangs“-Zahlen befeuern unter einer rassistisch eingestellten Mehrheitsbevölkerung eine aggressive Ablehnungshaltung gegenüber Geflüchteten und Ankommenden, die sich in Kürze in neuen Pogromen und Gewalttaten entladen könnte. Das Internet quillt über von irren, pathetischen Projektionen auf diese jungen, fremden Männer, die angeblich nicht nur Arbeitsplätze und Frauen in Gefahr brächten, sondern auch die Mülltrennung vernachlässigten. Die Berichterstattung aus Mainstockach von Ende Juli 2015 suggerierte, dass Beschwerden wegen Ruhestörung und die gerüchteweise Belästigung einer Frau sowie mangelnde Mülltrennung in der Asylunterkunft Grund genug dafür seien, dass ein Mob von 300 Personen aus der 2000-Seelen-Gemeinde sich zum Teil bewaffnet vor dem Haus versammelte. Und der Mob hatte Erfolg: Die 24 jungen Männer wurden aus Mainstockach verlegt (Focus, 28.7.2015). Mülltrennung hatte auch der Brandstifter von Escheburg bei Hamburg, ein Finanzbeamter (*Panorama*-Beitrag „Biedermann als Brandstifter: Wer zündet Flüchtlingsheime an?“ vom 17.9.2015), als Tatmotiv angegeben: Zum einen seien irakische Männer „in Saft und Kraft“ eine Bedrohung und außerdem würden sie ihren Müll sicher nicht richtig entsorgen. Eine Analyse des Bundeskriminalamtes stellt dazu fest, dass es sich bei den Brandstiftenden um „emotionalisierte Einzeltäter handele, die keinerlei ideologische Anbindungen an rechte Strukturen“ hätten. Vielleicht waren es auch in Hösbach nur solche verirrtten Einzeltäter und Einzeltäterinnen, die Mitte September – wie die Polizei meldete – „asylkritische Banner“ an einer Brücke über die Staatsstraße 2307 befestigten: Inzwischen läuft offenbar ein Banner mit der Aufschrift „Deutschland erwache!“ mit zwei Hakenkreuzen schon unter ideologiefrei und asylkritisch, weil ja auch noch „Asylantenheim – Nein Danke“ auf der anderen Seite der Brücke zu lesen war. Dieser Verharmlosung rassistischer Straftaten und nazistischer Angriffe steht die unverantwortliche Dramatisierung der „Flüchtlingskrise“ (erkennbar schon allein in diesem Begriff) gegenüber.

Europäische Wirtschaftspolitik generiert Flüchtlinge

Ein weiteres Fernseherlebnis führt uns zurück zum Anfang dieses Textes: Am 23.9.2015 strahlte die ARD den durchaus kritischen TV-Spielfilm „Meister des Todes“ über illegale Waffenexporte in Krisengebiete aus. Das hochrangig besetzte Drama erzählt die an den laufenden Ermittlungen gegen den Waffenhersteller *Heckler & Koch* orientierte Geschichte eines

Waffenhändlers, der in Mexiko erlebt, wie ein von ihm geliefertes Gewehr gegen friedlich Demonstrierende eingesetzt wird, wobei eine junge Studentin an den Schusswunden stirbt. Der Mann kann das mit seinem Gewissen nicht vereinbaren und will gegen seinen Arbeitgeber vorgehen. Dabei schlägt ihm der blanke Hass seiner Kolleginnen und Kollegen, die extralegale Repression des Konzerns und die Ablehnung der gesamten Belegschaft entgegen: Als er in einer Pizzeria sitzt, kommt ein Mitarbeiter des Unternehmens vorbei, holt seinen Schwanz heraus und pisst ihm auf seine Pizza. Da ist er wieder, der deutsche Herrenmenschen-Pisser, und führt uns zu jener anderen Seite der „Flüchtlingskrise“, die in den intellektuell weithin untertourigen Debatten im Lande gerne völlig ausgeblendet wird.

Warum müssen so viele Menschen aus ihren Ländern fliehen? Es ist der entfesselte globalisierte Kapitalismus und eine damit verbundene neokoloniale Interventionspolitik, die über Freihandelsabkommen, Waffenexporte und militärische Interventionen für das Chaos sorgen, das sich seit Jahrzehnten jenseits der Fleischtpöfe auf dem Globus dramatisch ausbreitet und im Moment in das Herz der Bestie zurückkehrt. Tomasz Konieczny bringt es in der Zeitschrift „konkret“ (8/15) so auf den Punkt: „Diese Doppelbewegung aus neoimperialistischer Machtpolitik der Zentren und ungebremster marktvermittelter Vernichtungskonkurrenz hinterlässt in Afrika ökonomisch ‚verbrannte Erde‘ (...) Insofern ist der Impuls der afrikanischen ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘, die Überfahrt nach Europa zu wagen, nur folgerichtig: Sie sind Opfer der europäischen Wirtschaftspolitik“. Konieczny illustriert diese Dramen in dem Artikel anhand des „desaströsen“ Freihandelsabkommens *Economic Partnership Agreement*, das die Öffnung des hoffnungslos unterlegenen afrikanischen Marktes für europäische (Reste-)Exporte erzwingt.

Die Staaten im Norden Afrikas und im Nahen Osten versinken in einem blutigen Chaos, dessen Wurzeln sich bis tief in die Kolonialzeit, ja bis zur europäischen Expansion ab dem 16. Jahrhundert zurückverfolgen lassen und das in den vom Westen angezettelten und mit Waffen befeuerten aktuellen Kriegen kulminiert. Menschen retten gerade ihr nacktes Leben, wenn sie Syrien verlassen, sie fliehen aus Asien und Afrika, durch von grausamen Bürgerkriegen verwüstete Staatenreste und bahnen sich unter Lebensgefahr ihren Weg nach Europa. Und sie tun es auch dort, wo ihnen der Weg mit Stacheldraht und Militär abgeschnitten werden soll. Viele, viele von ihnen sterben unterwegs, ertrinken im Mittelmeer

oder werden Opfer von zum Teil staatlichen Verbrechen.

Aber sie lassen sich nicht aufhalten und sie sind der Beginn einer großen notwendigen Veränderung, an deren Ende eine gerechte Weltwirtschaftsordnung stehen muss. Diese neue politische, soziale und ökologische Ordnung kann eine kapitalistische nicht sein, soviel ist angesichts der Katastrophe sicher, die der „irre Selbstzweck“ (Konieczny) des Kapitalismus, die höchstmögliche und rücksichtslose Kapitalverwertung, über Hunderte von Millionen Menschen bringt.

Aus Flüchtlingsabwehr Kapital schlagen

Dieses Elend beschreibt der spanische Autor César Rendueles in seinem Buch *Soziophobie*. „Zweieinhalb Milliarden Menschen ertrinken förmlich in ihrer eigenen Scheiße – ohne Zugang zu Kläranlagen, Kloaken, Abwasserkanälen oder Latrinen. Sie scheißen und pissen, wo sie können. Diese Situation wird in Städten wie Kinshasa, einem Zehnmillionenmoloch ohne irgendein Abwassersystem, geradezu dantesk. Fachleute schätzen, dass Menschen, die an Orten ohne sanitäre Einrichtungen leben, täglich zehn Gramm Fäkalien zu sich nehmen. Hierbei handelt es sich nicht einfach um ein ästhetisches Problem und eine Frage des Komforts. Im letzten Jahrzehnt sind mehr Kinder an Durchfall gestorben als Menschen in sämtlichen Kriegen seit 1945.“ Aber Milliarden Euro und Dollar fließen nicht etwa in den Bau von Sanitäreinrichtungen in den Megacities und -slums, von denen Kinshasa nur eine beziehungsweise einer ist, sondern in Flüchtlingsabwehr und Migrationsverhinderung. Die EU, allen voran Deutschland, bietet der Türkei eine Milliarde Euro an, damit die rund zwei Millionen Geflüchteten aus Syrien dort in gigantischen, katastrophalen Flüchtlingslagern bleiben, in einem Land, dessen autoritäre und Größenwahnsinnige Regierung gerade ohne Not einen beendet geglaubten Bürgerkrieg mit der kurdischen PKK vom Zaun gebrochen hat und im Verdacht steht, auch in einem verheerenden Bombenanschlag mit über hundert Toten verstrickt zu sein. Staatschef Erdogan will freilich drei Milliarden (Stand: 17.10.2015).

Die *Süddeutsche Zeitung* schreibt zu dieser Abschottungspolitik am 12.10.2015: „Der Londoner Branchendienst Strategic Defence Intelligence (SDI) erwartet, dass sich Europa in den nächsten zehn Jahren zu einem der größten Märkte für Grenzverteidigung entwickelt.“ Ein SDI-Experte schätzt, „dass Privatunternehmen in diesem Jahr rund 3,9 Milliarden Dollar

mit der Ausrüstung europäischer Grenzschrützer verdienen.“ Die viel geschmähten Grenzzäune, die das faschistische Ungarn und Bulgarien gegen Geflüchtete errichten, verschlingen ebenfalls Millionen und sind ein gutes Geschäft für jene Firmen, die z.B. den messerscharfen NATO-Draht herstellen. Noch im Elend der Geflüchteten schlummert in einer kapitalistischen Ordnung ein gigantisches Geschäft.

„Wir“, das heißt Menschen, die versuchen, sich kritisch mit den Ereignissen auseinanderzusetzen und sich von den sich überschlagenden Entwicklungen nicht dumm machen zu lassen, müssen in der Veränderung, die mit den Geflüchteten aus der Peripherie unweigerlich in der Metropole ankommt, das Ende der kapitalistischen Weltordnung erkennen. Möglicherweise wird dieses Ende auch mit dem Verlust für selbstverständlich gehaltener Privilegien einhergehen: Aber müsste nicht mit einer radikalen Kapitalismuskritik eine Bereitschaft zu diesen Veränderungen einhergehen, so chaotisch sie auch

vonstatten gehen mögen? Rendueles schreibt: „Wir setzen Veränderung mit einem Verlust gleich, der uns in Angst und Schrecken versetzt, bevor wir überhaupt vor einer rationalen Wahl stehen. Wir verachten Konsumismus, politischen Populismus und die Finanzökonomie, halten sie aber gleichzeitig für das einzig denkbare Bollwerk gegenüber der Barbarei der Gegenwart. Wir haben panische Angst vor den Menschenmassen, weil die einzige Alternative zum liberalen Individualismus der Absturz in die Megaslums oder in den Fundamentalismus ist.“

Friedrich Burschel
ist Autor aus Berlin.

Ist sie aber nicht. Unsere Aufgabe muss es sein, eine Veränderung, die ohnehin nicht aufzuhalten ist, anzunehmen und gemeinsam mit den Ankommenden über Strategien für eine alternative Ordnung ohne Rassismus, Faschismus und Armut nachzudenken und an ihnen zu arbeiten.<

Eine Langfassung dieses Beitrages erscheint auf



„Zigeunerlager“

Der Schauspieler und Schriftsteller Sepp Bierbichler kritisiert bei seinem „Überraschungs-Auftritt“ auf der Kundgebung gegen die Errichtung von Romalagern in Bayern am 27. Juli 2015 auf dem Münchner Max-Josef Platz die scharfsinnige Rhetorik der CSU in der Flüchtlingspolitik. Hier der Wortlaut seiner Rede...



Platz da!
Mia san ned
nua mia
*Sepp Bierbichler bei
seiner Rede auf der
von Bellevue di
Monaco organisier-
ten Kundgebung*

Tausende aus unserm Land sind vor zwei Generationen vor staatlichem Terror ins Ausland geflohen, um ihr Leben zu retten, und Millionen, denen diese Flucht nicht mehr gelungen ist, sind durch ihre Ermordung gezwungenermaßen zum Stachel der Erinnerung im Erbfleisch der Nachgeborenen geworden – und haben damit posthum und ungefragt die Erziehung der Sprösslinge ihrer Mörder zu möglicherweise sozial agierenden Menschen übertragen bekommen. Diese Nachgeborenen sehen sich gerade zum ersten Mal wirklich vor die Probe aufs Exempel gestellt: Tausende begehren Aufnahme in dieses Land, ihrerseits auf der Flucht vor Krieg und staatlichem Terror in ihren Ländern. Die theoretische Erziehung will praktisch umgesetzt werden. Das erzeugt Stress. Die Probe heißt: Hat der Stachel im Fleisch der Erinnerung bei den Sprösslingen Früchte getragen?

Knapp und ohne Sentimentalität hat Walter Benjamin dieses Erinnern formuliert, bevor er sich, aus Angst vor der Auslieferung an die Mörder, in den Freitod geflüchtet hat: „Vergangenes historisch artikulieren heißt (...), sich einer Erinnerung bemächtigen, wie sie im Augenblick einer Gefahr aufblitzt.“

Einer kürzlich erfolgten Umfrage nach haben sich 52 Prozent der Deutschen für weitere Hilfeleistungen für Flüchtlinge ausgesprochen. Das deutet darauf hin, dass die posthume Erziehung durch die Ermordeten

bei den Nachkommen der Mörder Früchte zu tragen beginnt.

In dieser Situation, die ohne Zweifel zugespitzt ist, denn es gibt auch Flüchtlinge, die aus rein materieller Not flüchten – (hier sei angemerkt: Wer täte das nicht, der in solche Not gerät? Es handelt sich hier um einen Überlebenstrieb. Das lässt sich bei dem vom System erwünschten Trieb der Gewinnmaximierung weniger selbstverständlich behaupten) – da also auch Flüchtlinge, die wirtschaftlicher Not entgehen wollen, in Bayern ankommen, kann es möglich sein, dass bei der Unterbringung Prioritäten im Verhältnis zu den Flüchtlingen aus Kriegsgebieten gesetzt werden müssen.

Um Probleme verständlich zu machen und zu bewältigen haben wir die Sprache. Es ist eine schöne, mit genau zeichnenden Worten gesegnete Sprache, unsere Muttersprache, mit deren Hilfe die schwer zu verstehenden Dinge verständlich gemacht werden könnten. Aber die bayrische Landesregierung greift zwar nicht zum Sprachschatz der Vergangenheit – nein, das tut sie nicht – sie modernisiert diesen Sprachschatz und spricht von Aufnahmezentren, mit deren Hilfe „massenhafter Asylmissbrauch“ verhindert werden soll. Wenn man diese drei Worte AUFNAHMEZENTREN und MASSENHAFTER ASYLMISSBRAUCH nebeneinander stellt, klingt die Vergangenheit schon wieder durch. Denn das Aufnahmezentrum ist mit einem tendenziösen Inhalt gefüllt, dessen monströse Bedeutung man vielleicht versteht, wenn man die Vergangenheit bewusst herbei holt: Man stelle sich vor, die sechs Millionen von Deutschen in Lagern Ermordeten wären rechtzeitig geflüchtet. Wäre es mit unsrem heutigen Wissen möglich, nachträglich

über sie von Menschen zu sprechen, die massenhaft missbräuchlich Asyl beantragt hätten?

Wir als Deutsche können es uns vor der Völkergemeinschaft nicht mehr leisten, ohne abzuwägen zu sprechen. Wir müssen unsere Worte auf die Waagschale legen. Das hat die Geschichte uns auferlegt.

Sie wissen, die von der bayrischen Staatsregierung, die alle von der CSU sind und zuvörderst die Lernunwilligen unter den Nachkommen der Mörder umgarnen wollen mit ihrem Sprachgebrauch – sie wissen, dass es vor allem Sinti und Roma sind, die aus den von ihnen, den Politikern, sogenannten sicheren Herkunftsländern zu uns flüchten. Und deshalb wissen sie auch, dass sie die Nachkommen der in den sogenannten Zigeunerlagern Ermordeten sind. Wäre es da nicht naheliegend, die Worte, mit denen diese schwierige Situation erklärt werden will, besonders vorsichtig zu wählen?

Es wäre mittlerweile undenkbar – und das ist gut so, es zeigt, dass die Erziehung durch die Toten wirkt – es wäre undenkbar, dass ein bayrischer Politiker das Wort „Asylmissbrauch“ in den Mund nähme und ihm mit dem Wort „massenhaft“ Wirkungskraft verliehe, wenn es sich um die Aufnahme jüdischer Flüchtlinge handeln würde. Sind die Mitglieder der bayrischen Regierung so resistent gegen die Erziehung durch die Toten, die selber immer wieder anzumahnen sie ja vom wirtschaftlichen Welthandel gezwungen sind, dass sie gar nicht merken, welcher selektiver Wortwahl sie aufsitzen? Auch die Sprache birgt, wenn man glaubt, sich ihrer schludrig bedienen zu dürfen, die Gefahr, sich selektiv zu verselbständigen. Und plötzlich steht man am globalen Pranger. Um nicht zu sagen: Auf der Rampe.

Die Weltgemeinschaft nämlich hört, trotz Exportweltmeisterschaft, der Sprache der Deutschen immer noch genau zu.

Es wäre für den Wirtschaftsstandort Bayern – der doch unser gutes Leben als bayrische Staatsbürger garantieren soll, und so auch die Aufnahme von noch mehr Flüchtlingen ohne weiteres ermöglichen würde – gewiss nicht von Nachteil, wenn die Mitglieder der bayrischen Staatsregierung sich eines wählerischen, also feinsinnigen Umgangs mit der deutschen Sprache befleißigen würden, statt des gerade wieder geübten sprachtechnischen Hauruckverfahrens, das nur der Rampe dient, der Selektion: Die einen, die von der selektiv benutzten Sprache zu Nutzlosen Erklären,

sollen mit ihr ausgegrenzt werden, damit die anderen, die vermeintlich Nützlichen, also die Idioten, auf deren Kosten für die Stimmabgabe gewonnen werden.

Christlich ist das nicht. Vielleicht ist es neochristlich. Dann befände sich diese Haltung in der Nähe von neoliberal und neonazistisch. Ich glaube, in die Nähe des zweiten Begriffs will nicht einmal die CSU geraten. Sie sollte sich dann auch sprachlich davon deutlich abgrenzen. Dass in diesem Zusammenhang mittlerweile auch Ministerpräsidenten der Grünen und der SPD auf ähnliche Weise an ähnlichen Forderungen herum formulieren wie der bayerische Ministerpräsident, das relativiert nicht dessen Sprachgebrauch, es dokumentiert die fortschreitende Verlotterung im Umgang mit der deutschen Sprache durch das politische Führungspersonal.<

Sepp Bierbichler
*ist Schauspieler und
Schriftsteller und
stammt aus einer
Wirtsfamilie aus
Ambach am
Starnberger See.*

Pegida kaputt denken!

In den letzten Monaten wurde viel über Pegida („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“) geschrieben und Erklärungsmuster für ihre rassistische und menschenfeindliche Gesinnung mitgeliefert. Jedoch wurden die Wurzeln des Übels nicht offen gelegt. Von Human



Zum ersten Mal kam Pegida am 20. Oktober 2014 in Dresden zusammen und sah sich in der Tradition der Montagsspaziergänge der Bürgerinnen und Bürger, die vor der Wiedervereinigung Deutschlands in Leipzig viele Montage für den Fall der Mauer auf die Straße gingen. Die Triebfedern der Bewegung sind sehr facettenreich: GEZ-Gegnerinnen und -Gegner, Staatsfeinde, Angsthasen und andere Menschen, die völlig orientierungslos durch die Straßen laufen. Innerhalb weniger Wochen nahm die Zahl der Rassistinnen und Rassisten unter den Demonstrierenden rasant zu. Viele rechtsradikale Gruppierungen haben die Demonstrationen als Betätigungsfeld entdeckt, und so kann dies am Ende als eine rein rassistische Aktion betrachtet werden. Viele der Demonstrantinnen und Demonstranten reisten aus der ganzen Republik an, um gegen Asyl- und Schutzsuchende zu demonstrieren und ihrer Angst gegen die „Überfremdung“ Deutschlands Ausdruck zu verleihen. Doch nach und nach, nachdem viele Flüchtlinge in den großen und kleinen Orten Deutschlands untergebracht waren, mussten viele „besorgte“ Bürgerinnen und Bürger oder „Asylkritiker“ nicht mehr nach Dresden reisen, sondern konnten vor Ort gegen Flüchtlinge hetzen und Feuer legen.

Ein Parallelstaat entsteht

Nach den Brandanschlägen von Solingen, Hoyerswerda und Rostock Anfang der 1990er Jahre und mit der abnehmenden Zahl der Flüchtlinge festigte sich in Deutschland das Trugbild, dass eine Willkommenskultur gegenüber Asyl- und Schutzsuchenden sich im nationalen Bewusstsein verankert habe. Die Demonstrationen von Pegida und die angezündeten Unterkünfte zeigen das wahre Gesicht des nationalen Denkens in Deutschland. Die Maske der Freundlichkeit war und ist eine Lüge. Pegida und die verbrannten Unterkünfte sind die Wahrheit. Es ist daher auch

nicht verwunderlich, dass Land auf Land ab von Politikerinnen und Politikern behauptet wird, dass die Demonstrationen mit Sachsen und Deutschland nichts zu tun hätten.

Sie versuchen ein Bild aufrechtzuerhalten, das nicht mehr haltbar ist, denn die Demonstrierenden sind Teil der Bevölkerung Deutschlands. Zwei weitere Schlüsse lassen sich aus dieser Aussage ziehen: Rechtsradikale und -extreme Gruppierungen sind Aliens, die jeden Abend vom Planeten Facebook auf der Erde landen und ihre Untaten begehen. Daneben versucht der Staat keinen Parallelstaat aus Schlägertruppen entstehen zu lassen. Da kommen aber die Verantwortlichen zu spät, denn durch das Zünden sprachlicher Brandsätze ihrerseits ist längst ein Parallelstaat entstanden.

Die Bevölkerung in Deutschland ist für die Sprache der Rassistinnen und Rassisten empfänglich, weil die Verantwortlichen in der Politik und in den Medien die Feindbildkonstruktion bis zur Perfektion vollzogen haben. Der gemeinsame Nenner dieser Inszenierung ist die Behauptung, dass die Schwarzen aus Afrika und Muslime aus dem Nahen und Mittleren Osten uns bedrohen. Die Innenminister sagen es laut und sprechen das aus, was die Rassistinnen und Rassisten denken: Ebola-Kranke und IS-Scheren kommen über das Mittelmeer oder den Balkan und verseuchen oder köpfen uns. Die Bevölkerung in Deutschland wurde immer wieder wie Kleinkinder behandelt und mit Zäpfchen versorgt, die mit Hass, Verachtung und Angst gegenüber Fremden geimpft sind.

Von „Asylkritikern“ zum Pack

Der Diskurs in der Flüchtlings- und Asylpolitik zeichnet sich seit dem Beginn der Republik durch die Aufzeichnung von Schreckensbildern und Ressenti-

Human ist
assimilierter
Ausländer und lebt
an der deutsch-
österreichischen
Grenze.

ments aus. Ein Beispiel gefällig? So wurde der Hungerstreik der Geflüchteten auf dem Rindermarkt in München als „undankbare“ Aktion bezeichnet, mit dem die Flüchtlinge den Staat erpressen wollten. Der Diskurs wandte sich sofort gegen die Flüchtlinge, denn der Staat sollte sich nicht von den Geflüchteten erpressen lassen und Härte zeigen. Das Ergebnis war die Auflösung des Hungerstreiks und die Fortführung der Internierung der Flüchtlinge in Lagern, versehen mit Arbeitsverboten und Bewegungsunfreiheit. Die Sprache des Staates ging der Aktion voraus.

Die Rassistinnen und Rassisten, die tagtäglich in den virtuellen und realen Sphären der Republik ihren Hass artikulieren und Brandsätze entfachen, wurden lange Zeit als „Asylkritiker“ betrachtet und in Heidenau von Sigmar Gabriel als *Pack* bezeichnet. Sowohl „Asylkritiker“ als auch das *Pack* sind Diskursblasen, zu deren Zerplatzen es nicht des Aufschlagens eines Wörterbuchs bedarf, sondern des Geistes einer vernünftigen Person. Als *Pack* wird Mensch nicht geboren, sondern die Erziehung, also das Zukleistern des Hirns mit Vorurteilen und Ressentiments durch die Verantwortlichen in der Politik und den Medien macht Menschen zu *Pack*.

Am 27. August 2015 sind die Leichen von 71 toten Flüchtlingen in einem Kühlwagen an der ungarisch-österreichischen Grenze entdeckt worden. Es wurde sofort das Böse ausgemacht: die Schlepperbanden, die die Flüchtlinge eingesperrt haben und sie mit dem Versprechen, sie über die Grenze nach Österreich zu transportieren, in den Kühllaster gelockt haben. Eine andere Möglichkeit: Die Flüchtlinge haben sich auf eigene Faust in dem Kühllaster versteckt, und als der Fahrer die Leichen entdeckt hat, ist er verschwunden. Natürlich muss die letzte Möglichkeit nicht richtig sein, aber die Meistererzählung lässt keine Abweichungen zu. Die Politik der Abschottung in Europa ist dafür verantwortlich, dass Menschen tot an die Strände Europas angespült oder leblos in Kühlwagen mitten in Europa entdeckt werden.

Im Sommer/Herbst des Jahres 2015 setzten Flüchtlinge ihr nacktes Leben aufs Spiel und versuchten die Biomacht über ihr Leben zu erlangen, indem sie die Grenzen überwinden und mit ihrem bloßen Dasein die Schande der Peiniger und Unterwerfer deutlich machen. Bisher konnten die Katastrophenbilder weg gezappt werden, doch die Menschen sind real und hier, um anzuklagen. Sie sagen, es ist eure Politik, welche uns in die Flucht treibt. Doch der feine Rassismus des Alltäglichen wird die Schutz-

suchenden niedertrampeln und das verlogene System der behördlichen Willkür wird die Augen der Geflüchteten öffnen und ihnen auf brutale Art und Weise zeigen, dass sie hier nicht hingehören. Um gegen die Maschinerie des Ausschlusses anzukämpfen, fehlt den Verdammten die Kraft und der Bevölkerung in Deutschland fehlt es an Mut und Wut um sich gegen den Rassismus in der Gesellschaft aufzubauen.

Die Willkommenskultur muss nun gepaart werden mit Ankommenskultur, wie der Bundesinnenminister verlauten lässt. Konkret heißt das, dass die Flüchtlinge sich bitte nicht über die Massenunterkünfte, den Fraß, der ihnen vorgesetzt wird und über ihre Unfreiheit beschweren dürfen. Die Politik heute, im Herbst 2015, funktioniert so: Seehofer hetzt, Merkel streichelt und De Maizières schottet und schiebt ab. Es fehlt bei dem ganzen Applaus für die Flüchtlinge das Konsequente, nämlich und endlich den Stopp der Hassparolen und den Schlussakkord mit Abtritt der Politikerinnen und Politiker. Was tun wir eigentlich gegen den Rassismus in der Gesellschaft? Nichts und wieder nichts. Erst wenn wir uns auf die unbequemen Fragen einstellen, also wie den Rassismus in der Gesellschaft bekämpfen, unser Wirtschaftssystem in Frage stellen, weil es Millionen Menschen heimatlos macht, erst dann haben wir etwas erreicht. Aber erst dann.

Doch aktuell zeigt der Kompass in eine andere Richtung: Die erneute Verschärfung des Asylrechts, das Hochziehen von Grenzen und die Zerstörung der demokratischen Grundfeste. Somit ist Pegida ein Mob auf der Straße, der dann als Grundlage für die Abschaffung des Asylrechts herangezogen werden kann. Es läuft darauf hinaus, eine Abschiebebeziehungsweise Abschiedskultur zu schaffen. Dieser Scheiß ist nicht kaputt zu denken. Ich muss kotzen.<

„Die Geschichtsbücher werden uns frei sprechen“



fluchthelfer.in

Fluchthelfer.in ist eine Kampagne vom Künstlerkollektiv *Peng!*, einer Gruppe von Künstlerinnen und Künstlern, Aktivistinnen und Aktivisten und anderen in Berlin. Auf der Homepage *fluchthelfer.in* erfahren Fluchthelfende und solche, die es noch werden wollen, alles über die rechtlichen Hintergründe und Konsequenzen, hilfreiche Tipps und Tricks, und können sogar ein Starterkit für die Fluchthilfe bestellen. Aufgrund der Website wurde mittlerweile sogar ein Ermittlungsverfahren gegen unbekannte Täter eingeleitet.

Ein Interview mit Max Thalbach von Agnes Andrae

Wann habt ihr die Kampagne *fluchthelfer.in* gestartet?

Wir haben die Kampagne pünktlich zur Urlaubszeit in diesem August gestartet. Noch bevor die Ereignisse auf der Balkanroute losgegangen sind. Fluchthilfe ist schon lange ein Thema und hat in Deutschland eine lange Tradition. Angefangen in der NS-Zeit, in der ein paar Wenige den Mut hatten, Fluchthilfe zu leisten oder in Zeiten der DDR, in der ganze CDU-Ortsverbände Fluchthilfe organisiert haben und sich für offene Grenzen und Bewegungsfreiheit eingesetzt haben. Dahin wollten wir im Prinzip wieder zurück: Fluchthilfe ist heute so einfach wie noch nie. Daher auch der Start zur Urlaubszeit, wenn viele Leute nach Italien und

zurück fahren – denn zu Beginn der Kampagne sind viele Flüchtlinge am Brenner hängen geblieben. Für Fluchthilfe-Einsteigerinnen und -Einsteiger ist es hier eben innerhalb des Schengenraums einfach, aktiv zu werden.

Damals war die Situation ja noch eine andere als heute. Musstet ihr die Kampagne darauf einstellen?

Die Situation hat sich natürlich an den europäischen Binnengrenzen verschärft. Es gibt sehr viel mehr Kontrollen als davor und natürlich auch sehr viel mehr Flüchtende. Aber es gibt vor allem auch sehr viel mehr Menschen, die bereit sind, Fluchthilfe zu leisten. Hier hat sich der Diskurs stark verschoben. Für unsere Kampagne

hat sich nicht wahnsinnig viel verändert. Wir sind von Anfang an davon ausgegangen, dass es Kontrollen geben wird. Auf unserer Seite haben wir deswegen Tipps und Tricks auf Lager, wie der Schleppereiparagraph vermieden werden kann. Darüber hinaus haben wir aber auch Tipps parat, wie Fluchthelfende es überhaupt vermeiden können, in eine Kontrolle zu fahren, zum Beispiel durch ein Fahrzeug, das voraus fährt. Wir waren selbst an der Balkanroute unterwegs und haben festgestellt, es gibt immer wieder kleine Grenzübergänge, die überwindbar sind. Es gibt auch immer die Möglichkeit, über die grüne Grenze zu gehen. Durch den Grenzzaunbau in Ungarn und so weiter ist es natürlich immer schwieriger geworden, die Grenze



*„Wir fahren hier seit Jahren in den Urlaub und bisher war die Fahrt immer etwas entspanntes.
Aber heute bin ich aufgeregt.“...*



„For most people in Europe those borders are invisible. Why can't it be like that for all humanity?“

zu überwinden, aber es gibt nach wie vor Routen, bei denen Fluchthilfe möglich ist.

Wie kann man den Schleppereiparagrafen umgehen?

In Deutschland ist es so, dass es drei Faktoren gibt, die für den Schleppereiparagrafen relevant sind. Der erste ist, ob Gegenleistungen erbracht werden, der zweite ist, dass wiederholt gehandelt wurde und der dritte ist, dass zu Gunsten mehrerer Personen die Fluchthilfe erbracht wurde. Das heißt, wenn ich eine Person mitnehme, kein Bargeld dabei habe und mich nicht mehr als einmal erwischen lasse, dann sollte die Fluchthilfe glimpflich ausgehen. Das heißt nicht, dass kein Verfahren eingeleitet wird, aber das Verfahren hat wenig Aussicht auf Erfolg. Wir empfehlen hier auch noch, ein Tramperschild mit sich zu führen, damit im Falle einer Kontrolle so argumentiert werden kann, ja nur einen Anhalter mitgenommen zu haben.

Grenzkontrollen sind zudem ja auch nicht Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger. Das heißt, wenn ich dich als Anhalterin in meinem Auto mitnehme und du zufällig weiß, mitteleuropäisch aussiehst, bin ich nicht dazu verpflichtet, deinen Ausweis zu kontrollieren. Wenn ich dich aber kontrolliere, weil du eine andere Hautfarbe hast, dann wäre das racial profiling, und das wäre illegal. Und wenn die Polizei dies macht, dann eben auch.

Falls es doch zu einem Verfahren kommen sollte, habt ihr Spenden für einen Rechtshilfefonds gesammelt, in dem jetzt schon über 17.000 Euro zusammen gekommen sind. Habt ihr ihn schon anzapfen müssen?

Wir haben diesen Rechtshilfefonds aufgestellt, da wir davon ausgehen, dass selbst, wenn die Verfahren hinterher eingestellt werden, diese aber zuerst eingeleitet werden. Es haben sich tatsächlich bei uns noch keine Leute gemeldet. Also, wenn jemand hier Probleme bekommen sollte, kann sie oder er sich gerne bei uns melden.

Seid ihr selbst schon einmal rechtlich wegen Fluchthilfe belangt worden?

Wir persönlich als Einzelne sind noch nie belangt worden. Wir kennen Leute, bei denen Verfahren eingeleitet wurden. Wir denken aber, dass die Staatsanwaltschaft sich den Aufwand sparen kann, denn die Geschichte hat gezeigt: Fluchtbewegungen waren nie legal. Sei es in den USA mit den *Underground Railroads** oder die Fluchthilfe aus der DDR. Dies kann man auf heute übertragen. Es ist zwar nicht legal, Fluchthilfe zu leisten, aber legitim. Die Geschichtsbücher werden uns hier frei sprechen. Auch heute gibt es schon Möglichkeiten, Fluchthilfe nicht zu bestrafen. Es gibt eine EU-Richtlinie, die Fluchthilfe zum Thema hat; und hier wird gesagt, dass diese aus humanitären Gründen straffrei bleiben kann. Und nach unserer Rechtsauffassung geht es nicht darum, ob eine Gegenleistung erfolgt ist oder nicht, sondern es geht um die humanitäre Motivation. Daher muss jeder Staatsanwalt und jede Richterin mit Herz hier den Spielraum nutzen und Verfahren

einstellen oder die Leute freisprechen. Darauf setzen wir. Gegen die Kampagne wurde nun ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Wir gehen davon aus, dass dies nicht viel Erfolg haben wird. Und wie gesagt, die Geschichtsbücher werden uns sowieso frei sprechen.

Auf eurer Homepage berichtet ihr von 569 erfolgreichen Fluchthilfeaktionen. Wie bekommt ihr davon mit?

Wir haben dazu aufgerufen, uns zu schreiben, dies kann man auf unserer Homepage anonymisiert und verschlüsselt machen. Wenn man aber bedenkt, wie viele Konvois es in letzter Zeit gegeben hat, muss man von einer weitaus höheren Zahl ausgehen.

Bei erfolgreicher Fluchthilfe verleiht ihr dann das Europäische Verdienstkreuz.

Die Fluchthelfenden der DDR haben später in der BRD das Bundesverdienstkreuz verliehen bekommen. Damals wurde Fluchthilfe in diesem Rahmen als ehrenwerte und wichtige Aufgabe angesehen. Dies sehen wir heute noch genauso. Wir sind im Prinzip hier von der Europäischen Union beauftragt worden, da diese die Aufgabe sozusagen outsourct; eben genauso wie sie den Grenzschutz unter menschenrechtlich fragwürdigen Bedingungen an die Agentur Frontex outsourct. Genauso hat sie die Zivilgesellschaft mit der Wahrung ihrer Grundwerte beauftragt. Sie ist selber nicht in der Lage, ihre eigenen Grundwerte zu vertreten und durchzusetzen. Dazu gehört eben auch die Idee der Reise- und Bewegungsfreiheit. Deswegen hat sie diese Verantwortung an die Zivilgesellschaft abgegeben: Die Grundwerte für alle Menschen, die hier wohnen (möchten),

Max Thalbach
*ist Mitglied des
Künstlerkollektivs
Peng! und haupt-
und ehrenamtlicher
Fluchthelfer.*
www.fluchthelfer.in

durchzusetzen. Diese Verantwortung nehmen wir gerne wahr und dazu gehört es eben auch, Fluchthilfe zu leisten; und das muss entsprechend ausgezeichnet werden, und daher die Verleihung des Europäischen Verdienstkreuzes.

Was für Projekte
habt ihr noch geplant?

Für Fluchthilfeinsteigerinnen und -insteiger ist Fluchthilfe innerhalb der EU eine gute Möglichkeit, aktiv zu werden. Wir sind total begeistert, wie viele Menschen in der letzten Zeit Fluchthilfe geleistet haben. Das hätten wir uns so zum Start der Kampagne gar nicht ausgemalt. Die humanitäre Fluchthilfe als Begriff hat sich etabliert und das Ansehen ist hier gesteigert worden. Fluchthilfe wurde mit den Begriffen Schleusen und Schleppen sehr stark kriminalisiert, und dies hat sich sehr stark verschoben: Selbst Polizeipräsidenten im Burgenland sagen öffentlich in Talkshows, dass doch eigentlich mal darüber nachgedacht werden sollte, dass Fluchthilfe straffrei bleibt. Hier hat sich also im Diskurs etwas verschoben und daher werden wir hier weiter machen.

Es kann aber darüber hinaus nicht nur um Fluchthilfe innerhalb der EU gehen, sondern es muss auch um Fluchthilfe in die EU gehen; und hier sind die Hürden viel höher. Hier sind die Hürden teilweise mit Stacheldraht versehen oder mit Wassergräben. Wir werden hier ansetzen und haben unter anderem vor, eine große Fähre zu chartern und Leute direkt abzuholen.

Wir sind außerdem weiterhin auf der Suche nach Leuten, die gut Pässe fälschen können. Uns schwebt hier eine *Bundesdruckerei 2* vor, und wir nehmen uns hier ein Beispiel an vielen großen Konzernen innerhalb der EU und wollen das ins Ausland auslagern, um uns den Verfolgungsbehörden zu entziehen. Unser nächstes großes Projekt ist also, zum Beispiel irgendwo in Indien, diese *Bundesdruckerei 2* aufzubauen.<

* Underground Railroads

In einem der dunkelsten Kapitel der Menschheitsgeschichte, der amerikanischen Sklaverei, organisierten die Fluchthelfer:innen der Underground Railroad Bewegung (engl. Untergrundbahn) ein Netzwerk, das etwa 100.000 Versklavten die Flucht in den freien Norden der USA und nach Kanada ermöglichte. Die Beteiligten organisierten Ausbrüche aus Plantagen, sorgten für Transportmittel und sichere Wege und gewährten den Flüchtlingen Unterschlupf in Schutzhäusern. Unterschiedlichste Charaktere waren hieran beteiligt: Von freien Schwarzen und ehemaligen Sklav:innen, die sicherlich eine Hauptrolle spielten, über politische Anti-Sklaverei-Aktivist:innen und Kongressabgeordnete, bis hin zu Anhängern religiöser Gruppen wie den Quäkern. Eine der bekanntesten und erfolgreichsten Fluchthelfer:innen dieser Organisation war Harriet Tubman. Selbst in der Sklaverei geboren und geflüchtet, reiste sie 13 Mal zurück in die Südstaaten und begleitete persönlich etwa 70 Menschen in die Freiheit.

Der 1793 erlassene und 1850 verschärfte Fugitive Slave Act, welcher die Nordstaaten dazu verpflichtete, flüchtige Sklav:innen an den Süden auszuliefern, motivierte die Fluchthelfer:innen nur zur Erschließung noch ausgeklügelterer Fluchtrouten und weiteren Aktionen zivilen Ungehorsams – bis hin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, um wieder eingefangene Sklaven aus den Händen ihrer Häscher zu befreien.

Quelle:

www.fluchthelfer.in/#geschichte



„In der Geschichte gab es schon öfter Fluchthelfer_innen. Und das war in den betreffenden Staaten illegal. Doch das eigentliche Urteil wird nicht vor Gericht sondern in den Geschichtsbüchern gesprochen.“



„I have taken many risks. I had to cross the Sahara and the Mediterranean Sea. Even here in Europe there is a risk. But I need to reach a safe place.“

Gute Aussicht...

*auf die Augsburger City bietet das „Leuchtturmzimmer“ im Grandhotel Cosmopolis.
Das ehemalige Altenheim wurde zu einem Vorzeigeprojekt für viele weitere.*



Von Lampedusa bis Manila...

*wird die jeweilige Ortszeit angezeigt in der Hotellobby des Grandhotels Cosmopolis.
Hier treffen sich alle, Gäste mit und ohne Asyl.*





Schlüsselfunktion

Das Wiener Hotel magdas beschäftigt Menschen aus 14 unterschiedlichen Nationen und will keine „Maximierung des Profits“ sondern eine „Maximierung von Offenheit und Menschlichkeit“ erreichen





Für ein solidarisches Miteinander
*Das Project Shelter will langfristig
 ein selbstverwaltetes Zentrum für
 obdachlose Geflüchtete in Frankfurt
 errichten.*



Together...
*Das Sharehaus in Berlin-Neukölln
 versteht sich selbst als Garten, in
 dem Ideen aufblühen können*

Hotel Very Welcome

Manche schüttelten noch den Kopf, als „die Hippies“ in Augsburg ihre Idee des *Grandhotels Cosmopolis* bewarben. Mittlerweile hat sich der Gedanke etabliert, Hotel- und Cafébetrieb mit Flüchtlingsunterkunft zu verbinden. Augsburg, München, Berlin, Frankfurt und die österreichische Hauptstadt: In immer mehr Städten eröffnen Hotels, die Flüchtlinge beherbergen oder ihnen Arbeit bieten. Sind diese Stätten der Schlüssel zu adäquaten Unterkünften oder gar der Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe? Was für Konzepte gibt es? Welche Träger stehen jeweils dahinter? Wie steht es mit der Frage der Mitarbeit? Und für wen ist es gedacht? Von Jessica Schallock.

Budget-Design-Hotel *magdas* in Wien beschäftigt Flüchtlinge im Hotelservice

Die im Sommer 2015 medial hochbejubelte Eröffnung des Hotels *magdas* in Wien, in dem hauptsächlich Flüchtlinge arbeiten, soll auch ein politisches Zeichen setzen: „Hier werden Vorurteile abgebaut“, wird *magdas*-Hotelmanager Sebastian de Vos in der *FAZ* zitiert. Er habe jedoch im Vorfeld viel Zeit in Gesprächen mit den Anwohnerinnen und Anwohnern der Immobilie in der Laufbergergasse 12 verbracht und es wird in Zeitungsartikeln von anfänglichen Vorbehalten und Skepsis der Nachbarschaft berichtet. Mit Blick auf den Wiener Prater betreibt der nach Österreich ausgewanderte Niederländer dieses Budget-Hotel mit Design-Anspruch. Renoviert wurde mit den Architektinnen und Architekten von *AllesWirdGut*, Unterstützung kam durch Studierende der Kunstakademie und der New Design University sowie zahlreiche weitere Helferinnen und Helfer. Den Architektinnen und Architekten standen für die gesamte Modernisierung 1,5 Millionen Euro zur Verfügung, wobei nur 20 Prozent in die Oberflächengestaltung flossen. Hinter der schmucklosen Fassade des ehemaligen Seniorenheims wurde daher

im Sinne von „Upcycling“ einiges an altem Mobiliar umgebaut, mit restaurierten Vintage-Möbeln ergänzt und kecken Details dekoriert, zum Beispiel alte Fahrradsattel als Geweih-Ersatz über dem Bett. Im Ergebnis wirkt nun alles skandinavisch hip und auf das Wesentliche reduziert. Hier übernachten reguläre Hotelgäste, die ab 70 Euro ein Doppelzimmer buchen können. Die geplante Auslastung liegt bei 65 Prozent.

Auf der Website wird geworben mit einem Team aus 16 Nationen, in dem 24 Sprachen gesprochen werden. Die Flaggen ihrer Heimatländer hängen im Treppenhaus, ihre Portraits in der Lobby. „Irgendwas ist anders hier“ heißt es, „frecher, weltoffener, couragierter“. Von der Küche über die Haustechnik bis zum Servicebereich arbeiten hauptsächlich Flüchtlinge im *magdas*. Es sind insgesamt 27 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Österreich Asyl oder eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis erhalten haben und denen der Bürgermeister zum Teil ein außergewöhnliches „d´accord“ als Arbeitserlaubnis gegeben hat. Betreiberin ist die Caritas. Martin Gantner, der für die katholische Hilfsorganisation in Wien arbeitet, erklärt diese Initiative gegenüber der *Deutschen Welle* damit, dass zu viele anerkannte

Flüchtlinge „oft jahrelang zum Nichtstun verdammt sind und damit ihren Glauben, ihre Hoffnung, ihre Zuversicht in dieses Land zunehmend verlieren. Eine Herausforderung, da es sich vielfach um Ungelernte und Langzeitarbeitslose handelt, nicht alle mit soliden Deutschkenntnissen, wie Gäste schon in Interviews bemängelt haben. Im hinteren Trakt des Hauses befindet sich zudem eine Unterkunft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Ihr Leben ist mit dem der Gäste verbunden, die Lobby soll ihnen Wohnzimmer sein und vier von ihnen beginnen eine Hotellehre im *magdas*. Fünf Jahre wird der internationalen Truppe gegeben, damit sich das Sozialunternehmen selbst trägt. Darüber hinaus sind ein Café, eine Bibliothek, eine Bocciabahn und ein Fahrrad- und Yogamattenverleih im Gespräch, um weitere Einnahmen und mehr Begegnung zu schaffen.

Grandhotel Cosmopolis in Augsburg beherbergt „Asylgäste“

Eines der ersten dieser gemischten Hotel- und Unterkunftsprojekte ist in Augsburg zu finden. Im Domviertel leben die Flüchtlinge gleich neben dem Hotelbetrieb im gleichen Haus, auf dem selben Stockwerk. Dies benennt der Verein hinter der Idee als „soziale Plastik“. Auch hier war das Gebäude vormals ein leerstehendes Altenheim mit 66 Räumen und etwa 2600 qm Fläche, das mithilfe ausgewählter Vintage-Möbel zu einer hippen Einrichtung im Stile angesagter alternativer Szenebars wurde. Die hier lebenden Geflüchteten teilen sich das Haus mit Hotel- und Hostelgästen. Zwölf Hotelbetten, vier Stockbetten im Hostel und 60 Betten für die so genannten Gäste mit Asyl oder „Asylgäste“. Ihnen steht ein Gebäudetrakt mit eigenen Küchen, Bädern und Aufenthaltsräumen zur Verfügung. Die Zimmer wurden individuell von Kunstschaffenden gestaltet. Angeschlossen sind ein Café, ein Teegarten sowie ein Kulturzentrum mit Atelierräumen und Veranstaltungsraum.

Die Diakonie ist Hauseigentümerin, sie hat auch den Umbau vorfinanziert und bietet Beratung für die Flüchtlinge an. Gemietet werden die unterschiedlichen Teilbereiche des Gebäudes von zwei verschiedenen Parteien. Die Regierung von Schwaben ist Mieterin der Hotelbereiche mit Asyl. Sie nennt sie „Gemeinschaftsunterkunft Springergässchen 5“ und stellt eine Heimleiterin und einen Hausmeister. Der gemeinnützige Verein *Grandhotel Cosmopolis e.V.*, der die Idee entwickelt hat, ist Mieter des Hotels ohne Asyl, der Bürgergaststätte, der Ateliers und der Café-Bar. Im Verein versteht man sich als Hoteliers, die in

Selbstverwaltung agieren "mit den Menschen, die hier leben und arbeiten", wie es auf der Website heißt.

Gemeinsam wohnen im Berliner *Sharehaus*

Im *Sharehaus* in Berlin-Neukölln wird Selbstverwaltung groß geschrieben. In dem ehemaligen Seniorenheim der Stadtmission leben 40 Menschen zusammen, davon 20 Geflüchtete, manche mit Aufenthaltsgenehmigung, manche im Duldungsstatus. Wer einziehen möchte, bewirbt sich derzeit noch bei den Initiatoren. Es ist jedoch geplant, dafür eine Hauskommission einzurichten. Der Fokus liegt auf gemeinschaftlichem Wohnen, Eigeninitiative und ehrenamtlichem Engagement. Die Möblierung stellten die Bewohnerinnen und Bewohner zum Teil durch Spenden zusammen oder sie betrieben „Upcycling“ aus Sperrmüll.

Eine Bewohnerin ist Fitnesstrainerin und bietet eine Laufgruppe an. Auf der Dachterrasse gibt es einen Gemüsegarten, im Hof werden Räder repariert, der Cafébetrieb läuft und die erste Ausgründung, ein syrisches Cateringunternehmen, macht seine ersten Schritte im Berliner Gastronomiegewerbe. Für die ersten drei Jahre stellt die Stadtmission das Gebäude für das *Sharehaus* mietfrei zur Verfügung, es zahlen jedoch alle, die dort wohnen, regulär Miete. Davon sind nur Notfälle ausgenommen. Ein Eckladen wird untertags von sozialen Initiativen als Co-Working Space genutzt, am Abend gibt es Konzerte und Themenabende. (ein ausführliches Interview zum *Sharehaus* findet sich auf Seite 34 dieses Heftes)

Project Shelter in Frankfurt holt obdachlose Flüchtlinge von der Straße

Mit Protestaktionen machen derzeit die Aktivistinnen und Aktivisten von *Project Shelter* auf die prekäre Situation von wohnungslosen Flüchtlingen aufmerksam. Sie zelten und campieren in der ersten Kälte in der Frankfurter Innenstadt. Ihre Forderung: ein nichtkommerzielles, migrantisches Zentrum in Selbstverwaltung. Dort sollen bisherige Angebote für ein weitgehend selbstbestimmtes Leben, eine Job- und eine Wohnungsbörse gebündelt werden. Zudem soll es einen Ort für die geplanten Sprachkurse, die Rechtsberatung und gemeinschaftliche Aktivitäten wie Kochen bieten. Viele, die sich bei *Project Shelter* engagieren, haben selbst schon Flüchtlinge bei sich aufgenommen, wie die *Frankfurter Rundschau* berichtet. Darüber hinaus werden Schlafplätze und auch kurzfristige Unterkünfte über das Netzwerk vermittelt. Gesucht werden Wohngemeinschaften,

religiöse Gemeinden oder politische Organisationen, die sich bereit erklären, Obdachlose mit Flüchtlingsstatus aufzunehmen. Über 40 Flüchtlinge wurden laut Medienberichten so bereits untergebracht.

Project Shelter macht keinen Unterschied zwischen Flüchtlingen und Migranten, die aus wirtschaftlichen Gründen nach Deutschland kommen, beispielsweise weil sie über das Mittelmeer in Italien einreisten und dort arbeitslos wurden. So erhalten auch Flüchtlinge Unterstützung, die im Zuge von Dublin III abgeschoben werden müssten und keine Sozialleistungen erhalten. Viele von ihnen leben unter Brücken. Wichtig ist den politisch aktiven Initiatorinnen und Initiatoren, dass sie sich nicht als Hilfsorganisation, sondern als Kollektiv verstehen, das den Anspruch erhebt, miteinander auf Augenhöhe umzugehen. Trotz wiederholter Protestaktionen stellt die Stadt bisher keine Immobilie in Aussicht, währenddessen geht die Wohnungsvermittlung weiter.

Bellevue di Monaco in München:
Café, Hotelbetrieb, Galerieräume und Flüchtlingsunterkunft

Nach langem Ringen um die Leerstandshäuser in der Münchner Innenstadt - und teils spektakulären Protestaktionen gegen die Abrisspläne - hat die Stadt dem Projekt *Bellevue di Monaco* den Zuschlag für die Häuser in der Müllerstraße 2 bis 6 in Aussicht gestellt. Im Laufe der Debatte betonten die Initiatorinnen und Initiatoren dieses Projekts immer wieder, wie wichtig es sei, das Thema Flüchtlinge trotz Wohnungsnot mitten im Zentrum zu beheimaten und nicht in Randbezirke auszulagern. Hinter der Idee steht ein breites Bündnis an Münchner Partnerinnen und Partnern aus der Flüchtlingshilfe, der Sozialarbeit und Kulturschaffenden. Sie haben mittlerweile eine eingetragene Genossenschaft gegründet, die als juristische Person auftritt, weitere Mitglieder aufnehmen kann und die den bayerischen Genossenschaftsverband als Unterstützer im Rücken weiß.

Die Räume in der Müllerstraße 6 werden für acht Wohnungen genutzt, die als Zweier-Wohngemeinschaften bis zu 16 junge Erwachsene mit Fluchtgeschichte beherbergen sollen. Mieter sind hier Träger der Jugendhilfe, die auch als Betreuer der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge eintritt und sie auf dem Weg in ein selbstständiges Leben begleiten soll. Im unteren Teil des Hauses wird ein Infocafé eingerichtet, das zugleich Beratungszentrum für Flüchtlinge in allen Lebenslagen und normaler


Cafébetrieb ist. Unter dem Stichwort Dialog mit der Stadtgesellschaft soll hier ein offener Begegnungsort geschaffen werden und bezahlte Beschäftigung für Flüchtlinge. Nebenan in der Müllerstraße 4 gibt es Platz für sechs Wohnungen für geflüchtete Allein-erziehende und Familien. Im dritten Haus in der Müllerstraße zwei werden die zwei Etagen für Büros und einen Veranstaltungsraum genutzt. Die Beteiligten aus dem Münchner Kulturleben haben vor, Flüchtlinge in Kunstformate mit einzubinden und ihnen somit „grundlegendes Know-how“ zu verschaffen, so die Selbstdarstellung im Netz. Darüber hinaus will *Bellevue di Monaco* auch den Weg ins Berufsleben erleichtern. Mit der Handwerkskammer und den Innungen ist geplant, gemeinsam Praktikums- und Ausbildungsplätze zu vermitteln und mit den Bildungsträgern für Bildung und Weiterbildung zu sorgen. Auch das benachbarte Bürgerhaus Glockenbachwerkstatt bietet sich für weitere Zusammenarbeit, beispielsweise in den Werkstätten, an.

Bisher hat die Genossenschaft 150.000 Euro von Mitgliedern zusammengetragen, dazu kommen laut *Süddeutscher Zeitung* etwa eine Million Euro aus Spenden. Am Geld mangelt es also nicht in München, doch es gibt Schwierigkeiten mit Formalien, denn die europaweite Ausschreibung zieht sich hin. Seitens des Kommunalreferats heißt es, Ende des Jahres sei mit einem Ergebnis zu rechnen, eventuell aber auch später. Gegenüber der Zeitung beklagte darauf einer der Initiatoren, Till Hoffmann, dass man die Spenderinnen und Spender und die Freiwilligen nicht ewig bei der Stange halten könne. „Die Leute wollen, dass es losgeht.“ <

Jessica Schallock
ist Kultur- und
Kommunikationswis-
senschaftlerin und
arbeitet als
Kommunikatorin in
München.



Platz da!
Indiesem Haus
möchte das Bellevue
di Monaco einen
Ort für Geflüchtete
und Münchnerinnen
und Münchner
realisieren



Mit gutem Beispiel voran...
... die Hebamme Ute Hickmann zeigt der jungen Somalierin
Ayan Hasan Übungen für den Beckenboden.

Unter anderen Umständen

Eine Asylsozialberaterin, eine Integrationsbeauftragte und eine Hebammenpraxis koordinieren ein Betreuungsangebot für geflüchtete Frauen vor und nach der Geburt. Die Frauen können selbst herausfinden, welche Unterstützung sie annehmen möchten. Von Cordula Flegel.

Ayan

Etwas unvermittelt wirft sich die Hebamme Ute Hickman der Länge nach neben die Wiege auf den Boden, um der jungen Somalierin Ayan zu demonstrieren, wie sie ihren Beckenboden mit einer gymnastischen Übung entspannen kann. Die Zwanzigjährige kichert verhalten und prägt sich ein, was ihr die deutsche Frau auf dem Teppich zu vermitteln versucht.

Ute Hickman spricht so kompetent und ruhig, wie es zu ihrem Beruf gehört. Ayan ist aufmerksam. In diesem Land, dessen Sprache und Regeln sie noch nicht kennt, muss sie auch Abläufe verinnerlichen, die sich ihr nicht sofort erschließen. Zudem ist sie hier in dem als Asylbewerberunterkunft genutzten Gästehaus in Thalham die Gastgeberin.

Vor 26 Tagen kam ihr Baby Maria im Kreiskrankenhaus Agatharied auf die Welt, ihr Mann Hassan war bei der Geburt dabei und auch die 79-jährige ehrenamtliche Helferin und pensionierte Deutschlehrerin Marianne Müller. Thalham liegt 30 Kilometer südlich von München. Die alten Bauernhäuser des Ortes sind gepflegt, der Bus fährt zweimal am Tag, doch die Bewohner und Bewohnerinnen des Gästehauses können per Anhalter in die nahe gelegene Kreisstadt fahren. Hassan ist gerade dort, um Fußball zu spielen.

Ute Hickman zeigt Ayan, wie sie ein Messer mit heißem Wasser aus dem Kocher erwärmen kann, um das Zäpfchen gegen Marias Bauchschmerzen zu

halbieren. Ayan trägt eine Winterjacke, obwohl es warm ist im Zimmer und zeigt Ute ihre Kochecke auf dem Balkon. Von hier aus sieht man hellgrüne Trauerweiden und Kuhwiesen, es ist Ende Mai. Vor der Glastür aber hängen Tücher, nur wenig Tageslicht kommt ins Zimmer. Die junge Somalierin wird es 40 Tage lang, so entspricht es der muslimischen Tradition, nicht verlassen, dann organisieren ihr Mann und die Nachbarn ein Fest für sie und das Baby. Bevor Ute Hickman sich verabschiedet, fragt sie Ayan noch, ob sie oft Rückenschmerzen habe. Die Somalierin beklagt, dass sie nicht den Boden fegen kann ohne Schmerzen. Um dafür in die Knie zu gehen, wie es ihr die Hebamme beim letzten Besuch gezeigt hat, tut der Unterleib zu weh.

Melanie

„Jeder, der hier ankommt, hat seine Geschichte, seinen Weg“, sagt die Asylsozialberaterin Melanie Fersi. Die 27-Jährige hat erst vor zwei Wochen ihr eigenes Büro im ehemaligen Gesundheitsamt in Miesbach bezogen, das seit drei Jahren als Gemeinschaftsunterkunft genutzt wird. Sie arbeitet für den Münchner Verein *Hilfe von Mensch zu Mensch* und betreut Asylbewerber und Asylbewerberinnen bei Behördengängen, bei der schulischen Eingliederung der Kinder und Jugendlichen, vermittelt Rechtsbeistand und ist Ansprechpartnerin in besonders schwierigen Lebenslagen wie Krankheit, Traumatisierung, Behinderung, persönliche und wirtschaftliche Krisensituationen. Zurzeit werden im Landkreis über 500 Asylsuchende betreut. Viele von ihnen sind erst vor einigen Monaten eingereist, einige leben seit

über drei Jahren in Miesbach und zehn weiteren Gemeinden. Die Regierung von Oberbayern hat eine Heimleitung in der Miesbacher Gemeinschaftsunterkunft in Teilzeit gestellt. Die soziale Betreuung organisiert der Verein *Hilfe von Mensch zu Mensch* mit zwei Vollzeitstellen und einer Teilzeitstelle.

Majeda

Nach der Rückbildungsgymnastik in der Hebammenpraxis, die Ute Hickman heute betreut hat, hilft die 15-jährige Rafif ihrer Mutter, das Baby Lukas Hasan anzuziehen. Die syrische Familie hat es mithilfe einer Ehrenamtlichen geschafft, im acht Kilometer entfernten Schliersee eine eigene Wohnung zu finden. Seit einem Jahr lebt sie dort. Majeda serviert schwarzen Tee und Gebäck aus Kakao, Eiern und Butterkeksen. Sie ist 41 Jahre alt, gelernte Bankkauffrau, ihr Mann ist Elektroingenieur und gerade in München beim Deutschunterricht. Die Kinder Yassin, Rafif und Hasan, 8, 15 und 16 Jahre alt, gehen in reguläre Schulen, sprechen fast fließend Deutsch. Sie selbst musste vor der Geburt des Babys ihren Sprachkurs unterbrechen. Majeda ist dankbar für das Angebot von Rückbildungsgymnastik und Wochenbettbetreuung. In Syrien sind es eher die Frauen in der Familie und die Nachbarinnen, die Essen bringen, das Kind ansehen und gute Ratschläge geben. Über die Hebammen, die sie im Krankenhaus bei der Geburt betreuten, sagt sie nachdrücklich auf Deutsch: „Schön. Sie waren sehr schön!“ Alle müssen lachen. „Schön?“, wiederholt Rafif, „du meinst, die waren nett oder hilfsbereit.“ Doch „schön“, so einigen sich alle am Tisch, ist auch ein passendes Wort. Über die erste Zeit mit dem Baby sagt die Schwester: „Wir alle brauchen Lukas. Es ist ein neues Leben.“

„Ich mache keinen großen Unterschied in der Betreuung von Asylbewerberinnen und allen anderen Frauen“, sagt Ute Hickman von der Hebammenpraxis. Ayan sei sehr aufgeschlossen, doch oft sind die Gespräche weniger ausführlich. Die Kommunikation sei natürlich schwieriger, das stimmt, aber nicht unmöglich. Die Frauen, so ihr Eindruck, wollen insgesamt weniger wissen über das Neugeborenen-Handling, haben nicht so viele Fragen wie die deutschen Frauen und nicht so ein starkes Erzählbedürfnis. Sie hätten sicher mehr Vertrauen, wenn wir während der Schwangerschaft schon in Kontakt miteinander treten könnten. Anstrengend sei es, dass die Hebammen immer sehr spät informiert werden: „Wenn die Flüchtlingsfrauen ihr Kind bekommen haben, dann muss man sofort einsteigen. Das ist schwer zu organisieren.“

„Die Frauen sollen selbst entscheiden“

Am Montagmorgen Punkt zehn Uhr haben sich 13 herausgeputzte Frauen, teilweise mit Säuglingen und Kleinkindern, und ein Mann aus den Asylbewerberunterkünften im katholischen Pfarrheim in Miesbach eingefunden. Die ehrenamtliche Integrationsbeauftragte Inge Jooß hat gemeinsam mit Melanie Fersi eingeladen, um die Kommunikation zwischen den Hebammen, dem Migrations- und Flüchtlingsverein und den Asylbewerberinnen zu verbessern.

Ein Konzept gibt es zu diesem Zeitpunkt noch nicht. In den kommenden zwei Stunden wird sich herausstellen, was die Frauen vor allem interessiert. „Wir sind als Hebammen hier. Wir sind nicht hier, um den Frauen Vorschriften zu machen, um sie zu kontrollieren oder ihnen zu sagen, wie sie ihr Kind kriegen sollen“, stellt Kick van Walbeek von der Hebammenpraxis bei einer Vorbesprechung im Flur klar. „Das werden wir vermitteln. Niemand muss in Deutschland zum Arzt oder zur Vorsorge gehen. Die Frauen sollen selbst entscheiden können.“

Im Versammlungsraum werden Stühle in einen Kreis gestellt, Inge Jooß begrüßt alle. Dann wird erläutert, dass die Hebammen genau wie Ärzte keine vertraulichen Informationen weitergeben, weder aus dieser Gesprächsrunde noch aus einem Beratungsgespräch. Das Einzige, was eine Frau wirklich dem Landratsamt mitteilen muss, ist, dass sie schwanger ist.

Ute Hickman steigt auf Englisch sofort ins Thema ein. Was bedeutet Vorsorge, wie sieht die Hilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden aus, was gehört zur Geburtsvorbereitung und zur Wochenbettbetreuung? Wo bekommt man welche Informationen? Es dauert eine halbe Stunde, bis sich ein für alle praktikabler Modus der Verständigung einstellt. Die Hebamme wiederholt geduldig. Der einzige Mann übersetzt in Somali, einige Frauen bekommen eine französische Übersetzung, andere, wie Ayan, möchten lieber deutsche Erklärungen. Es wird nicht laut in der Runde oder unüberschaubar. Alle versuchen, die für sie wichtigen Informationen herauszufiltern. Es wird gelacht, nachgehakt, mit den Schultern gezuckt.

„Wir sprechen darüber“

Die *Gesprächsrunde mit Hebammen* wird in Miesbach monatlich als offenes Angebot eingerichtet. Das Konzept wird sich mit der Zeit weiterentwickeln, alle müssen sich auf die unterschiedlichen Frauen und ihre Bedürfnisse einstellen, offen sein und ihre Vorgehensweise untereinander abstimmen.

Notwendig sei auch, sagt Ute Hickman, Besonderheiten bei der Betreuung im Krankenhaus zu klären, zum Beispiel, wenn die Frauen beschnitten sind. „Wir sprechen darüber, weil die Geburten bei beschnittenen Frauen viel schwerer sind – jedoch ohne in dieser großen Runde das Wort Beschneidung in den Mund zu nehmen“, sagt Hickman. Die Beschneidung sei ein sensibles Thema, das im persönlichen Gespräch behandelt werden müsse. „Nicht alle Frauen möchten sich vor der Geburt vaginal untersuchen lassen, und das müssen sie auch nicht. Aber die Geburtshelfer sollten von der Beschneidung wissen, denn das kann unter Umständen lebensretend sein.“

Für die Hebammen ist es wichtig, bis zum fünften Monat mit einer Schwangeren in Kontakt zu kommen. Das Vertrauensverhältnis, das sich während der Vorsorge entwickeln kann, ermöglicht schon unter gewöhnlichen Bedingungen eine gute Wochenbettbetreuung. Bei Frauen, die mit sprachlichen und kulturellen Unsicherheiten leben, die ihre Familie und unter Umständen sogar ihre Kinder sowie ihre Heimat verlassen mussten und mit der Schwangerschaft und Geburt oft auf sich allein gestellt sind, ist es von besonderer Bedeutung.

Aufmerksamkeit herrscht bei Klärung der Frage, ob es Geburtsgeld gibt vom Amt. Marianne Müller erwähnt, wo für geringe Beträge Babyausstattung geliehen werden kann. Ute Hickman betont, die gleichen Leistungen, die einheimischen Frauen vor, während und nach der Geburt von den Krankenkassen finanziert werden, stehen auch den Frauen hier im Raum zu. Inge Jooß erläutert, dass eine Schwangerschaft nichts an ihrem Aufenthaltsstatus ändert. Eine der Frauen hat die Bewilligung für eine PDA des Krankenhauses dabei, die sie nicht versteht, und die Integrationsbeauftragte verspricht, das Papier mit der Frau heute Nachmittag noch einmal gemeinsam durchzugehen.

Kick van Walbeek freut sich über die entspannte Atmosphäre, und dass sich die Frauen auf die Situation eingelassen haben. Es sei wichtig, auch

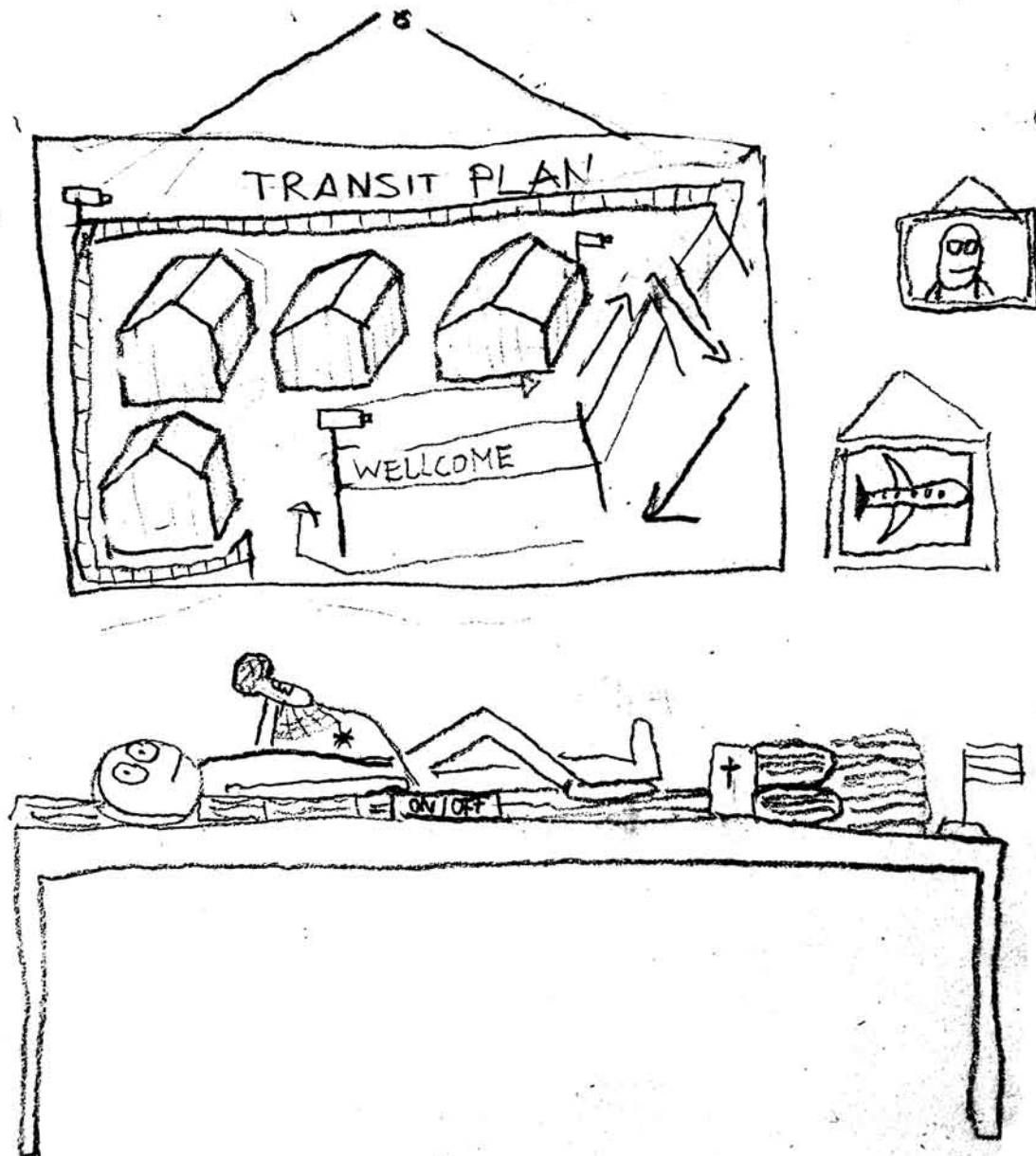
Mütter, die mit ihren älteren Babys schon gar nicht mehr für die Wochenbettbetreuung infrage kommen, in so einer offenen Runde zu erreichen, weil sie, die oft allein erziehend sind, sich auch einmal überfordert fühlen können, oder weitertragen, welche Art der Unterstützung hier angeboten wird.

Inge Jooß bemerkt, dass viele mögliche Punkte angesprochen wurden, die man sonst „mühselig bei jedem anderen Gespräch rauskitzeln muss“. Auch ihr geht es darum, die Frauen bereits in der Schwangerschaft zu erreichen, denn „die erzählen das beim Deutschunterricht oft gar nicht von selbst.“ <



Gut aufgestellt: *Melanie Fersi (Hilfe von Mensch zu Mensch)*, *Inge Jooß (Integrationsbeauftragte)*, *Kick van Walbeek* und *Ute Hickmann (Hebammenpraxis Sonnenstrahl)*

Cordula Flegel
fotografiert und
schreibt Reportagen.



Ach Joachim ,
 um ehrlich zu sein. Wir haben alles versucht, um ein Interview mit dir zu bekommen.
 Wirklich. Wir saßen deinen Pressesprechern im Ohr. Vielfach. Und wir lagen (in Form von
 Fragen) auch schon auf deinem Schreibtisch.

„(...)“

Ein wirklich ehrliches Exklusiv-Interview mit dem Bayerischen Innenminister Joachim Herrmann (CSU) über die aktuelle Flüchtlingspolitik. Nicht. Von Christian Andrae

Um ehrlich zu sein. Wir haben alles versucht. Wirklich. Wir saßen seinen Pressesprechern im Ohr. Vielfach. Und wir lagen auch schon auf seinem Schreibtisch. Und er muss uns in den Fingern gehabt haben. Denn laut Pressesprecher hat „Herr Minister“ die Interview-Anfrage am Ende „persönlich abgelehnt“. Immerhin. Aber der Reihe nach. Es war um den Mai herum. Bei einer Sitzung der *Hinterland*-Redaktion kam die Idee für ein Interview mit dem Bayerischen Innenminister Joachim Herrmann auf. Warum nicht? Pressefreiheit. Aber Pressefreiheit bedeutet auch, Interview-Anfragen ablehnen zu können. Wir haben beides erfahren. Auf eine Zusage folgte eine Absage. Um Einzelheiten auszusparen. Isso* (siehe Kleingedrucktes). Aber Pressefreiheit bedeutet auch, ein Nicht-Interview zu führen, dass genau so einmal hätte stattfinden sollen:

Herr Herrmann, vielen Dank, dass Sie sich Zeit für uns genommen haben.

Herrmann: (...)

Nun ja. Aber letztendlich hat es ja doch geklappt.

Herrmann: (...)

In Ordnung. Darf ich nun mit den eigentlichen Fragen fortfahren. Wir haben ja nur ein paar Minuten?

Herrmann: (...)

Matthäus 2, 13-15. Na?

Herrmann: (...)

Aber bitte. Sie als Christsozialer?

Herrmann: (...)

Na gut. Ich helfe Ihnen ein bisschen. „Als sie aber hinweggezogen waren, siehe, da erschien der Engel des Herrn dem Josef im Traum und sprach: Steh auf, nimm das Kindlein und seine Mutter mit dir und fliehe nach Ägypten und bleib dort, bis ich dir's sage; denn Herodes hat vor, das Kindlein zu suchen, um es umzubringen.“ Das Zitat handelt von politischen Flüchtlingen.

Herrmann: (...)

Moment. Schauen Sie. Gegenüber dem Tagesspiegel am Sonntag haben Sie vor Kurzem erwähnt, man solle Flüchtlinge aus Bürgerkriegsländern nicht mehr pauschal anerkennen. Sie beriefen sich auf die Genfer Konvention, die eine individuelle Betroffenheit voraussetze. In der Bibel wird ein solcher Unterschied nicht gemacht. Dort geht es um blanke Angst. Um Not.

Herrmann: (...)

Ach so, Wirtschaftsflüchtlinge. Moment, da kann ich mit. Mose 26,1. „Es kam aber eine Hungersnot ins Land nach der früheren, die zu Abrahams Zeiten war. Und Isaak zog zu Abimelech, dem König der Philister, nach Gerar.“ Isaak war ein Wirtschaftsflüchtling.

Herrmann: (...)

In Ordnung, lassen wir die Glaubensfragen. Themawechsel. Sie mögen Flughäfen, nicht wahr?

Herrmann: (...)

Ich meine, wie lässt es sich sonst erklären, dass Sie rings ums Land am liebsten Transitzone einrichten wollen?

Herrmann: (...)



Nach einem längerem Hin und Her entscheidet sich der bayerische Innenminister Joachim Herrmann uns ein ausführliches Nicht-Interview zu geben.



CSU Wahlplakat
von 1946

Ja, ja. Aber zum Beispiel Balder-
schwung im Allgäu an der Grenze
zu Österreich. Die haben gar keinen
Flughafen. Die haben einen Skilift.

Tschuldigung. Ich wollte die
Situation nur ein wenig auflockern.

Herrmann: (...)

Da haben Sie Recht. Das macht
doch alles gar keinen Sinn.<

Herrmann: (...)

Na weil Transitzone in allen
Rechtsvorschriften der Europä-
ischen Union mit Flughäfen in
Zusammenhang stehen.

Sei es drum. Eine vorletzte Frage
habe ich noch. Wissen Sie, woher
folgende Sätze stammen: „Vertrie-
bene! Eure Not ist unsere Sorge.
Gemeinsam schaffen wir's.“?

Herrmann: (...)

Herrmann: (...)

Sichere Herkunftsstaaten. Jetzt
werden Sie aber ein wenig
populistisch. Apropos. Kennen Sie
eigentlich die drei Lügen der AfD?
Alternative. Für. Deutschland.

Oh. Das gibt jetzt aber einen
Punktabzug im Parteibuch. Mit
diesem Spruch tapezierte die CSU
im Winter 1946 sämtliche Lit-
faßsäulen in Bayern. Schließlich
ernannte sich die CSU auch zur
„einzigen Partei, die Flüchtlings-
Wahlkreise forderte“. Was hat sich
in Ihrer Partei in den vergangenen 60
Jahren denn so massiv geändert?

Herrmann: (...)

**Wie wir mit der Emsigkeit einer tasmanischen Blattameise versucht haben, ein Gespräch mit Herrn Minister zu erhalten, kann gerne hier im kleingedruckten Gedächtnisprotokoll nachgelesen werden.*

Kleingedrucktes Frei aus dem Gedächtnisprotokoll:

Wir haben am 26. Mai 2015 um 22.13 Uhr und 44 Sekunden eine Interview-Anfrage an die Pressestelle des Bayerischen Innenministeriums geschickt. Tags darauf folgte eine telefonische Absage einer Mitarbeiterin. Auf die Nachfrage, warum man nun das Interview absagen wolle, hieß es „dazu habe ich keine Informationen“. Um 13.11 Uhr folgte deshalb eine erneute Anfrage per E-Mail mit der Bitte um Angabe der Gründe. Keine Antwort. Zumindest per E-Mail. Zwei Tage später meldete sich ein Pressesprecher per Telefon: „Na ja, wie kann ich das jetzt vorsichtig ausdrücken? Sie können sich ja denken, dass der Herr Minister und die Hinterland. Das war ja schon in den letzten Jahren sehr schwierig (...)“. Um es kurz zu machen. Natürlich waren die Ablehnungsgründe offensichtlich. Dennoch. Mit der Argumentation, dass gerade deshalb und weil wir uns als frischer Preisträger des Alternativen Medienpreises 2015 nun ja doch irgendwie augenscheinlich journalistisch etabliert haben, und wir natürlich das Interview auch autorisieren und die Fragen vorab per Mail zukommen lassen würden, kam alles dann doch ganz anders. „Mmm. Im Moment ist Herr Minister ziemlich eingespannt wegen des G7-Gipfels. Das wissen Sie sicher. Aber danach kann ich Ihnen fünf bis zehn Minuten mit Herrn Minister in Aussicht stellen. Telefonisch – wenn Sie uns die Fragen vorher zukommen lassen.“

September. Der G7-Gipfel war rum. Am 22. September 2015 um 17.55 Uhr schickten wir eine erneute Anfrage mit Hinweis auf die vergangene Anfrage und der Bitte um einen konkreten und zeitnahen Interview-Termin. Sechs Minuten später die Antwort: „Wäre mir neu, dass ich Ihnen ein Interview mit dem Minister zugesagt habe“. Ein Telefongespräch später dämmerten dem Pressesprecher immerhin Erinnerungen an das Gespräch im Mai. Um es wieder kurz zu machen. Es änderte nichts. Absage. Die Gründe? „Warum Herr Minister Interview-Anfragen absagt kann ich nicht im Einzelnen sagen. Es liegen derzeit so viele Anfragen auf seinem Schreibtisch, wie Sie sich sicher vorstellen können“. Und unsere Anfrage wurde ihm vorgelegt und persönlich von ihm abgelehnt? „Ja.“ Ha.



Zwischen Legalisierung und Abschiebe-Razzia

Marokkanische Grenzpolitik jenseits der Hauptrouten der Geflüchteten
Ein Bericht von Bern(h)ard Schmid



All along the watchtower
*die hochgerüstete Grenze zwischen Marokko und
der spanischen Enklave Mellilla*

Eine der Außengrenzen der Europäischen Union, an der schon Menschen sterben mussten und die schon für Diskussionen sorgte, als Schiffsunglücke im Mittelmeer noch keinen Schlagzeilenstoff bildeten, verläuft durch Marokko.

Die europäische Außengrenze verläuft nicht zwischen Marokko und dem Staat xy, sondern durch Marokko, denn zwei spanische Enklaven und damit zur EU gehörendes Territorium liegen auf marokkanischem Boden. Aus historischen Gründen, die natürlich in der Kolonialgeschichte wurzeln, zählen die beiden Städte Ceuta und Melilla nach wie vor administrativ zu Spanien. In der Nacht zum 29. September 2005 und nochmals in jener zum 6. Oktober 2005 kam es dort - beim ersten Mal an der Außengrenze von Ceuta und beim zweiten Mal an jener von Melilla - zum Versuch massiver Grenzübertritte durch den Ansturm mehrerer hundert Migrantinnen und Migranten, meist aus dem subsaharischen Afrika. Die Menschen versuchten den bewachten Grenzzaun unter dem gemeinsamen Gewicht zum Einsturz zu bringen – eine Strategie, die bis heute immer wieder zum Einsatz kommt. Bei der Niederschlagung dieses kollektiven Grenzübertrittsversuchs gab es 14 Tote. Bis heute wurden keine Verantwortlichen dafür verurteilt. Marokkanisches und spanisches Grenzpersonal schoben sich jahrelang gegenseitig die Schuld zu.

Ausharren in den Wäldern Marokkos

Die Toten von Ceuta und Melilla lösten grenzübergreifend in mehreren EU-Ländern eine Diskussion um die Toten an der EU-Außengrenze im Mittelmeerraum aus. Es gab Demonstrationen in mehreren EU-Ländern, Kampagnen, Diskussionsveranstaltungen und Buchveröffentlichungen rund um dieses Thema und dadurch eine verstärkte Sensibilisierung für die Problematik des häufig tödlichen Grenzregimes an den EU-Außengrenzen. In Marokko selbst jedoch hatten die Vorkommnisse ganz andere Folgen. Kurz darauf kam es zu groß angelegten Razzien und Festnahmen unter Subsahariern, die sich in der Region aufhielten, um ihren Grenzübertritt nach Europa zu versuchen. 3.000 von ihnen wurden gezwungen, in Busse zu steigen, um sie aus der grenznahen Zone wegzubringen. Mindestens 1.000 unter ihnen wurden mutmaßlich in der Wüste im Süden Marokkos, etwa in Grenznähe zu Algerien oder zu Mauretanien ausgesetzt – eine Information, die allerdings durch die marokkanischen Behörden offiziell geleugnet wird. Obwohl dieselben Behörden dann, einmal unter internationalen Druck geraten,

Suchtrupps einsetzen, um die Ausgesetzten wieder aufzufinden, bevor sie verdursteten. Es gilt zwar unter Beobachterinnen und Beobachtern als wahrscheinlich, dass es dabei zu Todesfällen gekommen ist. Die Behörden Marokkos streiten das freilich kategorisch ab.

Wer es einmal bis auf das Territorium von Ceuta oder Melilla geschafft hat, kann einen Asylantrag auf EU-Gebiet stellen und dadurch gewisse Grundrechte geltend machen. Zumindest theoretisch, denn praktisch werden viele aufgegriffene Eingereiste durch die Guardia Civil geschlagen, ausgeraubt und prompt an die marokkanische Polizei übergeben. Um zu verhindern, dass doch eine bestimmte Anzahl von Leuten den dauerhaften

Übertritt schaffen könnte, tat und tut die marokkanische Staatsmacht ihrerseits so ziemlich alles in ihrer Macht Stehende, um ausreisewillige Migrantinnen und Migranten aus der „sensiblen Zone“ herauszubringen. Seit der Zuspitzung vom Herbst 2005 verstecken sich zahlreiche Personen

deshalb außerhalb der Städte und leben wochen-, monate- oder jahrelang in den Wäldern nahe der Stadt Nador im Nordosten Marokkos. Die Wälder werden in unregelmäßigen Abständen durch die marokkanischen Behörden „gesäubert“, sie bieten aber durch ihre Ausdehnung relativen Schutz. Dies ist seitdem zum Dauerzustand geworden, wobei insbesondere der Wald von Gourougou mit seinem Zeltlager – unweit von Melilla – durch zahlreiche Medienberichte seit 2006 bekannt wurde.

Der *Rabat-Prozess*

Im darauffolgenden Jahr 2006 begann eine verstärkte Einbeziehung Marokkos in das Grenzregime der Europäischen Union. Am 10. und 11. Juli 2006 initiierte eine Ministerkonferenz in der Hauptstadt Rabat den so genannten *Rabat-Prozess*. An ihm nahmen insgesamt gut fünfzig west- und nordafrikanische Staaten sowie Mitgliedsländer der EU teil. Die beteiligten Staaten halten gemeinsame Konferenzen ab, auf denen über Flucht- und Migrationsursachen debattiert wird und darüber beraten werden soll, wie durch „verbesserte Entwicklungszusammenarbeit“ der Auswanderung vor Ort Einhalt geboten werden könne. In der Praxis erwies sich das stets nur als Feigenblatt, denn eine Verbesserung der

Lebensverhältnisse an Orten „im Süden“ hat in aller Regel nicht stattgefunden. Im Gegenteil, selbst in einem gesellschaftlich relativ stabilen Land wie Senegal brechen Menschen die Lebenschancen weg, etwa weil infolge des Fischereiabkommens mit der EU den Einwohnerinnen und Einwohnern der Küstenregionen die Meere leergefischt und dadurch Lebensgrundlagen entzogen werden. Doch die verbalen Absichtserklärungen dienen stets dazu, eine Abschottungspolitik der Staaten im Norden zu legitimieren, im Namen ihrer „Bemühungen, den Menschen vor Ort bessere Lebensbedingungen zu bieten“.

Mit über fünfzig teilnehmenden Staaten ist der *Rabat-*

Prozess vielleicht auch zu schwerfällig, um konkrete Ergebnisse zu zeitigen. Auf Folgekonferenzen am 25. November 2008 in Paris sowie am 23. November 2011 in Dakar versuchten sie, die Zusammenarbeit zu vertiefen. Wesentliche Entscheidungen über

das transnationale Migrationsregime wurden jedoch weit eher im bilateralen Verhältnis zwischen Staaten oder zwischen der EU und einzelnen Staaten des Südens, als in diesem kollektiven Rahmen getroffen. Die Leitmedien in Frankreich, das aufgrund seines Status als ehemalige Protektorats- oder Kolonialmacht sowohl in Marokko als auch in den meisten Staaten Westafrikas eine Schlüsselrolle einnimmt, bezeichnen den *Rabat-Prozess* im Jahr 2015 als „eingeschlafen“. Gleichzeitig versuchen derzeit die treibenden Kräfte in der EU, diesen Prozess zu reaktivieren, indem ein weiterer konzentrischer Kreis um die teilnehmenden Staaten gelegt wird, um nun noch weitere Staaten in Afrika in das Regime der Migrations-Kontrolle einzubeziehen. Deswegen lancierte man im Jahr 2014 den *Khartum-Prozess*, mit dem versucht werden soll, die Migrationskontrolle auch auf den Nordosten des Kontinents und das Horn von Afrika auszudehnen. Dabei wird nicht nur ansatzweise versucht, mit der Diktatur in Eritrea als einem der Hauptherkunftsländer von Geflüchteten – dem „Nordkorea Afrikas“ – zusammenzuarbeiten, sondern es wird vor allem das islamistisch grundierte, brutale Militärregime im Sudan aufgewertet. Pikanterweise, während dessen amtierendes Staatsoberhaupt, Omar Al-Besahir, auf internationaler Ebene nur begrenzt reisen kann, weil er per Haftbefehl vom Internationalen Gerichtshof

gesucht wird, wurde seine Ein- und vor allem seine anschließende Ausreise nicht verhindert und der Regierung Südafrikas unter Jacob Zuma im Juni 2015 schwer zum Vorwurf gemacht.

Am 21. Oktober 2015 besuchten die Chefs der diplomatischen Vertretungen Großbritanniens, Frankreichs, Deutschlands, Italiens, der Niederlande und Schwedens im Sudan ein Flüchtlingslager in Wad Charifaie. Aus diesem Anlass stellte der Leiter der diplomatischen EU-Delegation in

Khartum, Tomas Ulicny, fest: „Eine verstärkte Kooperation zwischen der EU und dem Sudan ist nötig“, angeblich um die wirklich politisch Verfolgten „besser zu schützen“, aber auch für besseren Grenzschutz „und um den Migranten Alternativen zu bieten“. Sprich: Sie sollen tunlichst vom Mittelmeer oder jedenfalls von Europa ferngehalten werden. Anscheinend gibt es keine Grenzen mehr – jedenfalls im übertragenen Sinne –, wenn es darum geht, auch noch die übelsten Regime in die Migrationskontrolle im Auftrag der EU mit einzubeziehen.

Bilaterale Beziehungen zu Tunesien

Zurück nach Marokko. Auch hier herrscht ein autoritäres monarchisches Regime – hinter parlamentarischer Fassade –, selbst wenn dessen Gewaltniveau bei weitem nicht so hoch liegt wie im langjährigen Bürgerkriegsland Sudan. Am 7. Juni 2013 unterzeichneten die marokkanische Regierung und die EU ein Abkommen über eine so genannte Mobilitätspartnerschaft. Dabei handelt es sich um eine jener bilateralen Vereinbarungen, die derzeit zwischen der Europäischen Union und acht Staaten bestehen: den Kapverdischen Inseln, Moldavien, Georgien, Aserbaidschan, Armenien, Tunesien und Marokko. Letzterer war dabei der erste Mittelmeerstaat, der eine solche Vereinbarung einging. Ihm folgte am 3. März 2014 jene mit Tunesien, das durch die damalige „Technokratenregierung“ unter Mehdi Jomaa vertreten war. Im Falle Tunesiens, das damals eine politisch instabile Phase durchmachte, wurde die Unterschrift unter dieser Vereinbarung schnell zum Gegenstand heftiger Kritik. Die Übergangsregierung war de facto mit keinerlei demokratischem Mandat dafür ausgestattet, hatte ihre Unterschrift unter Ausschluss der Öffentlichkeit vorbereitet und die damals stark mobilisierte Zivilgesellschaft – zu der auch NGOs und Foren gehören, die zu Themen der Migrationspolitik arbeiten – nicht einbezogen.

Hauptgegenstand solcher bilateralen Vereinbarungen sind auf der einen Seite Visa-Erleichterungen für bestimmte Kategorien von Staatsbürgerinnen und

Staatsbürgern der Unterzeichnerstaaten, denen auf der anderen Seite die Selbstverpflichtung zur „Rückübernahme“ aus Europa abgeschobener oder dort unerwünschter Migrantinnen und Migranten gegen-

übersteht. Dabei geht es nicht nur um die eigenen Bürgerinnen und Bürger der Vertragspartnerstaaten der EU, sondern auch um die Angehörigen von Drittstaaten, die nachweislich über Marokko respektive Tunesien eingereist waren. Wie der Menschenrechtsaktivist Ramy Khouili am 27. Oktober 2015 in der französisch-amerikanischen Zeitung *Le Huffington Post* feststellt, „befindet sich das Ziel der Visa-Erleichterungen dabei im Zustand der Absichtserklärungen und nicht konkretisierten Programmziele“ – während die Zielsetzungen im Bereich der „Rückübernahme“ aus Europa zurückgewiesener Migrantinnen und Migranten einen konkreten und verpflichtenden Charakter aufwiesen.

Legalisierung der Sans papiers

Eine Besonderheit der marokkanischen Entwicklung liegt darin, dass die Behörden des Landes im Herbst 2013 eine mehr oder minder breit angelegte „Legalisierungspolitik“ für auf dem Boden des Landes lebende Migrantinnen und Migranten einleiteten. Diese Entscheidung trug der Maßnahme Rechnung, dass zehntausende Migrantinnen und Migranten – die Anzahl der Sans papiers wurde auf 30.000 geschätzt – faktisch in dem nordafrikanischen Land seit Jahren ihren Lebensmittelpunkt gefunden hatten, dort arbeiteten, sich ärztlich behandeln ließen und ihre Kinder zur Schule brachten. Auch manche der marokkanischen Gewerkschaften hatten begonnen, sich dieser oft als Lohnabhängige beschäftigten Menschen anzunehmen. Die ODT (Organisation démocratique du travail), eine seit 2006 bestehende und relativ progressive Gewerkschaft, verfügt seit dem 1. Juli 2012 über eine eigene Gewerkschaft für Migrantinnen und Migranten, die überwiegend aus Subsahariens besteht. Seitdem organisierte diese mehrfach und auch in diesem Jahr 1. Mai-Demonstrationen mit eigenständigen Blöcken für migrantische Arbeiterinnen und Arbeiter. In den ersten Monaten

nach Beginn der „Operation“ wurde dabei der Aufenthalt von 6.000 Menschen „legalisiert“. Insgesamt wurden während der anderthalbjährigen Dauer dieser Politik rund 14.000 Aufenthaltstitel vergeben. Dies betraf überwiegend Subsaharians.

Doch diese ganze Politik stand von Anfang an im Zeichen einer enormen Ambivalenz. Denn einerseits bedeutete sie eine erhebliche Erleichterung für Menschen, die seit Jahren in Marokko lebten und dort regelmäßig auch arbeiteten – etwa, nachdem sie auf längere Sicht hin in dem Maghreb-Staat festsäßen, obwohl ihr ursprüngliches Reiseziel eher Europa gewesen war. Zugleich begleitete die EU diese Politik von Beginn an, doch mit der Zielsetzung verbunden, dadurch umso besser der Ein- oder Weiterreise in Richtung Europa einen Riegel vorschieben zu können, indem eben den Menschen „unterwegs“ eine alternative Perspektive geboten wird. Am 25. September 2013 reiste so etwa der Generaldirektor der EU für Innere Angelegenheiten, Stefano Manservigi, nach Rabat. Er versprach eine tätige Unterstützung der EU für die Umsetzung der neuen Migrationspolitik in Marokko. Doch mit oder ohne Hilfe der EU scheint diese jedenfalls ein unterstelltes Ziel nicht erreicht zu haben, nämlich die Versuche einer Einreise auf EU-Territorium weitgehend zu unterbinden. Diese Versuche rissen nicht ab. Entweder, weil die von der „Legalisierung“ ihres Aufenthalts in Marokkos betroffenen Menschen nicht dieselben sind wie diejenigen, die um dieselbe Zeit an den Zäunen um Ceuta und Melilla rütteln oder über das Meer zu setzen versuchen – oder weil die Menschen nicht auf Dauer oder gar ein Leben lang in Marokko bleiben wollen.

Am 9. Februar 2015 beendete das marokkanische Regime seine bisherige „Legalisierungspolitik“ unvermittelt, jäh und brutal. Ihr Ende wurde durch eine Pressekonferenz von Innen-Staatssekretär Charki Draiss eingeläutet. Zwei Stunden später begannen Großrazzien in Camps von Migrantinnen und Migranten und Festnahme-Aktionen in den Wäldern um die Stadt Nador. Bis zu 1.250 Menschen wurden festgenommen und auf von der Grenze entfernte Städte, oft im Süden des Landes, verteilt. Zehn Tage später befanden sich noch immer 450 von ihnen in polizeilichem Gewahrsam oder sollten abgeschoben werden. Für zehn Herkunftsländer wurden Versuche von Gruppenabschiebungen, die nicht immer erfolgreich waren, eingeleitet.



Seitdem ist der Druck an den Außengrenzen, die Marokko geographisch durchziehen, immens gewachsen. Auch syrische Bürgerkriegsflüchtlinge, die theoretisch problemlos auf EU-Gebiet einen Asylantrag stellen können, wurden unterdessen in jüngster Zeit in größerer Zahl an der Grenze bei Melilla – illegal – blockiert. In den ersten Monaten

Bern(h)ard Schmid
1971 in Süddeutsch-
land geboren, seit
über 20 Jahren in
Paris ansässig; Jurist
und freier Journalist.
Er bereitet ein Buch
für edition
assemblage über
Migration im
Mittelmeerraum vor.



Menschenschleuse

Diese Schleusen an der Grenze werden bei Regen geöffnet. Dann versuchen sich Flüchtlinge mit der Flut aus Wasser, Steinen und Scherben in die Stadt zu spülen.

des Jahres 2015 registrierten die spanischen Behörden dort täglich im Schnitt etwa fünfzig einreisende Menschen aus Syrien, doch ihre Zahl wurde ab Mai des Jahres erheblich reduziert, ohne dass die Zahl der aus Syrien Geflüchteten insgesamt zurückgegangen wäre. Seitdem sind die syrischen Bürgerkriegsflüchtlinge dort einem Geschäftstreiben ausgesetzt,

das sie dazu zwingt, Gelder an „Vermittelnde“ auf marokkanischer Seite, die mutmaßlich mit spanischen Akteurinnen und Akteuren unter einer Decke stecken, zu zahlen, um überhaupt bis zum offiziellen Grenzübergang vordringen zu können. So werden sie zunehmend zum Spielball mafiöser Interessen.<

Geliebtes Feindbild

Wie wir einmal eine kriminelle Vereinigung in den Räumen der Münchner Kammerspiele gründeten.

Von Matthias Weinzierl mit Bildern von Andrea Huber





Ehrenwerte Gesellschaft
*eine Kongresshalle voll potentieller Krimineller? Publikum der
2. Internationalen Schlepper- und Schleusertagung an den
Münchner Kammerspielen*



Dunkle Komplizenschaft
Drei von der Tagungsleitung folgen gebannt der Diskussion



Hier werden Sie geholfen
Das ISS Tagungspersonal in Bestform

Eigentlich fängt – wie so oft – alles ganz harmlos an. Auf dem 50. Geburtstag eines gemeinsamen Freundes in Berlin-Neukölln komme ich mit Harald Glöde von *Borderline Europe* ins Plaudern. Harald hatte uns für unsere *Hinterland* Ausgabe #27 mit dem Schwerpunkt „Schlepper, Schleuser, Super*heldin“ mit vielen guten Ideen versorgt und daher ist das erst einmal auch unser Thema. Irgendwann fragt er mich: Kannst du mir diesen Ralf Homann vorstellen? Der hat doch vor Jahren dieses *Schleuser.net* ins Leben gerufen und der soll heute auch hier sein. Nichts einfacher als das. Nachdem wir Ralf im Raucherzimmer endlich ausgemacht haben, stehen wir zu dritt beieinander und vertiefen uns in einem ausufernden Gespräch über Schleppen, Schleusen und Fluchthilfe im Allgemeinen, und was konkret zu tun ist. Ralf, Künstler, Aktivist und Radiomensch, hatte mit befreundeten Künstlern das Kunstprojekt *Schleuser.net* gegründet, das bereits 2003 ein internationales Schleusertreffen in Graz organisiert hat. Wir sind begeistert. Wäre es nicht allerhöchste Zeit, hier etwas Ähnliches zu versuchen? Einige Getränke später stellen wir berauscht fest: Wir wiederholen das, aber in einem großen amtlichen Rahmen, und zwar in München. Die Idee zur 2. Schlepper- und Schleusertagung war in der Welt.

Aber warum sollte die Welt überhaupt so eine Tagung brauchen? Eine gute Frage. Uns beflügelte dabei die Vorstellung, mit unserer Tagung einen Perspektivenwechsel zu wagen, um eine dringend benötigte öffentliche Debatte um die Bewertung von Fluchthilfe zu eröffnen. Den aktuelle Diskurs bewerteten wir als höchst unerfreulich: Fluchthilfe, beziehungsweise das Schleppen und Schleusen, wird nahezu vollständig in einem kriminalisierten Kontext thematisiert, obwohl eine erfolgreiche Flucht ohne Unterstützung eine reine Fiktion, also undenkbar ist.

Zeit der offenen Türen

Davon beflügelt heimgekehrt in München, war die erste zu lösende Aufgabe das Finden eines würdigen Rahmens. Wir beantragten bei den Münchner Kammerspielen Asyl für unsere Tagung und bekamen es prompt gewährt, weil dort glücklicherweise ein großer flüchtlingspolitischer Kongress geplant wurde, in die sich unsere Konferenz wunderbar integrieren ließ. Schwein gehabt. Jetzt konnten wir in die Feinplanung gehen, unser Team wurde durch Bernd Kasperek – Migrationsforscher aus München – und die Künstlerin Katarzyna Winiecka aus Wien verstärkt. Gäste wurden ausgesucht und am Konzept gefeilt. Unser Plan: Die gesamte Tagung sollte das Format

und die Erscheinungsform eines amtlichen Wirtschafts-Events haben, also eine eigene Kongresshalle, Messefahnen, Tagungspersonal, Schlips, Anzug und eine feierliche Abendgala mit Preisverleihung im Schauspielhaus.

Fake is King

Um auch eine wirksame Außenwirkung zu bekommen, braucht es eigentlich nicht viel: Ein eigenes Logo in Anlehnung an das alte Logo des Münchner Verkehrs- und Tarifverbundes ist flugs improvisiert, die Internetpräsenz einer bereits bestehenden Industrieverbandsseite leicht abgekupfert und Texte im gängigen Wirtschafts-Sprech sind ebenfalls schnell formuliert. Aber warum das Ganze? Die allseits bekannte Erscheinungsform eines Wirtschaftskongresses eignet sich einfach hervorragend, um unsere These zu bebildern, dass es sich beim Schleppen und Schleusen im Wesentlichen lediglich um eine Dienstleistung handelt, die auf eine große Nachfrage reagiert. Gleichzeitig wollten wir mit dieser Inszenierung einen imaginären Berufsverband des Fluchthilfe-Gewerbes simulieren, der sich aufwendig in Szene setzt und öffentlichkeitswirksam für die fällige Image-Aufwertung seines Berufsbildes einsetzt. Und nicht zuletzt macht dieser performative Zugang zum Thema einfach deutlich mehr Spaß als lediglich eine stinknormale Tagung auszurichten. Eine Tagung in den Räumen eines Stadttheaters schreit doch förmlich nach einer theatralischen Inszenierung.

Auch wenn es sich bei der 2. Internationalen Schlepper- und Schleusertagung um eine fiktive Organisation, also um einen reinen Fake handelt, haben wir unser Auftreten als seriöse, internationale Lobby-Organisation sehr ernst genommen und versucht, dieses Auftreten in allen Bereichen (also bei den Pressetexten genauso wie in der Kommunikation mit Teilnehmerinnen und den Geldgebern) durchzuziehen. Wir waren uns einig, dass dieser satirische Zugang keine zusätzlichen Erläuterungen benötigt, denn jede Sprengkraft geht doch verloren, sobald „Achtung Satire“ proklamierende Warnschilder benutzt werden, um sich abzusichern.

Alles nach Plan

Endlich war alles eingetütet, die Gelder bei diversen Stiftungen beantragt, die Referentinnen und Referenten eingeladen, und bei uns stellte sich so etwas wie Vorfreude auf die bevorstehende Veranstaltung ein. Auf unserer Homepage trudelten bereits die ersten Anmeldungen ein und die eigens für die



Ausgezeichnet
die frisch gekürten
Lisa-Fittko-Preisträ-
gerinnen: (auf dem
Sofa) Maria Eitz,
Kurto Wendt und
Natalie Assmann
sowie die Moderato-
ren Till Nassif und
Caro Matzko.

Tagung eingerichtete Facebookseite fand zunehmend
Freundinnen und Freunde. Alles lief also in geord-
neten Bahnen – eigentlich konnte nichts mehr schief
laufen, so dachten wir zumindest...

Aber dann...

..., dann bekam die Presseabteilung der Münchner
Kammerspiele zwei Wochen vor unserer Tagung
einen Anruf der Kripo. Den Kriminalern war etwas
von einem geplanten, illegalen Treffen zu Ohren
gekommen und sie starteten jetzt ihre ersten Erkundi-
gungen. Wallung machte sich auf den Gängen des
städtischen Theaterbetriebes breit, und der Anruf war
noch bis weit in die Mittagspause Gesprächsthema.
Kurz darauf bekam der engagierte Kriminalbeamte
einen klärenden Rückruf des Dramaturgen, in dem
der gute Mann vorläufig davon überzeugt werden
konnte, dass es sich bei dem kriminellen Treffen
lediglich um eine „Kunstaktion“ handelt, und von
Kunst am Theater hatte der Beamte bereits gehört.
Erste Entwarnung also.

Doch bei dieser Anfrage blieb es nicht, denn schon
kurz darauf meldete sich das bayerische Innenminis-

terium bei den Theaterleuten. Man ereiferte sich, und
im Laufe des Gesprächs ließ sich der Mitarbeiter des
Ministeriums zu der Äußerung hinreißen: „Sie müssen
verstehen, dass wir vor dem Hintergrund, dass wir
derzeit über 400 Schlepper allein in Passau im
Gefängnis sitzen haben, ein gesteigertes Interesse an
diesem Thema haben.“ Sein Dienstherr Joachim
Herrmann polterte daraufhin prompt über die Medien
von „fehlgeleiteter Politpropaganda“ in Hinblick auf
unsere geplante Tagung und kündigte an, „rechtliche
Schritte gegen die Tagung prüfen zu lassen“. *Der
Spiegel* und verschiedene andere Medien meldeten
sich als nächstes. Auch der Münchner Kulturreferent
hatte Gesprächsbedarf. All diese Ereignisse trugen
sich zu, bevor wir auch nur eine Pressemitteilung
formuliert hatten – verrückt! Was war da passiert?

Fake goes Reality

Bald erfuhren wir, dass hinter dieser enormen
behördlichen Betriebsamkeit der CSU-Bundestagsab-
geordnete und ehemalige Münchner KVR-Referent,
Dr. Hans Peter Uhl, steckt. Eben dieser Herr Uhl
fühlte sich, so schien es, persönlich angegriffen und
brachte seine Truppen in Stellung. Er bezeichnete
unsere geplante Veranstaltung als „zynisch“ und
beschimpfte den Intendanten der Kammerspiele,
Matthias Lilienthal, als „verwirrt“. In einem Radiointer-
view auf Bayern 2 schreckt er nicht einmal davor
zurück, unter akustischen Krokodilstränen das Bild
vom toten Jungen am Strand von Bodrum zu
bemühen, um uns des Zynismus zu überführen. Hat
da der Mann, zu dessen Amtszeit die Münchner
Ausländerbehörde für ihr rigides und inhumanes
Vorgehen so berühmt und berüchtigt war, dass ihn
die frisch gekürte Georg-Elser-Preisträgerin 2015,
Rechtsanwältin Angelika Lex, noch heute öffentlich
als „institutionellen Rassisten“ bezeichnet, im Alter
sein Herz für Flüchtlinge entdeckt?

Mit Sicherheit nicht. Viel wahrscheinlicher ist, dass
wir mit unserer Tagung voll ins Schwarze getroffen
haben und die Richtigen sich davon provoziert
gefühlt haben. Man fühlte sich wohl ertappt und zog
in die mediale Schlacht, um das lieb gewonnene und
mühsam installierte Feindbild des Schleppers zu
retten. Man möchte die Diskussion bestimmen: Nicht
die fatale Grenzpolitik der europäischen Union ist die
Ursache für die Misere der Menschen auf der Flucht,
sondern einzig und allein die Figur des Schleppers
und Schleusers. Jede Diskussion über diese Rollen-
zuschreibung wird als Angriff gewertet und soll wohl
im Keim erstickt werden.

Die Schlacht war eröffnet

All unsere Geldgeber bekamen daraufhin obskure Anrufe und wurden mit der Frage konfrontiert, wie sie denn dazu stünden, eine kriminelle Tagung mit finanziellen Mitteln zu unterstützen. Es geht, daran sei erinnert, immer noch um eine internationale Tagung über die Rolle und Praxis von Fluchthilfe, mit internationalen Expertinnen und Experten, deren Programm mittlerweile sogar öffentlich abrufbar war. Jeder der wollte, konnte sich von der Ernsthaftigkeit unserer Tagung also mit ein paar Klicks überzeugen.

Doch die Empörung hielt sich und es ging weiter: Der Bund der Steuerzahler schaltete sich ein. Diverse rechte Foren starteten eine Petition gegen die ISS (Internationale Schlepper- und Schleuser-Konferenz) und forderten darin das Münchner Kulturreferat und die Europäische Kommission auf, uns die Mittel umgehend zu entziehen. Mehr als 8.000 Personen unterzeichneten den Aufruf.

Der AfD-Landesvorsitzende Petr Bystron ließ zu unserer Tagung verlautbaren: „Das ist keine Kunstaktion, sondern eine Tarnung, um an Steuergelder zu kommen“ und lud zur Mahnwache gegen unsere Tagung (30 Menschen fanden sich letztendlich ein und versammelten sich unter eigens produzierten Bannern mit den erfrischenden Slogans „Kriminell ist keine Kunst“ und „Schleusen tötet“).

Der Chef des *Goethe-Instituts* distanzierte sich öffentlich von unserer Tagung, obwohl wir keine Mittel des Instituts zugesagt bekommen hatten. Bemerkenswert, denn im Vorfeld unserer Tagung hatten sich bereits einige Mitarbeiterinnen des gleichen Instituts uns gegenüber doch schon auf die „enge und intensive Zusammenarbeit“ mit uns gefreut. Auch die Bundeskulturstiftung war sich auf einmal sicher, dass sie mit unserer Tagung nichts mehr zu tun haben wollte. So schnell verliert man treu gewählte Freunde.

Eine Ortsgruppe von *amnesty international* meldete sich bei uns per Mail und kündigte an, mit Kerzen anzurücken, um vor unserer Tagung eine Schweigeminute gegen Zynismus abzuhalten. Kamen dann aber gar nicht.

Das Beste: Ein offensichtlich verwirrter Verschwörungstheoretiker präsentierte auf Youtube ein beunruhigend beliebtes Filmchen (Titel: „Der Beweis: Flüchtlingskrise ist staatlich inszeniert und gewollt“), in dem er sich durch unseren Webauftritt klickt und

seinem Publikum erläutert, welche fieser Verschwörungen sich hinter den einzelnen Punkten der Tagung verbergen. Schon bei unserem Logo wird er dabei fündig: „Hier bei dem Logo kann man erkennen, dass dreimal die Zahl 6 verarbeitet wurde. 666, die Nummer des Teufels.“

Alles klar? Eine große österreichische Gratiszeitung titelte in großen Lettern auf der Titelseite einer ihrer Ausgaben: „Kann das wahr sein? Großes Schlepper-treffen in Bayern.“ Wer sind hier eigentlich die Satiriker?

Und was kam dann?

Ehrlich gesagt, dieser ganze Trubel im Vorfeld war alles andere als lustig, und die Angst, ob unsere Tagung überhaupt durchführbar sein wird, war unser ständiger Begleiter. Keine schöne Zeit.

Aber es lief ganz anders! Nach einer kurzen Schrecksekunde stellten sich nämlich die Münchner Kammerspiele in Person der zwei Dramaturgen und des Intendanten schützend vor unsere Tagung, hielten uns die Stange und machten kurzentschlossen die Internationale Schlepper- und Schleusertagung zu ihrem eigenem Projekt. Eine belastbare Firewall. Und und und ... die Tagung wurde ein voller Erfolg!

Es gab eine Berichterstattung, die wir uns nicht zu erträumen gewagt hätten. Sämtliche großen Tageszeitungen berichteten, *3Sat* filmte, und zahlreiche Medienvertreter akkreditierten sich zur Tagung. Die Debatte war eröffnet! Das Ergebnis: Vier ausverkaufte Podien zu Geschichte, Praxis, Kriminalisierung und Kampagnen der Fluchthilfe konnten ungestört stattfinden. Drei Preisträgerinnen und Preisträger haben im Schauspielhaus zum ersten Mal den Lisa-Fittko-Preis für ihre Verdienste um die Fluchthilfe erhalten. Ein erster Aufschlag ist gewagt – wir machen weiter!

P.S.: Mit bestem Dank für die schöne Zusammenarbeit an die Herren Herrmann, Uhl und die gesamte AfD!



Aufgeschreckt
*Die AfD, Die Zeitung
Heute aus Wien, Dr.
Hans Peter Uhl und
ein verschreckter
Mensch auf Youtube.*

Matthias Weinzierl,
*ist Grafiker und
Mitarbeiter des
Bayerischen*

Zschäpes
offenes
Haar



Nach 250 Prozesstagen zieht die Hauptangeklagte im NSU-Prozess einmal mehr alle Augen auf sich: Von der Fixierung auf Täterinnen und Täter und den Ansprüchen der Geschädigten. Von Friedrich C. Burschel

Seit Wochen wabern Gerüchte und Andeutungen in und um den Saal A101 durch die Gänge, Flure und Wartezonen, fliegen geschwätzig durch die Zuschauenden- und Medienreihen auf der Empore und waren zuletzt sogar im Fernsehen in einer der zahllosen TV-Dokus zum NSU zu vernehmen: Die illustre Hauptangeklagte im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht in München wolle sich – endlich – einlassen. Besonders geschmackssichere Raunende wählten dafür die zum Prozess, in dem es um zehn Morde, mindestens drei Sprengstoffanschläge und 15 Bank- und Raubüberfälle geht, passende Formulierung: Eine Bombe werde platzen. Das Rennen machte zum Schluss einmal mehr das „Qualitätsmedium“ *Der Spiegel*, indem es die bis dahin wohl gehütete Nachricht am Montag, 9. November 2015, hinausposaunte: „Beate Zschäpe will am Mittwoch umfassend aussagen.“ In der Printausgabe 47/2015 triumphiert Wiebke Ramm dann über den Coup: „*Spiegel online* kam ihm zuvor,“ schreibt sie und macht so klar, wer in diesem Prozess den Ton angibt: Nicht der Vorsitzende Richter Manfred Götzl mit seinem umfassenden Machtanspruch, der am folgenden Tag alle Prozessbeteiligten über das

bevorstehende Ereignis informieren wollte, sondern das „große Nachrichtenmagazin“, das sich für die exklusive Topmeldung gerne zum Instrument verschiedener Interessen machen lässt, die auf das Verfahren Einfluss nehmen wollen. Sicher hat es dem Spiegel auch am Kiosk nicht geschadet, wieder mal „Number One“ gewesen zu sein. Schon tags darauf, also am Tag vor der angekündigten Aussage, war Sendezeit und Platz auf den Titelseiten genug für die zu erwartenden Topmeldungen organisiert und frei gekämpft worden: Vor dem Strafjustizzentrum in der Nymphenburgerstraße standen sich die Kamerateams und Bildschaffenden die Füße platt, auf den Medienplätzen drängelten sich Kolleginnen und Kollegen, die man schon lange nicht mehr im Prozess gesehen hatte.

Die alte Verteidigung zerfleischt sich,
die neue fährt in Urlaub

Dass es dann jedoch wieder einmal ganz anders kam, gehört zum einen zu den nervenaufreibenden Charakteristika dieses völlig unkalkulierbaren Verfahrens und war zum anderen so vorhersehbar

wie logisch: Die „Alt-Verteidigung“ Beate Zschäpes, das glücklose Trio aus Anja Sturm, Wolfgang Heer und Wolfgang Stahl, das die Angeklagte seit etlichen Monaten mit allen Mitteln bis hin zu einer Strafanzeige loszuwerden versucht und durch Nicht-Beachtung isoliert, drang nun seinerseits zum wiederholten Mal und geschlossen auf seine Entbindung als Pflichtverteidigung, da eine Aussage Zschäpes zu 100 Prozent ihrer Verteidigungsstrategie des konsequenten und hartnäckigen Schweigens zuwiderlaufen, sie nachgerade ad absurdum führen würde. Nicht unberechtigt war ihre Kritik am Vorsitzenden, der offenbar schon seit Ende August über die Absicht der Angeklagten informiert war, mithilfe ihres neuen Verteidigers ihr Schweigen brechen zu wollen. Götzl hatte niemanden von den Prozessbeteiligten darüber informiert und hatte mit ihnen somit „Blinde Kuh“ gespielt.

Über das Vorhaben hatte er zudem mit einer noch verfahrensfernen Person, dem Rechtsanwalt Hermann Borchert gesprochen. Borchert gilt als die graue Eminenz hinter dem farblosen Junganwalt Matthias Grasel, der Zschäpe seit Anfang Juli als vierter Pflichtverteidiger beigeordnet ist – allein das ist ein ungewöhnlicher Vorgang. Dass Zschäpe sich nun einen fünften Verteidiger auf eigene Kosten als Wahlverteidiger dazu holt, ist so aufsehenerregend wie dessen Lässigkeit, mit der er anschließend erstmal drei Wochen in Urlaub fuhr, weshalb die angeblich über 50-seitige Aussage der mutmaßlichen NSU-Mittäterin erst im Dezember tatsächlich verlesen werden kann. Immerhin werde die Angeklagte dann auch Fragen des Senats beantworten, erklärte Grasel an jenem ereignisreichen Dienstag, dem 243. Prozesstag im NSU-Verfahren. Der Nebenklage – das heißt den Hinterbliebenen der Mordopfer, den Verletzten der Anschläge und Überfälle – jedoch, so fuhr er fort, werde kein Fragerecht eingeräumt. Seine Mandantin werde sich sowohl zur Person als auch zu den Tatvorwürfen äußern, so Grasel.

Zschäpe bleibt die Hauptperson

Völlig offen ist freilich, was in Zschäpes Aussage stehen wird. Und warum kommt sie damit erst kurz vor dem absehbaren Ende der Beweisaufnahme, an deren Abschluss das Gericht in den letzten Monaten hartnäckig und unbeirrt zu arbeiten schien? Es wurden hunderte Beweise abgearbeitet: Asservate, DNA-Abgleiche, Überwachungsvideos, Computerdaten, detaillierte Ermittlungsergebnisse zu Parkscheinen und Tankquittungen, Rekonstruktionen von verkohlten Funden aus der Wohnung, in der das

„Kerntrio“ zuletzt lebte, und dem Wohnmobil, in dem die Leichen von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, zweier mutmaßlicher Komplizen Zschäpes, lagen.

Nebenbei erledigte Götzl ein gutes Dutzend überaus elaborierter Beweisanträge der Nebenklage, indem er sie ablehnte. Darunter waren auch Beweisanträge, in denen wichtige Fragen zu den beiden Morden an Mehmet Kubaşık am 4. April 2006 in Dortmund und Halit Yozgat am 6. April 2006 in Kassel formuliert wurden. Einer davon wurde im Juni 2013 gestellt und behandelte Verbindungen der mutmaßlichen Mörder Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in die organisierten Nazi-Szenen in Kassel und Dortmund – etwa zum dortigen militanten Arm des „Blood & Honour“-Netzwerks, einer „Combat 18“-Gruppe. Der Antrag wurde kurzerhand abgelehnt, obwohl die darin aufgeworfenen Fragen im Kontext der genannten Verbrechen von hoher Relevanz gewesen sein könnten, und nachdem er über zwei Jahre im luftleeren Raum geschwebt war, und bereits weitere Beweisanträge nach sich gezogen hatte. In diesem Beweisantrag ging es auch um die Vernehmungen von Zuträgern des Verfassungsschutzes, so genannten V-Leuten, die sich auch hier in unmittelbarer Nähe der Mordereignisse tummeln.

Stattdessen immer nur Zschäpe: Gefragt, weshalb Zschäpe nun ihre Verteidigungsstrategie ändere und reden wolle, antworten die meisten Rechtskundigen mit Unverständnis. Beim sehr fortgeschrittenen Stand des Verfahrens könne sich die Angeklagte eher noch weiter reinreiten, auch wenn sie – wie ihre Neu-Verteidigung verlauten ließ – im Grunde ja auch nichts mehr zu verlieren habe. Nur eine umfassend und glaubhaft durchgezogene Geständnis- und Reue-Performance könne vielleicht noch verhindern, dass zusätzlich zu einer Verurteilung zu lebenslanger Haft, die weitgehend unstrittig sein dürfte, die Feststellung einer „besonderen Schwere der Schuld“ käme und „Sicherungsverwahrung“ nach der Haft angeordnet würde. Teileinlassungen zu bestimmten Tatkomplexen und einzelnen Vorwürfen halten fast alle Fachleute – aus der Perspektive der Verteidigung – für vollkommen kontraproduktiv. Wenn sie freilich eine politische Prozessklärung abgeben, die Taten rechtfertigen und den „Rassenkrieg“ des „Weißen Arischen Widerstands“ verkünden will, ist ihr die Sicherungsverwahrung ohnehin sicher.

Opfer haben die Hoffnung auf Aufklärung aufgegeben

Wenn die Angeklagte Zschäpe aber etwa noch einen Trumpf im Ärmel hat, was die eifrigen Kaffeesatzlesenden munkeln, wäre das tatsächlich überraschend, denn dann hätte sie den von Anfang an ja nicht mal ihrer Alt-Verteidigung gezeigt. Und es müsste schon ein ziemlicher Klopfer sein, etwa Verbindungen Zschäpes oder des „Trios“ zu den Behörden, der dem Verfahren tatsächlich noch die dramatische Wende geben könnte, die so viele sich von ihrer Aussage erwarten.

Für Beobachterinnen und Beobachter des Geschehens, vor allem aber für die Geschädigten der NSU-Verbrechen, die Hinterbliebenen der Mordopfer, sind die hektischen und medial hochgepeitschten Kapriolen um eine mögliche spektakuläre Wendung nur noch nervig. In einem Fernsehbeitrag äußerte eine ernüchterte Yvonne Boulgarides, die Witwe des am 15. Juni 2005 in München ermordeten Theodoros Boulgarides, die Hoffnung, der Prozess möge endlich zu Ende gehen, nachdem er die hohen Erwartungen der Betroffenen in keiner Weise erfüllt habe. Im Gegenteil: Einmal mehr steht die Angeklagte im Zentrum der Berichterstattung und der ganzen Verhandlung: „Für Beate Zschäpe ist es eine Befreiung“, phantasiert Wiebke Ramm in ihrem Spiegel-Beitrag. Und weiter: „Zschäpe lacht. Sie trägt Jeanshose, Holzfällerhemd und ihr Haar offen. Ihren dunklen Hosenanzug hat sie diesmal im Gefängnis gelassen“. Die Fixiertheit der medialen Berichterstattung auf Zschäpe als Frau begleitet den Prozess vom ersten Tag an. Allmorgendlich wird ihr Erscheinen im Gerichtssaal zum Gegenstand journalistischen Geschwätzes, das zum Thema wenig bis gar nichts beiträgt. Das herrlich Verruchte einer tötenden Femme fatale mit zwei Liebhabern, die sich im Gerichtssaal unbefangen und kokett bewegt, als ginge es um lässliche Vergehen, und die mit offensichtlich großem Gestaltungswillen im Prozess zu intervenieren versteht und nun seit Monaten mit „an Würdelosigkeit kaum zu überbietenden“ (Verteidiger Wolfgang Heer) Intrigen ihre Alt- und Neuverteidigung gegeneinander ausspielt, ist für die Medien einfach der „sexy“ Topseller des Verfahrens. Für die meisten großen Medien dürfte das die größte Relevanz haben, um die kurzen Aufmerksamkeitskonjunkturen abzuschöpfen und daraus Kapital zu schlagen. Dass einen Informationsvorsprung zu haben, weil einem interessierte Prozessbeteiligte brisante Infos durchstechen, noch kein Wert an sich ist, spielt für die Nachrichtendealer dabei keine große Rolle.

Fulminante Beweisanträge und Erklärungen der Nebenklage sind da nicht so verkaufsträchtig. Kurz vor der Sommerpause hatten eine ganze Reihe von Nebenklagejuristinnen und -juristen einen bemerkenswerten Beweisantrag gestellt, mit welchem sie ein weiteres Mal versuchten, zum einen die Funktion der Nebenklage herauszuarbeiten und zum anderen aber vor allem auf die beklemmende Rolle des Verfassungsschutz genannten Inlandsgeheimdienstes hinzuweisen, welche nicht nur im Prozess einen hohen Stellenwert haben sollte, sondern auch für die Nebenklägerinnen und -kläger eine kardinale Frage sein muss: Wieviel Staat steckt(e) im NSU? Was hat der Staat mit den Morden und Sprengstoffanschlägen zu tun? Bisher ist es der Bundesanwaltschaft weitestgehend gelungen, angeblich sachfremde Erwägungen aus dem NSU-Prozess herauszuhalten und mit dem Verweis auf das Beschleunigungsgebot Seitenstränge der Wahrheitsfindung zu kappen. Meist geht das Gericht auf diese Interventionen ein, nur in einigen wenigen Fällen hat der Senat, besser gesagt: der autokratische Vorsitzende Götzl, Abwege zugelassen. Etwa als er im Falle des hessischen „Verfassungsschützers“ Andreas Temme, der am Kasseler Tatort bei der Ermordung von Halit Yozgat anwesend war, Anfang 2014 und ein weiteres Mal Mitte 2015 den gesamten hessischen „Verfassungsschutz“ bis hinauf zum damaligen Behördenleiter mit dem sprechenden Namen Irrgang als Zeugen vorgeladen hatte.

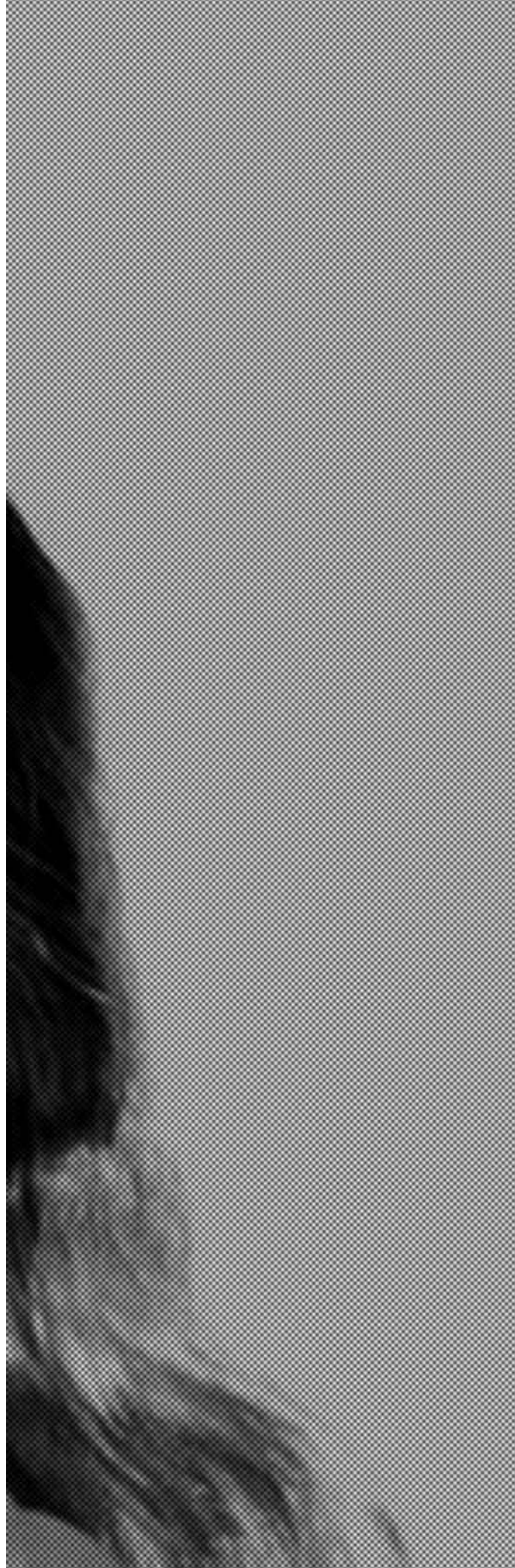
Die Nebenklage kommt nicht zu ihrem Recht

In dem erwähnten Beweisantrag der Nebenklage vom 3. August 2015, in welchem etwa die Vernehmung eines jener Beamten angeregt wird, die maßgeblich und weniger als eine Woche nach dem Aufliegen des NSU damit begonnen hatten, Akten mit eindeutiger NSU-Relevanz vernichten zu lassen, wird erneut auf die Rolle des Staates als Mitwisser oder Mittäter des NSU verwiesen: „Im BfV, MAD, Verfassungsschutz Berlin, TLfV (Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz), LKA Thüringen und in sächsischen Strafverfolgungsbehörden wurden Akten mit Bezug zum Trio oder seinem Unterstützerumfeld vor und nach dem 4. November 2011 vernichtet“. Es heißt dort weiter: „Es finden sich wiederkehrende Muster des Verhaltens von Strafverfolgungsbehörden und Nachrichtendiensten, die darauf schließen lassen, dass diese Behörden gezielt außerhalb des ihnen gesetzten rechtlichen Rahmens operiert haben, um das Wissen über oder die Beteiligung an Verbrechen zu vertuschen“. Mit ihrem Antrag betont die Nebenklage mit Bezug auf Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für

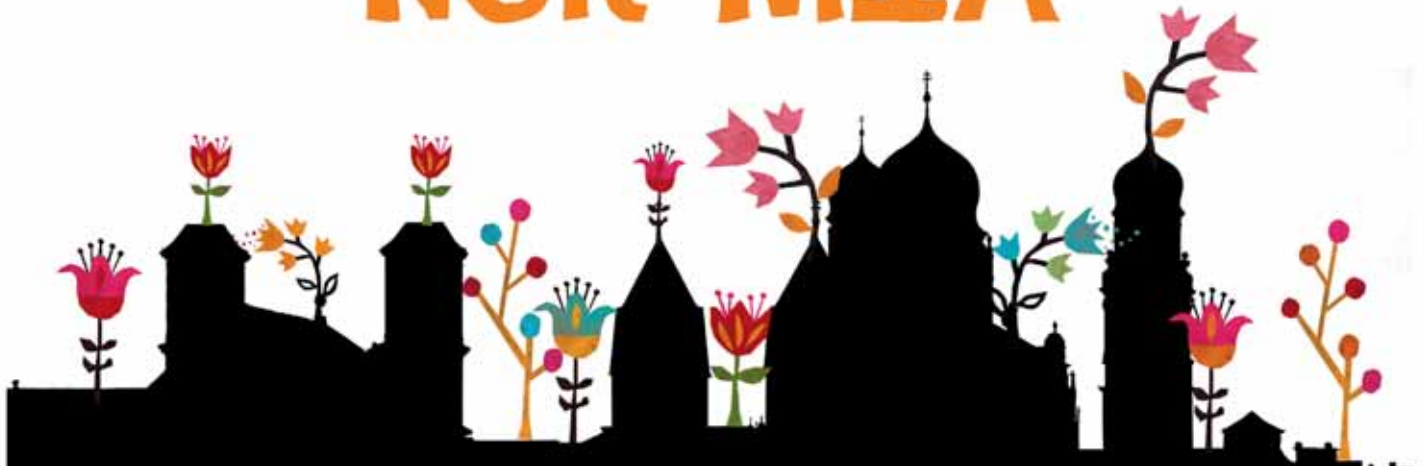
Friedrich Burschel
ist Mitarbeiter der
Rosa-Luxemburg-
Stiftung in Berlin,
Korrespondent des
nicht-kommerziellen
Lokalsenders „Radio
LOTTE Weimar“ im
NSU-Prozess und
Mitarbeiter der
Monitoring-Initiative
NSU-Watch

Menschenrechte die Ansprüche und Rechte der Nebenklage, auch und vor allem mit Blick auf mögliche staatliche Mitverantwortung für die angeklagten Taten: „Das staatliche Verschulden bei (versuchter und erreichter) Vernichtung von Akten, die zur effektiven Aufklärung einer von staatlicher Seite nicht verhinderten Mordserie beitragen hätten können, ist mit dem staatlichen Verschulden bei Bruch der Strafgesetze aufgrund staatlicher Provokation vergleichbar. Während von der Tatprovokation der Angeklagte betroffen ist, beschränkt die Behinderung der Ermittlungen die Rechte des Nebenklägers auf eine gründliche und effektive Aufklärung des Tötungsdelikts und der Identifizierung der Verantwortlichen“.

Aber es ist nicht zu erwarten, dass diese selbstbewusst formulierten Ansprüche der Nebenklage, die Opferperspektive eben, irgendwelche Resonanz finden wird angesichts des einfühlsamen Zschäpe-Hypes. So schreibt *Der Spiegel* pathetisch: „Zschäpe könnte mit ihrer Aussage erstmals Einblick in ihr Innenleben gewähren. Dafür aber müsste sie selbst sprechen. Sie hat sich dagegen entschieden. Zschäpe wird noch schweigen, wenn sie aussagt.“ Aber es geht im NSU-Prozess doch nicht um das „Innenleben“ der „glamourösen“ Hauptangeklagten, sondern um rassistische Morde, einen gigantischen Geheimdienstskandal, um Rechtsterrorismus in Deutschland, institutionellen Rassismus und eine sehr weitgehende gesellschaftliche Gleichgültigkeit.<



MIA SAN NED NUR MIA



**KONZERT FÜR ALLE (AUCH ZUKÜNFTIGEN)
HELFER/INNEN ANLÄSSLICH IHRES ENGAGEMENTS
ZU GUNSTEN GEFLÜCHTETER MENSCHEN**

**KARIN RABHANSL + CHRISTIANE ÖTTL
ZWIRBELDIRN
POLLYESTER
KENO (MOOP MAMA)
WILLY MICHL
KOFELGSCHROA
HANNES RINGLSTETTER**

**03.12. • 18.00 RESIDENZPLATZ PASSAU
EINTRITT FREI**

Christine K., 42 Jahre

„Ich bin Fluchthelferin!“

DENN: FLUCHTHILFE RETTET LEBEN



Werde jetzt Fluchthelfer.in und unterstütze
Menschen auf ihrem Weg in eine bessere Zukunft!

JETZT AKTIV WERDEN!

www.fluchthelfer.in